

TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Die Marx'sche Werttheorie

Darstellung und gegenwärtige Bedeutung

Nils Fröhlich, M.A.*

01.06.2003

Nach der Lektüre eines Buches über die Geschichte der Philosophie äußerte sich Herr K. abfällig über die Versuche der Philosophen, die Dinge als grundsätzlich unerkennbar hinzustellen. „Als die Sophisten vieles zu wissen behaupteten, ohne etwas studiert zu haben“, sagte er, „trat der Sophist Sokrates hervor mit der arroganten Behauptung, er wisse, daß er nichts wisse. Man hätte erwartet, daß er seinem Satz anfügen würde: denn auch ich habe nichts studiert. (Um etwas zu wissen, müssen wir studieren.) Aber er scheint nicht weitergesprochen zu haben, und vielleicht hätte auch der unermessliche Beifall, der nach seinem ersten Satz losbrach und der zweitausend Jahre dauerte, jeden weiteren Satz verschluckt.“

(BERTOLD BRECHT, GESCHICHTEN VON HERRN KEUNER)

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	1
Abkürzungsverzeichnis	2
Symbolverzeichnis	3
1 Einleitung	4
2 Grundbegriffe der Marx'schen Werttheorie	9
2.1 Die Darstellung im „Kapital“	9
2.1.1 Die Waren als Wertträger	10
2.1.2 Rekonstruktion: Prämissen der Werttheorie	14
2.2 Die Bedeutung der abstrakten Arbeit	18
2.3 Die Wertgegenständlichkeit	29
2.3.1 Wert als gesellschaftliches Verhältnis	29
2.3.2 Die Wertgröße der Waren	32
3 Werttheorie als monetäre Werttheorie	35
3.1 Die Wertformanalyse	35
3.1.1 Wertformanalyse und Widerspruchslogik	35
3.1.2 Die einfache Wertform	37
3.1.3 Die entfaltete Wertform	42
3.1.4 Die allgemeine Wertform	44
3.2 Geld und seine Funktionen	50
3.2.1 Geld als allgemeines Wertmaß	50
3.2.2 Geld als Maßstab der Preise	52
3.2.3 Geld als Zirkulationsmittel	54
3.2.4 Geld als Geld	56
4 Werttheorie als Kapitaltheorie	59
4.1 Der Übergang vom Geld zum Kapital	59
4.1.1 Der fehlende Übergang im „Kapital“	59
4.1.2 Der Übergang in den „Grundrissen“ und im „Urtext“	60
4.2 Die Mehrwertproduktion	66
4.2.1 Arbeit als Quelle des Mehrwerts	66
4.2.2 Konstantes und variables Kapital	70
4.2.3 Die Mehrwertproduktion auf gesamtwirtschaftlicher Ebene	76
5 Zur gegenwärtigen Bedeutung der Marx'schen Werttheorie	82
5.1 Das moderne Geldsystem	82
5.2 Tendenzen der Kapitalverwertung	88
5.3 Positive Alternativen?	96
6 Resumée	106
Literaturverzeichnis	111

Abbildungsverzeichnis

1	Gesellschaftliche Gleichsetzung der bäuerlich-patriarchalischen Arbeit.	23
2	Gesellschaftliche Gleichsetzung der warenproduzierenden Arbeit.	24
3	Abstrakte Arbeit als Teilmenge aller konkreten Arbeitsstunden.	26
4	Die Wertgegenständlichkeit der Waren.	31
5	Die entfaltete Wertform.	43
6	Die allgemeine Wertform.	45
7	Die Widersprüche der allgemeinen Wertform.	48
8	Die Produktion des Mehrwerts.	69
9	Die Bedeutung des Mehrwertparameters τ	73
10	Absolute und relative Mehrwertsteigerung.	75
11	Gesellschaftliche Wertschöpfung.	78
12	Entwicklung der Produktivität, der Lohnstückkosten und der Bruttogewinne.	90
13	Entwicklung der Masseneinkommen und des BIP.	90
14	Wirtschaftliche Indikatoren für die USA, die EU und Japan im Vergleich dreier Jahrzehnte (Zehnjahresdurchschnitt in %). . . .	91
15	Weltweiter Aktienbestand 1980, 1990 und 1998.	93
16	Entwicklung des Devisenhandels 1979 – 1998.	94

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
<i>Ergänzungs-</i> <i>manuskript</i>	Ergänzungen und Veränderungen zum ersten Band des „Kapitals“ (Dezember 1871 – Januar 1872)
Fn.	Fußnote
GE	Geldeinheiten
<i>Grundrisse</i>	Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie
<i>Kapital</i>	Das Kapital (Band 1)
KPW	kapitalistische Produktionsweise
MEGA ²	Marx Engels Gesamtausgabe
MEW	Marx Engels Werke
NSP	Nettosozialprodukt
PROKLA	Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft
SPW	Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft
<i>Urtext</i>	Zur Kritik der politischen Ökonomie. Urtext
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
WISU	Das Wirtschaftsstudium
Z	Zeitschrift für marxistische Erneuerung
ZAP	zentrales Allokationsproblem
<i>Zur Kritik</i>	Zur Kritik der politischen Ökonomie

Zitierweise in dieser Arbeit

Die von mir verwendete Literatur wird im fortlaufenden Text in Klammern zitiert. Dabei wird die Primärliteratur nach der jeweiligen MEW- bzw. MEGA²-Textstelle angegeben. Arabische Ziffern verweisen hierbei auf die MEW, römische Ziffern auf die MEGA². Seitenzahlen ohne weitere Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die hier vorliegende Arbeit.

Beispiel:

(23: 94) MEW, Band 23, Seite 94.

(II/1.1: 79) MEGA², Zweite Abteilung, Band 1.1, Seite 79.

(vgl. S. 28) Vgl. Seite 28 der hier vorliegenden Arbeit.

Alle Hervorhebungen in den Originaltexten wurden von mir übernommen, alle von mir hervorgehobenen Textstellen stets als solche kenntlich gemacht.

1 Einleitung

Ja, es stimmt: wie der Titel verspricht, geht es in dieser Arbeit um eine Darstellung der Marx'schen Werttheorie und ihrer *gegenwärtigen* Bedeutung – und nicht etwa um eine weitere der vielen Beschwörungen, daß Marx ein „toter Hund“ sei und dieses auch zu bleiben habe (vgl. Backhaus 1997: 9). Vielmehr wird, soviel sei vorab verraten, das genaue Gegenteil dieser Ansicht als zutreffend herausgearbeitet werden.

Ein solches Vorhaben trifft auf einen Zeitgeist, dem – mehr als alle vor 1989 diskutierten und (vermeintlich) bekannten Schwachstellen der Marx'schen Überlegungen – das Scheitern des osteuropäischen „Feudosozialismus“ (Kisker 1990: 213) auch als Beleg für das theoretische Scheitern von Marx gilt. Seine Theorie und die „real-sozialistische“ Praxis werden nur allzu gern unmittelbar in eins gesetzt und hieraus der Schluß gezogen, daß jeder Versuch einer gesellschaftlichen Alternative zum bestehenden und zunehmend global agierenden Kapitalismus von vornherein zum Scheitern verurteilt sein muß. So nachvollziehbar diese Schlußfolgerung aus politischen Motiven heraus sein mag – die „Sieger der Geschichte“ genießen ihren Triumph –, so wenig läßt sie sich wissenschaftlich begründen. Schließlich ist die Marx'sche Theorie eine Analyse der kapitalistischen Ökonomie, nicht jedoch die einer staatssozialistischen Planökonomie. An letzterer aber wird fälschlicherweise ihr Scheitern festgemacht.

Zu dieser ohnehin bestehenden „schlechten Presse“ kommt erschwerend hinzu, daß – dem *pensée unique* entsprechend – nach 1989 selbst der Teil der westdeutschen Linken eine strikte Abkehr von Marx vollzog, für den der „real-existierende Sozialismus“ zu keinem Zeitpunkt eine politische Alternative darstellte und der sich des immensen Unterschieds zwischen der Marx'schen Theorie und der Sowjetideologie immer bewußt war (vgl. Kraiker 2000: 76). Eine theoretische, nicht politisch motivierte Begründung, warum man sich bei der Analyse der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft nun nicht einmal mehr ansatzweise auf Marx beziehen mag, blieb indes aus. So konstatiert Wolfgang Pohrt polemisch, aber durchaus nicht unbegründet:

„Als es nur Marxisten gab, unterschied man zwischen schlechten Marxisten und guten. Die schlechten waren die anderen: dogmatisch, dumm, autoritär. Sie hingen am Gängelband der KPdSU oder der DKP. Die guten standen in der Tradition von Bloch, Adorno, Horkheimer, Marcuse, Trotzki, Rosa Luxemburg. Sie fühlten sich einsam, schutzlos und verlassen, denn sie besaßen auf dieser Welt außer ihren Büchern kei-

nen Freund und statt eines großen Feindes zwei. Feind Nr. 1 war das Kapital im Westen, Feind Nr. 2 waren die spätstalinistischen Machthaber im Osten. [...] Die verabscheuten Machthaber im Osten sind weg. Schön für den besseren Marxismus, sollte man denken. Jetzt kann er richtig loslegen und seine ganze Energie auf die Kritik des Kapitals konzentrieren. Aber keine Spur davon. Mit den schlechten Marxisten sind auch die guten verschwunden. Alle verzichten darauf, Marxsche Begriffe überhaupt noch zu verwenden. Man nimmt sie nicht einmal mehr in den Mund. Worte wie Ausbeutung, Mehrwert, Klassenkampf, Revolution, Imperialismus, entfremdete Arbeit, Kapital empfindet man fast als peinlich. Warum wird dieser Umstand nicht als erklärungsbedürftig empfunden?“ (Pohrt 1993: 26)

Schwer zu erklären ist dieses Phänomen jedoch nicht. Wer nach 1989 politisch etwas erreichen wollte – ob ein Projekt, ein Karriereziel oder womöglich beides – dürfte seine Erfolgsaussichten durch einen Bezug auf die Marx'sche Rhetorik nicht eben verbessert haben. Anders als in den späten 60er und zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts stellt die Marx'sche Theorie momentan weder ein akademisches noch ein politisches „Modethema“ dar. Im Gegenteil: Eine an Marx orientierte Gesellschaftskritik befindet sich gegenwärtig in der Diaspora, mithin dort also, wo Marx und Engels sich zu Lebzeiten selbst befanden.

Gleichwohl gibt es nach wie vor ein *akademisches Interesse* an Marx. Hier sei z.B. auf die MEGA² verwiesen, an deren Herausgabe seit den 70er Jahren kontinuierlich gearbeitet wird und die erstmals die Möglichkeit einer textkritischen Beschäftigung mit Marx ermöglicht.¹ Das Erscheinen des „Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“ mag als ein weiterer Beleg für das nach wie vor vorhandene Interesse an einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit Marx gelten.² Aber auch die Diskussionen um die Werttheorie reißen nicht ab, wie die Veröffentlichungen von Backhaus (1997, 1998), Hein (1997), Heinrich (1999, 2001) und Helmedag (1994, 1999) zeigen.

Grundsätzlich existiert eine immense Auswahl an (älterer) Sekundärliteratur zur Marx'schen Werttheorie, wobei die einzelnen Interpretationsansätze erheblich in ihren Fragestellungen und Ergebnissen differieren (vgl. Heinrich 1999). Die Spannbreite der Positionen verläuft zwischen einem streng ökonomischen Verständnis der Werttheorie als Produktionspreistheorie bis hin zu sozialphilosophischen Analysen von Entfremdungs- und Verdinglichungsphänomenen

¹Informationen zur MEGA² finden sich unter <http://www.marxforschung.de>.

²Dieses Projekt wird unter <http://userpage.fu-berlin.de/~hkwmred/hkwm> näher beschrieben.

in der bürgerlichen Gesellschaft. Trotz der Masse an erfolgten Untersuchungen wird m. E. aber die eigentlich genuine Leistung von Marx leicht übersehen bzw. mißverstanden. Sie besteht in der Beantwortung der Fragestellung, was denn eigentlich die Kategorien – Wert, Geld, Kapital u.a. – konstituiert, die in den Theorien der bürgerlichen Ökonomie üblicherweise begriffslos und ahistorisch vorausgesetzt werden. Bis auf Helmedag, der sich eher von einem typisch ökonomischen Blickwinkel dem Thema nähert, weisen alle oben genannten neueren Veröffentlichungen auf diesen Aspekt hin bzw. machen ihn explizit zum Schwerpunkt ihrer Untersuchung. Dies scheint allerdings ein recht neues Verständnis der Marx'schen Theorie zu sein, denn mir ist nur eine ältere Veröffentlichung bekannt (Rubin 1973), die in einer ähnlichen Herangehensweise verfährt.¹ Es gibt also gute Gründe, auf der Basis der erwähnten neueren Literatur den Versuch einer Darstellung der Marx'schen Werttheorie zu wagen.

Naturgemäß liegt der Schwerpunkt meiner Arbeit demnach auf der Fragestellung, was die Marx'sche Theorie zum Verständnis der kategorialen Genese der kapitalistischen Ökonomie beitragen kann. Sinnvollerweise orientiert sich mein Vorgehen dabei nicht an den üblichen Maßstäben eines ökonomistisch orientierten Erkenntnisinteresses. Es wird also z.B. nicht die Frage gestellt, inwieweit die Marx'sche Werttheorie als eine Preistheorie tauglich zu machen ist. Ebenso verzichte ich auf eine Schilderung und Beurteilung des sogenannten Transformationsproblems.² Überhaupt kann die Beantwortung meiner Fragestellung auf der theoretischen Ebene des ersten Bandes des *Kapitals* verbleiben, da die nachfolgenden Bände auf den hier bereits entwickelten, grundsätzlichen Kategorien aufbauen.

Das geplante Vorhaben erfordert zunächst einmal, sich gründlich des Marx'schen Erkenntnisobjekts und seiner Grundbegriffe zu vergewissern. Diese Aufgabe kommt dem zweiten Kapitel meiner Arbeit zu. In Unterabschnitt 2.1.1 wird der grundsätzliche Aufbau der Werttheorie im *Kapital* skizziert, um anschließend in 2.1.2 die Marx'sche Fragestellung und ihre Prämissen zu präzisieren. Hierauf aufbauend betrachte ich in Kapitel 2.2 und 2.3 die theoretischen Grundsatzkategorien der „abstrakten Arbeit“ und der „Wertgegenständlichkeit“. Ihre Interpretation ist von großer Bedeutung, um eine „ökonomis-

¹Wobei berücksichtigt werden muß, daß die Schrift erstmalig bereits 1927 in der Sowjetunion erschien und erst 1973 eine deutsche Veröffentlichung erfolgte.

²Ein solches Vorgehen ist – unabhängig von der Konzeption meiner Arbeit – auch deshalb unproblematisch, weil sich das Transformationsproblem auf einer arbeitswerttheoretischen Ebene lösen läßt (vgl. Helmedag 1994: 187-206).

tische“ Auffassung, d.h. eine Lesart der Marx’schen Theorie im Lichte einer ökonomisch-empiristischen Fragestellungen, zu verhindern. Im dritten Kapitel möchte ich dann den Nachweis führen, daß, auf der Basis der zuvor erarbeiteten Begrifflichkeiten, die Marx’sche Theorie sich nur als eine *monetäre* Werttheorie adäquat darstellen läßt. Dies erfordert einerseits eine detaillierte Erläuterung der Wertformanalyse, d.h. eine Entwicklung der analytischen Kategorien der Wertexistenz. Andererseits muß die reale Erscheinungsform des Werts – das Geld – eine angemessene Darstellung erhalten. Ersteres wird in Kapitel 3.1, letzteres in Kapitel 3.2 versucht. Im Anschluß an die Herleitung des Werts in seiner Geldform soll im vierten Kapitel seine Weiterentwicklung zur Kapitalform erläutert werden. Hier möchte ich zunächst in Unterabschnitt 4.1 den Nachweis führen, daß auf der Grundlage kategorialer Überlegungen eine Werttheorie nicht nur zwingend als *monetäre* Theorie, sondern zusätzlich als Theorie eines *Kapitalverwertungsprozesses* zu verstehen ist. Sodann sollen in Unterabschnitt 4.2 die mikro- und makroökonomischen Zusammenhänge dieses Verwertungsprozesses – d.h. der Mehrwertproduktion – und seine Implikationen herausgearbeitet werden.

Anschließend verlasse ich mit Kapitel 5 die Darstellungsebene der Marx’schen Theorie, da alle grundsätzlichen Kategorien bereits entwickelt sind. Es kann somit an dieser Stelle der Frage nachgegangen werden, welche gegenwärtige Bedeutung der Theorie zukommt. Hierbei sind zwei Fragestellungen zu unterscheiden: die ihrer theoretischen und die ihrer praktische Bedeutung. Zwar habe ich weiter oben erwähnt, daß Interpretationen der Marx’schen Kategorien auf einer ökonomisch-empiristischen Grundlage m. E. einen Fehler darstellen. Gleichwohl entscheidet sich der theoretische Status der Theorie auf einer empirischen Ebene, d.h. sie muß geeignet sein, aktuelle Phänomene der kapitalistischen Ökonomie zu beschreiben. Daß dies der Fall ist, soll in Kapitel 5.1 anhand des heutigen Geldsystems und in Kapitel 5.2 durch eine Darstellung der Kapitalverwertungstendenzen der letzten dreißig Jahre plausibel gemacht werden. Die Auswahl der beiden zu überprüfenden Aspekte ist leicht zu begründen: da ich im dritten Kapitel den monetären Charakter der Marx’schen Theorie betone, liegt es auf der Hand, sie an den Strukturen des jetzigen Geldsystems zu überprüfen. Analog hierzu erscheint es sinnvoll, die Leistungsfähigkeit der Theorie an den Kapitalverwertungstendenzen der letzten Jahrzehnte zu messen, da sie im vierten Kapitel als eine Theorie des Kapitalverwertungsprozesses beschrieben wird. Auf die empirische Überprüfung folgen in Kapitel 5.3 Überlegungen zu den politischen Implikationen der Marx’schen Theorie.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit sich aus der Marx'schen Theorie Alternativen zur gegenwärtigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entwickeln lassen. Abschließend folgt im sechsten Kapitel ein Resumée, daß die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zusammenfaßt.

Es bleibt noch eine Bemerkung zur verwendeten Primärliteratur zu machen. Mir erscheint – neben dem Rückgriff auf die Sekundärliteratur – der gründliche Beleg aller wichtigen theoretischen Zusammenhänge anhand der Marx'schen Originalschriften besonders wichtig. Dies zum einen, weil meine Darstellung auf diese Weise sowohl besser nachvollziehbar als auch besser überprüfbar ist. Zum anderen läßt sich der Argumentationsgang der Sekundärliteratur stellenweise durch eine breitere Einbeziehung der Originalschriften stärken. Daher werden die Marx'schen Positionen insbesondere in den Kapiteln 2, 3 und 4 ausgiebig zitiert. Die hierbei verwendete Primärliteratur besteht schwerpunktmäßig aus dem ersten Band des *Kapitals*, der kürzeren Schrift *Zur Kritik* und den *Grundrissen*. Ergänzend treten bei Bedarf kleinere Schriften wie beispielsweise das *Ergänzungsmanuskript* oder Zitate aus dem Marx'schen Briefwechsel hinzu. Die Originalschriften werden sowohl nach den MEW wie auch nach der MEGA² zitiert. Zwar ist letztere die aktuellere und zudem eine textkritische Ausgabe der Marx/Engels-Schriften, trotzdem läßt sich auch eine Verwendung der MEW-Texte rechtfertigen. Es handelt sich in den von mir verwendeten MEW-Zitaten ausschließlich um Texte, die nicht hinter dem editorischen Erkenntnisstand der MEGA² zurückbleiben. Alle diesbezüglichen Zitate basieren auf Werken, die von Marx selbst herausgegeben (*Zur Kritik*) oder nach seinem Tod von Engels nur unwesentlich verändert wurden (*Kapital*) bzw. in der Sekundärliteratur standardmäßig nach der MEW-Ausgabe zitiert werden (Briefwechsel).

2 Grundbegriffe der Marx'schen Werttheorie

2.1 Die Darstellung im „Kapital“

Marx beginnt die Darstellung seiner Werttheorie im *Kapital* mit einer Anspielung auf Adam Smith. Dieser hatte sich in seinem Hauptwerk das Ziel gesetzt, den *Wohlstand der Nationen* zu ergründen. Anders als Smith, welcher sowohl den „Reichtum“ wie auch die „Waren“ als ahistorische Kategorien einführt (Smith 2000: 3ff.), grenzt Marx seinen Untersuchungsgegenstand jedoch historisch und analytisch ein:

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen *kapitalistische Produktionsweise* herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform.“ [Hervorh. v. m., N.F.] (23: 49)

„Reichtum“ existiert in der Marx'schen Analyse also nicht als „Reichtum an sich“, sondern erscheint in der spezifisch gesellschaftlichen Form der Waren. Letztere gehören einer Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise (KPW) an. Diese wird in ihren offensichtlichen Ausprägungen (Lohnarbeit, Kapital, usw.) zwar erst ab dem vierten Kapitel des *Kapitals* erwähnt, ist aber bereits von Beginn an mitzudenken. Waren bilden nicht nur die Erscheinungsform des kapitalistischen Reichtums, sie sind zugleich die einfachste empirische Kategorie der KPW. Sie bilden die „Zellenform“ (23: 12) der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Ware des ersten Kapitels des *Kapitals* ist somit bereits eine kapitalistisch produzierte Ware. Allerdings stellt sie an diesem Punkt der Darstellung noch eine hochgradig abstrakte, analytische Kategorie dar. Die zur Abbildung der komplexen Zusammenhänge der KPW benötigten Kategorien können auf dieser Darstellungsebene noch nicht vorhanden sein; sie müssen vielmehr nach der Methode der abnehmenden Abstraktion aus den einfachsten Annahmen – hier: die Ware als Elementarform des kapitalistischen Reichtums – erst noch entwickelt werden (Brentel 1989: 145, Heinrich 2001: 200). Marx selbst vergewissert sich in den *Grundrissen* dieser Methode:

„Das Concrete ist concret weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist.“ (II/1.1: 36)

Und auf Hegel verweisend, dem Marx zufolge der Fehler unterlaufen sei, das konkrete, mannigfaltige Reale als das Ergebnis eines Denkprozesses anzusehen, insistiert Marx darauf, daß

„[...] vom Abstrakten zum Concreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist sich das Concrete anzueignen, es als ein geistig Concretes zu reproducieren. Keineswegs aber der Entstehungsprocess des Concreten selbst. Z.B. die einfachste ökonomische Kategorie, sage z.B. Tauschwerth, unterstellt Bevölkerung, Bevölkerung producirend in bestimmten Verhältnissen; auch gewisse Sorte von Familien- oder Gemeinde- oder Staatswesen etc. Er kann nie existieren ausser als abstrakte, einseitige Beziehung eines schon gegebenen, concreten Ganzen.“ (II/1.1: 36f.)

Die einfachsten Kategorien sind also zugleich die abstraktesten, während das „reale Ganze“ als konkret erscheint. Marx beginnt daher seine Analyse der KPW im *Kapital* mit der Analyse einer Ware (Heinrich 2001: 155f.). In den späteren Kapiteln meiner Arbeit wird sich zeigen, wie diese grundsätzliche Kategorie der KPW zu immer konkreteren Kategorien wie beispielsweise Geld und Kapital fortentwickelt wird und sich hierdurch die Analyse der komplexen Wirklichkeit zunehmend annähert.

Der Begriff der „Ware“ ist in diesem Zusammenhang demnach als Gattungsbegriff und nicht etwa als eine reale, singuläre Erscheinung zu verstehen. Waren können immer nur im Plural vorkommen, ebenso wie es nicht einen alleinigen Tauschwert geben kann (19: 358).¹

2.1.1 Die Waren als Wertträger

Eine Ware ist zunächst einmal durch ihre physikalischen oder chemischen Eigenschaften bestimmt, also durch ihren *Gebrauchswert*, der ihr bei der Befriedigung eines menschlichen Bedürfnisses zukommt. Man kann auch sagen: Sie läßt sich durch den Nutzen charakterisieren, den ihr Konsum ihrem Konsumenten stiftet.² Der Gebrauchswert oder der Nutzen einer Ware basiert auf

¹Haug (2001: 82f.) schildert, wie der im Marx'schen Original durchgängig verwendete Plural in der MEW-Ausgabe durch Druck- bzw. Herausgeberfehler stellenweise als Singular erscheint. Hierdurch entsteht leicht der Eindruck, Marx greife in seiner Darstellung irgendeine tatsächliche Ware heraus, um sie dann zu analysieren.

²Diese Überlegung bildet die Grundlage der sogenannten „subjektiven Werttheorie“, welche die ökonomische Neoklassik als Alternative zur klassischen Arbeitswerttheorie entwickelt hat: je höher der einer Ware zugeordnete individuelle Nutzen, desto höher ihr subjektiver Wert und die subjektive Zahlungsbereitschaft einer Person für diese Ware. Der Marktpreis einer Ware bildet sich dann durch das Zusammenspiel aller individuellen

ihren dinglichen Eigenschaften, ist also unabhängig von der *sozialen Form*, in welcher der Gebrauchswert erscheint (23: 50).

Waren sind aber nicht lediglich über ihren Gebrauchswert, also ihre natürlichen Eigenschaften, bestimmt. Vielmehr kommt ihnen eine spezifisch soziale Form, eine „zweite Natur“ zu: Als Waren sind Gebrauchsgegenstände die stofflichen Träger von *Tauschwerten*, einem quantitativen Verhältnis, in welchem unterschiedliche Waren sich gegeneinander austauschen (ebd.). Was aber bildet die *Grundlage* dieses quantitativen Verhältnisses? Um diese Frage zu beantworten, muß eine Tauschhandlung analysiert werden. Marx wählt hierzu das folgende Beispiel:

„1 Quarter Weizen = a Ztr. Eisen“ (23: 51)

Diese „Warengleichung“ ist m. E. nicht als Abbildung einer konkreten Tausch-situation aufzufassen. Sie kann kein wirkliches Austauschverhältnis darstellen – hierzu bedürfte es einer bereits entwickelten Geldkategorie, denn in einer Gesellschaft mit KPW findet *kein* Naturaltausch statt. „Geld“ als konkretere, weniger abstrakte Kategorie der KPW muß aber erst noch aus der Analyse der einfachsten, d.h. abstraktesten, Bestimmungen entwickelt werden (Heinrich 2001: 200). An diesem Punkt der Marx’schen Analyse muß es also darum gehen, auf der Ebene der einfachsten kapitalistischen Kategorie, der Ware, eine theoretische Konstruktion zu entwickeln, welche zwei Anforderungen erfüllt:

1. Darstellung der allgemeinsten Bestimmung der Warenproduktion: In einer Gesellschaft mit KPW vollzieht sich der gesellschaftliche Stoffwechsel durch den Warentausch (ebd.).
2. Entwicklung der konkreteren Kategorien der KPW durch die Analyse eines solchen Warentauschs.

Diesen beiden Zwecken dient die obige „Warengleichung“. In ihr *setzen* die bürgerlichen Individuen bestimmte Mengen unterschiedlicher Gebrauchswerte in bezug auf ihren Tauschwert *gleich*. Marx untersucht nun diesen Akt der Gleichsetzung näher und entwickelt auf diese Weise seine spezifische Konzeption des Wertbegriffs. Sein Vorgehen läßt sich in drei Einzelschritte aufteilen.

Nutzenzuordnungen. Umgangen werden in diesem Konzept die politischen „Fallstricke“ der klassischen Werttheorie, welche von der Forderung nach „vollem Lohn“ bis hin zur Feststellung der „Ausbeutung“ der Arbeiter reichen (vgl. Hofmann 1971: 238).

Ich möchte diese im folgenden kurz skizzieren.

Im ersten Schritt stellt sich die Frage, was die Gleichsetzung zweier Waren in einem Tauschakt über die Eigenschaften der beiden Waren aussagt:

„[...] 1 Quarter Weizen = a Ztr. Eisen. Was besagt diese Gleichung? Daß ein Gemeinsames von derselben Größe in zwei verschiedenen Dingen existiert.“ (23: 51)

Denn unterschiedliche, also qualitativ ungleiche Dinge können gar nicht quantitativ vergleichbar bzw. gleich sein – eine solche Tauschkonstruktion kann in bezug auf den Gebrauchswert der Waren allenfalls zu dem wohl bekannten Ergebnis führen, daß „Äpfel und Birnen“ nicht gleichgesetzt werden können. Dinge können nur dann gleichgesetzt *werden*, wenn ihnen, unabhängig von dem Akt des Vergleichs, irgendeine Eigenschaft zukommt, bezüglich derer sie gleich *sind*. So macht z.B. die Feststellung, daß zwei Holzlatten „gleich lang“ sind, nur deshalb einen Sinn, weil beide unabhängig vom Akt der Längenmessung über die Eigenschaft „Länge“, d.h. Ausdehnung im Raum, verfügen.¹ Im Tausch gleichgesetzte Waren müssen also bezüglich einer bestimmten Eigenschaft *kommensurabel* sein. Diese gemeinsame Eigenschaft gilt es nun zu bestimmen.

Zunächst einmal muß diese Gemeinsamkeit etwas von dem konkreten Tauschwert einer Ware Unterschiedenes sein. Denn eine Ware A läßt sich in aller Regel nicht nur gegen eine Ware B, sondern auch gegen eine Ware C usw. eintauschen. Dann aber kommt die gesuchte Gemeinsamkeit nicht nur der Ware A in bezug auf die Waren B und C, sondern z.B. auch der Ware B in bezug auf die Ware C zu. Sie muß eine Gemeinsamkeit *aller* Waren sein. Marx' zweiter Schritt besteht daher in dem Nachweis, daß die *qualitative Gleichheit* aller Waren in einem gemeinsamen Dritten besteht, das sich in der *quantitativen Form* des Tauschwerts darstellt:

„Eine gewisse Ware, ein Quarter Weizen z.B. tauscht sich mit x Stiefelwichse oder mit y Seide oder mit z Gold usw., kurz mit andern Waren in den verschiedensten Proportionen. Mannigfache Tauschwerte also hat der Weizen statt eines einzigen. [...] Der Tauschwert kann überhaupt nur die Ausdrucksweise, die ‚Erscheinungsform‘ eines von ihm unterscheidbaren Gehalts sein.“ (23: 51)

Weiterhin kann die Kommensurabilität der Waren nicht in ihren jeweiligen

¹Diese Überlegung offenbart im übrigen auch den logischen Fehler, Geld die Funktion eines Rechenmittels zuzuweisen, welches die Waren „vergleichbar“ oder „addierbar“ mache – dieser Zusammenhang wird in Abschnitt 3.2.1 ausführlicher diskutiert.

Gebrauchswerten bzw. ihren Nutzen begründet sein. Denn warum sollte eine Person eine Ware A gegen eine andere Ware B eintauschen, wenn A für ihn den gleichen Gebrauchswert wie B hat? In ihrer Eigenschaft als Gebrauchswerte müssen die Waren *qualitativ verschieden* sein, ansonsten macht ein Warentausch als gesellschaftlicher Stoffwechsel keinen Sinn. Die Gleichheit der Waren muß also in einer *Abstraktion* von ihren Gebrauchswerten, d.h. von ihren stofflichen Eigenschaften, bestehen. Dies bildet den dritten Teil der Marx'schen Warenanalyse: was bleibt, wenn man von allen stofflichen Eigenschaften der Waren abstrahiert?

„Sieht man nun vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. Jedoch ist uns auch das Arbeitsprodukt bereits in der Hand verwandelt. Abstrahieren wir von seinem Gebrauchswert, so abstrahieren wir auch von den körperlichen Bestandteilen und Formen, die es zum Gebrauchswert machen.“ (23: 52)

Die den Waren gemeinsame Eigenschaft besteht nach Marx also darin, daß sie Arbeitsprodukte sind. Hierbei abstrahiert er nicht nur vom Gebrauchswert einer Ware, sondern zusätzlich noch von der gebrauchswertschaffenden Arbeit, die zur Produktion der entsprechenden Ware benötigt wird. So wie alle Waren in ihrer Eigenschaft als *Arbeitsprodukte* gleich sind, so sind auch die verschiedenen, konkret verausgabten Arbeitsformen in einer Eigenschaft gleich, nämlich *menschliche Arbeit* zu sein:

„Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allesamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit.“ (ebd.)

Diese *abstrakt menschliche Arbeit* ist das allen Waren gemeinsame Dritte, welches in der Form mannigfacher Tauschwerte erscheint. Sie bildet die *Wertesubstanz* der Waren. Die Waren stellen – was ihre Werteigenschaft betrifft – lediglich „Kristalle“ (ebd.) dieser ihnen gemeinsamen Substanz dar. Als solche sind sie nicht nur Träger von Gebrauchswert, sondern ebenfalls von Wert:

„Das Gemeinsame, was sich im Austauschverhältnis oder Tauschwert der Ware darstellt, ist also ihr Wert. [...] Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist.“ (23: 53)

Mit dieser Feststellung läßt sich die dreigeteilte Herleitung des Marx'schen

Wertbegriffs im *Kapital* abschließen.

2.1.2 Rekonstruktion: Prämissen der Werttheorie

Es hat den Anschein, als ob die oben geschilderte Herleitung des Wertbegriffs das eigentliche Ziel der Marx'schen Analyse ist. Häufig wurde dies auch als die eigentliche Intention von Marx begriffen. In einer solchen Lesart besteht der erste Abschnitt des ersten Kapitels des *Kapitals* aus einem „Beweis“ der Arbeitswerttheorie, d.h. aus dem Nachweis, daß der Wert einer Ware durch die Arbeit bestimmt ist. So erklärt es sich, daß an der Marx'schen Werttheorie typischerweise kritisiert wurde, sie „beweise“ die Existenz des Werts nicht korrekt. Ihre klassische Ausprägung hat diese Kritik durch Böhm-Bawerk erhalten, welcher die Gültigkeit des Marx'schen Ausschlußverfahrens beweifelt, d.h. die Schlußfolgerung, das gemeinsame Dritte aller Waren müsse menschliche Arbeit sein. Zudem entfele die Notwendigkeit eines Ausschlußverfahrens, wenn man einen Tauschakt nicht als „Warengleichung“ interpretiere (Böhm-Bawerk 1973: 81-90). Marx selbst wurde bereits 1868 mit dem Vorwurf, den Wertbegriff nicht korrekt bewiesen zu haben, in einer Rezension der Erstauflage des *Kapitals* im „Literarischen Centralblatt für Deutschland“ konfrontiert.¹ Allerdings vermochte er diese Ansicht nicht zu teilen, wie er Ludwig Kugelmann am 11. Juli 1868 in einem Brief mitteilte:

„Der Unglückliche [der Rezensent, N.F.] sieht nicht, daß, wenn in meinem Buch gar kein Kapitel über den ‚Wert‘ stünde, die Analyse der realen Verhältnisse, die ich gebe, den Beweis und den Nachweis des wirklichen Wertverhältnisses enthalten würde. Das Geschwatz über die Notwendigkeit, den Wertbegriff zu beweisen, beruht nur auf vollständigster Unwissenheit, sowohl über die Sache, um die es sich handelt, als die Methode der Wissenschaft.“ (32: 552)

Die Wertanalyse im *Kapital* sollte also gerade nicht als Beweis einer Arbeitswerttheorie verstanden werden. Dies ist offensichtlich nicht das Marx'sche Erkenntnisinteresse (vgl. Haug 2001: 77). Nicht ohne Grund nennt er in *Zur Kritik* die Bestimmung des Wertinhalts über die Arbeit eine Tautologie (13: 22). Aber was ist statt dessen „die Sache, um die es sich handelt“? Anscheinend führt die Marx'sche Untersuchung leicht zu Mißverständnissen. Denn im Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapitals* von 1872 beschwert sich Marx über das mangelhafte Verständnis der von ihm verwendeten Methode (23: 25). In seiner Theorie

¹Der Autor dieser Rezension läßt sich nicht genau ermitteln. Der Artikel selbst ist mit dem Kürzel „h“ unterzeichnet (32: 737, Anm. 143).

eine Konstruktion a priori zu sehen, so Marx, gründe auf der Verwechslung von Darstellungs- und Forschungsweise (ebd.: 26). Dieses Mißverständnis, von ihm gleichsam en passant erwähnt, bedarf der näheren Betrachtung, um sein Erkenntnisinteresse „freizulegen“.¹ Versuchen wir also, uns der Marx’schen Fragestellung zu nähern. In dem oben erwähnten Brief an Ludwig Kugelmann gibt Marx einen Hinweis auf dieses Objekt und dessen Zusammenhang mit dem Wertbegriff:

„Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind. Ebenso weiß es, daß die den verschiedenen Bedürfnismassen entsprechenden Massen von Produkten verschiedene und quantitativ bestimmte Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit erheischen. Daß diese *Notwendigkeit der Verteilung* der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die *bestimmte Form* der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur *ihre Erscheinungsweise* ändern kann, ist self-evident. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die *Form*, worin jene Gesetze sich durchsetzen. Und die Form, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als *Privataustausch* der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der *Tauschwert* dieser Produkte.“ (32: 552f.)

In dieser Passage lassen sich zwei Aspekte herauslesen, die m. E. zentral für das Verständnis des Marx’schen Erkenntnisinteresses sind. Zum ersten spricht Marx von *gesellschaftlicher Arbeit*, die sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen darstellen kann. Daß die menschliche Arbeit für Marx immer gleichbedeutend ist mit der Arbeit in bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhängen (vgl. Frambach 1999: 159, 161f.), d.h. mit einer bestimmten gesellschaftlichen Form der Arbeit, wird von ihm zu Beginn der *Grundrisse* explizit verdeutlicht:

¹Eine Untersuchung, worum es sich bei der „Methode der Wissenschaft“ (32: 552) handelt und warum diese offensichtlich von Marx mißverständlich formuliert wurde, würde an dieser Stelle zu weit führen. Statt dessen sei auf die diesbezüglichen Erläuterungen von Reichelt (1996) verwiesen.

„Der Mensch ist im wörtlichsten Sinn ein ζῷον πολιτικόν [zoon politikon¹, N.F.], nicht nur ein geselliges Thier, sondern ein Thier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann. [...] Wenn also von Production die Rede ist, ist immer die Rede von Production auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe – von der Production *gesellschaftlicher Individuen*.“ [Hervorh. v. m., N.F.] (II/1.1: 22)

Anders als die Vertreter der klassischen politischen Ökonomie und im Gegensatz auch zu den heute üblichen Annahmen neoklassischer Provenienz (vgl. Frambach 1999: 107f., 119f. und 330f.), begreift Marx jeden Produktionsakt von vornherein als Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses. Dies gilt auch für die atomisierten Warenproduzenten der bürgerlichen Gesellschaft, deren individuelles Handeln einem gesellschaftlichen Verhältnis scheinbar vorausgeht bzw. dieses erst zu konstituieren scheint.²

Der zweite wichtige Aspekt besteht in der Feststellung eines für jede Gesellschaft gültigen *zentralen Allokationsproblems* (ZAP): Wie wird das vorhandene gesellschaftliche Arbeitspotential gemäß der existierenden Bedürfnisse auf die zur Verfügung stehenden Produktionsmöglichkeiten verteilt? Historisch gibt es verschiedene Varianten, das ZAP zu lösen, je nach der Form der jeweiligen Produktionsverhältnisse. Das Marx'sche Erkenntnisinteresse besteht nun in der Analyse dieses Problems unter den Produktionsverhältnissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wie stellt sich eine kohärente Lösung unter Bedingungen her, in der das gesellschaftliche Arbeitspotential die Form der warenproduzierenden Privatarbeit annimmt, also nicht unmittelbar als gesellschaftliche Arbeit erscheint? Offenbar muß hierzu eine Form der *mittelbaren Vergesellschaftung* existieren. Genau diese gilt es zu entdecken, d.h. es ist zu untersuchen, welche Eigenschaften die menschliche Arbeit in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft annimmt.

Fassen wir zusammen: Die Marx'sche Werttheorie basiert auf zwei zentralen Prämissen, nämlich des grundsätzlichen gesellschaftlichen Charakters der Arbeit sowie der Annahme des ZAP. Obwohl Marx diese beiden grundlegenden Aspekte im ersten Abschnitt des ersten Kapitels des *Kapitals* nicht erwähnt, bilden sie doch die grundlegenden Prämissen seiner Analyse (Rubin 1973: 39).

¹Marx zitiert hier Aristoteles (vgl. Apparatband II/1.1: 25), der bekanntlich den Menschen ihr Leben in einer politische Gemeinschaft als anthropologische Eigenschaft zuordnet.

²Die Vorstellung, gesellschaftliche Institutionen würden auf der Grundlage individueller, d.h. der Gesellschaft vorgelagerten Präferenzen entstehen, ist typisch für liberale Gesellschaftstheorien. So z.B., wenn in Vertragstheorien ein vorgesellschaftlicher „Naturzustand“ konstruiert und mit dessen Hilfe dann die Notwendigkeit und der Charakter des bürgerlichen Staates abgeleitet wird.

Marx spricht dies im *Kapital* auch an, allerdings erst im Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware. Hier erläutert er zunächst das ZAP anhand von Beispielen (23: 91ff.), um anschließend die zentrale Fragestellung seiner Werttheorie zu formulieren:

„Die politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, *warum dieser Inhalt jene Form annimmt*, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt?“ [Hervorh. v. m., N.F.] (23: 94f.)

Hier wird deutlich angesprochen, daß es Marx nicht um eine Werttheorie in der Tradition der klassischen politischen Ökonomie geht (vgl. Haug 2001: 77). Vielmehr besteht sein spezifisches Erkenntnisinteresse in der Fragestellung, warum überhaupt ein Phänomen wie der Wert existiert. Allerdings formuliert Marx diesen Anspruch erst an einem Punkt seiner Darstellung, an dem die Werts substanz bereits hergeleitet und so die Grundlage für das Mißverständnis bezüglich des oben erwähnten Beweisverfahrens gelegt wurde. Trotzdem verdeutlicht das Fetischkapitel vor dem Hintergrund dieser Überlegungen die Rangordnung der von Marx analysierten Gegenstände: Nicht der *Wert* steht im Mittelpunkt seiner Untersuchung, sondern die *Arbeit*, deren gesellschaftlicher Charakter unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen in der Form des Tauscherts erscheint (Rubin 1973: 36, Hein 1997: 28). Die Marx'sche Werttheorie ist keine Theorie zur Aufdeckung des Wertinhalts oder der Wertgröße – dies hatten bereits Adam Smith und David Ricardo geleistet –, sondern vielmehr eine Theorie der *Formkonstitution* gesellschaftlicher Arbeit unter den Bedingungen der Arbeitsteilung und der Privatproduktion (Brentel 1989: 265f.). Sie zielt somit nicht – wie die ökonomische Klassik und Neoklassik – primär auf eine *quantitative* Analyse ökonomischer Phänomene, sondern auf die *qualitative* Dimension ökonomischer Gegenstände und ihrer Begrifflichkeiten (Backhaus 1997: 416, ders. 1998: 352).

Vor diesem Hintergrund werden nun im weiteren Verlauf dieses Kapitels die zentralen Begrifflichkeiten der Marx'schen Werttheorie erläutert. Als Leitlinie ihrer Interpretation soll dabei die Frage dienen, inwieweit diese Begriffe in einen sinnvollen Zusammenhang mit den obigen zwei Prämissen zu bringen sind.

2.2 Die Bedeutung der abstrakten Arbeit

Ebenso wie die Waren in der Form von Gebrauchs- und Tauschwert eine zweifache „Natur“ besitzen, kommt der menschlichen Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft ein doppelter Charakter zu: einmal als gebrauchswertschaffende, konkrete Tätigkeit und zum anderen als wertschaffende, abstrakte Arbeit (23: 56-59). Da dieser Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit laut Marx der „Springpunkt ist, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht“ (23: 56), erscheint eine genaue Unterscheidung der beiden unterschiedlichen Arbeitsbegriffe angebracht.

Konkrete Arbeit stellt eine menschliche Existenzbedingung dar, die unabhängig von jeder Form der Produktionsverhältnisse verrichtet werden muß, eine „ewige Naturnotwendigkeit“ (23: 57). Sie ist die Verrichtung physiologischer Tätigkeit zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, ohne die weder die Erhaltung der Art noch irgendein menschlicher Fortschritt möglich erscheint. Anders verhält es sich mit der abstrakten Arbeit. Sie leitet sich aus der Abstraktion von jeder konkreten Tätigkeit und ihrem nützlichen Charakter ab und scheint daher menschliche Arbeit schlechthin zu sein (23: 58f.). Was aber soll man sich unter einer solchen Bestimmung vorstellen? Wird bei der Bestimmung der abstrakten Arbeit z.B. auch von allen physiologischen Bestimmungen abstrahiert? Und wenn sich abstrakte Arbeit derart als „Arbeit schlechthin“ bestimmt, ist sie dann – wie die konkrete Arbeit – ein übergesellschaftliches Phänomen, eine Eigenschaft, die der menschlichen Arbeit *immer* zukommt? Um diese Fragen zu beantworten, soll zunächst an eine der Marx'schen Prämissen erinnert werden, die im vorhergehenden Abschnitt ergab: Marx versteht unter menschlicher Arbeit immer eine gesellschaftliche Tätigkeit. Eine kategoriale Analyse der KPW muß daher klären, wie sich in der bürgerlichen Gesellschaft zwischen den individuellen Privatarbeiten ein gesellschaftlicher Zusammenhang herstellt.

Unter den bürgerlich-kapitalistischen Bedingungen einer arbeitsteiligen Warenproduktion besteht die gesellschaftliche Gesamtarbeit aus autonomen und privat verausgabten Teilarbeiten. Obwohl die einzelnen Privatproduzenten über Art und Umfang ihrer Arbeit formal autonom entscheiden, stehen doch alle in einem gesellschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis. So sind die Gesellschaftsmitglieder darauf angewiesen, einen Gebrauchswert für andere zu produzieren, d.h. die Bewährung der Privatarbeit als Teil der gesellschaftlichen Gesamtar-

beit wird über Tauschakte vermittelt (Tuchscheerer 1973: 382f.). Ein Tauschakt besteht aus der *Gleichsetzung* unterschiedlicher Waren, deren *gleiche Gültigkeit* als menschliche Arbeit hierdurch ermittelt wird:

„Sie [die Waren, N.F.] müssen also einerseits als bestimmte nützliche Arbeiten ein bestimmtes gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen und sich so als Glieder der Gesamtarbeit, des naturwüchsigen Systems der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, bewähren. Sie befriedigen andererseits nur die mannigfachen Bedürfnisse ihrer eigenen Produzenten, sofern jede besondere nützliche Privatarbeit mit jeder andren nützlichen Privatarbeit austauschbar ist, *ihr also gleichgilt*. Die Gleichheit *toto coelo* verschiedener Arbeiten kann nur in einer Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit bestehen, in der Reduktion auf den gemeinsamen Charakter, den sie als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, abstrakt menschliche Arbeit, besitzen.“ [Hervorh. v. m., N.F.] (23: 87f.)

Worauf aber bezieht sich diese gleiche Gültigkeit bzw. der gemeinsame Charakter der abstrakten Arbeit? Darauf, daß alle menschliche Arbeit eine Tätigkeit im physiologischen Sinne ist, also die „produktive Verausgabung von Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.“ (23: 58)? Dann wäre diese Gleichheit – d.h. abstrakte Arbeit – eine Eigenschaft, die der menschlichen Arbeit immer zukommt, die also unabhängig von der Gesellschaftsform besteht. Sie bestünde schlicht in der Tatsache, daß jede Form von konkreter Arbeit sich auf einer abstrakten Ebene als dahingehend gleich erweist, daß sie eine physiologische Tätigkeit darstellt. Die Gleichheit aller Waren würde dann darin bestehen, daß zu ihrer Produktion die Verausgabung abstrakter Arbeit, also eine physiologische Tätigkeit als solche, vonnöten ist. Dieses Gleichheitsverständnis wird auch dadurch nahegelegt, daß Marx im Abschnitt über den „Doppelcharakter der Ware“ die abstrakte Arbeit anscheinend als eine „Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinne“ (23: 61) darstellt.

Allerdings erscheint es durchaus fragwürdig, ob hier ein angemessenes Verständnis der abstrakten Arbeit vorliegt.¹ Eine solche Auffassung läßt sich nur vertreten, wenn der Großteil der Marx'schen Bemerkungen zur abstrakten Arbeit – nicht nur im *Kapital* (23: 62, 87f.), sondern auch in *Zur Kritik* (vgl. 13: 18f., 22, 24, 31f.) – ignoriert wird und diese lediglich auf der Basis der

¹Hein (1997: 29f.) weist darauf hin, daß eine physiologische Interpretation der Werts substanz weniger der Marx'schen Werttheorie als vielmehr der ricardianischen Arbeitsmengentheorie angemessen ist. Ähnlich äußert sich Brentel (1989: 281), der hier eine „substantialistische“ Auffassung erkennt, die für die Werttheorie Ricardos und Proudhons kennzeichnend sei. Rubin (1973: 97-107) entwickelt einen sehr differenzierten Arbeitsbegriff, auf dessen Grundlage er das Konzept der abstrakten Arbeit mit Recht als eine *soziologische* Theorie bezeichnen kann (ebd.: 97).

beiden obigen Formulierungen interpretiert werden. Denn Marx spricht im Zusammenhang mit der abstrakten Arbeit meist von einer gesellschaftlichen, d.h. einer nicht physiologisch zu verstehenden Tätigkeit (Rubin 1973: 95f.). So wird die Gleichheit der Waren ausdrücklich als ein spezifisch gesellschaftliches Phänomen bezeichnet. Nur in der warenproduzierenden Gesellschaft gelte, daß

„[...] der spezifisch gesellschaftliche Charakter der von vornherein unabhängigen Privatarbeiten in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeit besteht und die Form des Wertcharakters der Arbeitsprodukte annimmt [...].“ (23: 88)

Wir erhalten somit einen Hinweis darauf, daß sich die Gleichheit der menschlichen Arbeit nicht auf physiologische Eigenschaften bezieht, sondern auf den *gesellschaftlichen Charakter der warenproduzierenden Arbeit*, d.h. auf die Art ihrer Vergesellschaftung. Noch deutlicher wird dies von Marx in *Zur Kritik* ausgesprochen. Hier insistiert er darauf, daß die konkrete Arbeit ein übergesellschaftliches Phänomen sei, was für die abstrakte Arbeit hingegen nicht gelte:

„Tauschwert setzende Arbeit ist dagegen eine spezifisch gesellschaftliche Form der Arbeit. Schneiderarbeit z.B. in ihrer stofflichen Bestimmtheit als besondere produktive Tätigkeit, produziert den Rock, aber nicht den Tauschwert des Rocks. Letztern produziert sie nicht als Schneiderarbeit, sondern als abstrakt allgemeine Arbeit, und diese gehört einem Gesellschaftszusammenhang, den der Schneider nicht eingefädelt hat.“ (13: 24)

In diesem Zitat spricht Marx im Zusammenhang mit der Wertsubstanz nicht lediglich von abstrakter, sondern zusätzlich von *allgemeiner* Arbeit. Dies gibt uns einen weiteren Hinweis darauf, wie abstrakte Arbeit zu verstehen ist. Denn unter allgemeiner Arbeit versteht Marx das gesellschaftliche Arbeitspotential bzw. die gesamte Arbeitszeit, die einer Gesellschaft zur Verfügung steht (13: 18). Diese allgemeine Arbeit existiert zwar in den vielfältigen Formen aller konkreten Arbeiten, sie weist aber zugleich über all diese Besonderheiten als *Totalität* hinaus. Ihr kommt die Eigenschaft der Allgemeinheit zu, weil sie die *Einheit* in und durch das *Besondere* vermittelt (Tuchscheerer 1973: 387f., Backhaus/Reichelt 1995: 73f., 77-79). Wie aber kann die warenproduzierende Privatarbeit den Status einer allgemeinen, gleichgeltenden Arbeit erlangen? – Durch einen Tauschakt, in welchem sich die Privatarbeit als gesellschaftlicher Gebrauchswert realisiert. Denn der einzige „Ort“ gesellschaftlicher Allgemeinheit – und damit von gesellschaftlicher Einheit – ist in der KPW die Zirkula-

tionssphäre (Hein 1997: 28).

Ein solcher Tauschakt bezieht sich nicht lediglich auf zwei (oder mehrere) isolierte Waren, sondern die den Waren jeweils zugrundeliegende Arbeit wird in bezug auf das gesellschaftliche Arbeitspotential gleichgesetzt. Zwei getauschte Waren gelten als *gleiche Verausgabung* der allgemeinen, gesellschaftlichen Arbeitszeit. Daß die allgemeine Arbeitszeit, also der gesellschaftliche Bezug der einzelnen Arbeitsprodukte, sich durch die Akte aller Warentausche konstituiert, wird von Marx in *Zur Kritik* deutlich herausgestellt:

„Es wird nicht ausgegangen von der Arbeit der Individuen als gemeinschaftlicher, sondern umgekehrt von besondern Arbeiten von Privatindividuen, Arbeiten, die sich erst im Austauschprozeß durch Aufhebung ihres ursprünglichen Charakters, als allgemeine gesellschaftliche Arbeit beweisen. *Die allgemein gesellschaftliche Arbeit ist daher nicht fertige Voraussetzung, sondern werdendes Resultat.*“ [Hervorh. v. m., N.F.] (13: 31f.)

Diesen Zusammenhang zwischen privater und allgemeiner Arbeit deutet Marx im *Kapital* zwar an (23: 86, 90, 117), er erläutert ihn dort allerdings nicht systematisch. Jedoch läßt sich dieser Aspekt mit Hilfe seiner anderen Schriften ergänzend belegen. So spricht Marx schon vorher in *Zur Kritik* davon, daß sich im Tauschwert die Arbeit des Einzelnen als „allgemeine Arbeitszeit“ (13: 19) darstelle, was wiederum ihren gesellschaftlichen Charakter ausmache. Auch in den *Grundrissen* finden sich Überlegungen, aus denen hervorgeht, daß die Waren in bezug auf die gesellschaftliche Arbeitszeit gleichgesetzt werden (II/1.1: 133f.). Am pointiertesten aber drückt Marx diesen Zusammenhang in seinem *Ergänzungsmanuskript*¹ aus:

„Die Reduction der verschiednen Arbeiten, welche ebenso verschiedne nützliche Dinge producieren, auf *gleichgeltende menschliche Arbeit*, [...] ist offenbar nichts als ein bestimmtes Verhalten der Producenten zu ihrer Gesamtarbeit, ein gesellschaftliches Verhältniß, welches Personen innerhalb der Produktion und mit Bezug auf dieselbe eingehn.“ (II/6: 38)

Durch die Gleichsetzung der menschlichen Arbeit im Tausch setzt sich die konkrete Arbeit, die in der bürgerlichen Warenproduktion als Privatarbeit erscheint, in ein allgemeines Verhältnis zu allen anderen Privatarbeiten. Hat sie sich als gesellschaftlicher Gebrauchswert bewährt, so gilt sie als Verkörperung

¹„Ergänzungen und Veränderungen zum ersten Band des ‚Kapitals‘ (Dezember 1871 – Januar 1872)“ (II/6: 1-54). Marx erarbeitet in diesem Manuskript verschiedene Varianten zur Neuformulierung des ersten Kapitels des *Kapitals*, wie es in der ersten Auflage erschienen war.

eines bestimmten Teils der gesellschaftlichen Arbeitszeit und bekommt hierdurch einen gesellschaftlichen Charakter (Hein 1997: 28f.).¹ Auf diese spezifische Vergesellschaftungsform der warenproduzierenden Arbeit zielt der Begriff der abstrakten Arbeit. Diese bildet die *bürgerliche Form* der gesellschaftlich gleichgesetzten Arbeit (Rubin 1973: 93f.), d.h. eine historisch spezifische „Lösungsvariante“ des ZAP.

Gesellschaftlich gleichgesetzte Arbeit ist gegenüber der abstrakten Arbeit das allgemeinere Phänomen. Sie existiert auch in Gesellschaftsformen, die sich keiner Warenproduktion bedienen (ebd.: 50-53). Marx selbst nennt im Fetischabschnitt Beispiele für Zusammenhänge, in denen gesellschaftlich gleichgesetzte Arbeit existiert, ohne in der Form von abstrakter Arbeit zu erscheinen, sich also nicht als wertbehaftete Waren darstellt. Mit Hilfe der von ihm erwähnten bäuerlichen Großfamilie (23: 92) läßt sich dieser Zusammenhang exemplarisch erläutern.²

Eine bäuerliche Großfamilie bildet eine autarke ökonomische Einheit, innerhalb deren Grenzen das ZAP existiert und gelöst werden muß. Sie läßt sich daher in diesem Zusammenhang als eine spezifische Form von Gesellschaft interpretieren. In dieser „Gesellschaft“ ist die Arbeit jedes Familienmitglieds ohne eine spezielle Vermittlungsinstanz als Teil des familiären Gesamtarbeitspotentials erkenn- und planbar. Gleichzeitig sind die zu befriedigenden Bedürfnisse zumindest grundsätzlich bekannt und wenig variabel. Auch hier kann die Lösung des ZAP nicht ohne die gesellschaftliche Gleichsetzung der verschiedenen konkreten Arbeiten gelingen. Es muß z.B. entschieden werden, ob es sinnvoller ist, Person A einen kompletten Arbeitstag die Tätigkeit X oder jeweils einen halben Arbeitstag die Tätigkeiten Y und Z verrichten zu lassen. Eine solche Entscheidung erfordert die grundsätzliche Möglichkeit der Gleichsetzung der Tätigkeiten X, Y und Z in bezug auf ihren Gebrauchswert für die bäuerliche Großfamilie.³ Grundlage hierfür ist ein familiärer Plan, der die Kriterien

¹Es ist somit kein Zufall, daß den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft das Recht zusteht, sich als *gleiche Bürger* gegenüberzutreten. Denn der gesellschaftlicher Charakter ihrer Arbeit kann sich nur durch die Gleichheit bestimmter Arbeitsquanten herstellen.

²Es ließen sich auch andere Beispiele wählen. Rubin (1973: 50-53) nennt z.B. ein sozialistisches Gemeinwesen, in dem eine staatliche Institution das ZAP lösen muß. Ähnlich wie der Marx'sche „Verein freier Menschen“ (23: 92f.) hat dieses Beispiel aber mit dem Vorwurf zu leben, in der Realität nicht zu funktionieren bzw. (noch) nicht zu existieren.

³Heinrich bezweifelt, daß in jeder Gesellschaftsform gesellschaftlich gleichgesetzte Arbeit existiert. Die Gleichsetzung sei lediglich ein theoretischer Akt des Betrachters (2001: 213f). Allerdings widerlegt sein Hinweis, daß die konkreten Vergleichskriterien in diesen Beispielen unbekannt seien, nicht die Notwendigkeit der Gleichsetzung als solche. Daher vermag sein Einwand m. E. nicht zu überzeugen.

für die Nützlichkeit der unterschiedlichen Gebrauchswerte bereitstellen muß. Mit seiner Hilfe wird das *gesellschaftliche Arbeitspotential* auf die vorhandenen Bedürfnisse bezogen und hierdurch die *gesellschaftlich notwendige Arbeit*¹ ermittelt. Konkrete Arbeit ist hier deshalb *unmittelbar* gesellschaftliche Arbeit. Private und gesellschaftliche Arbeit fallen unmittelbar zusammen bzw. können nur bewußt voneinander abweichen, z.B. wenn ein Familienmitglied in seiner Freizeit nur etwas für sich herstellt. Der gesellschaftliche Charakter dieser bäuerlichen Arbeit bezieht sich also auf die Gebrauchswerte, die von der konkreten Arbeit der „Gesellschaftsmitglieder“ produziert werden. Abbildung 1 gibt einen Überblick über diesen Zusammenhang.

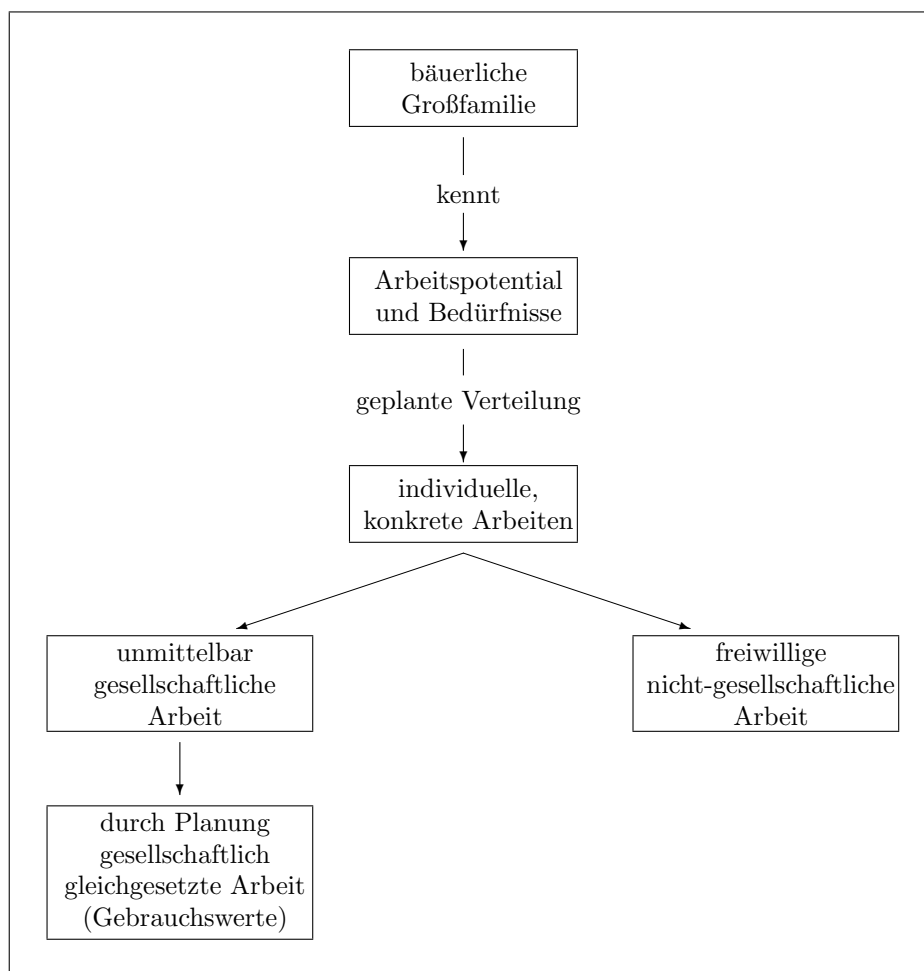


Abbildung 1: Gesellschaftliche Gleichsetzung der bäuerlich-patriarchalischen Arbeit.

Es gibt also gesellschaftlich gleichgesetzte Arbeit, die nicht als abstrakte Ar-

¹Auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit und ihre Bestimmungsfaktoren wird im Unterabschnitt 2.3.2 noch zurückzukommen sein.

beit erscheint. Zu klären ist, warum die gesellschaftlich gleich geltende Arbeit hier in einer anderen Form erscheinen kann bzw. muß als die der bäuerlichen Großfamilie. Hierzu soll zunächst mit Hilfe von Abbildung 2 die bürgerlich-warenproduzierende Arbeit mit der bäuerlich-patriarchalischen Arbeit verglichen werden.

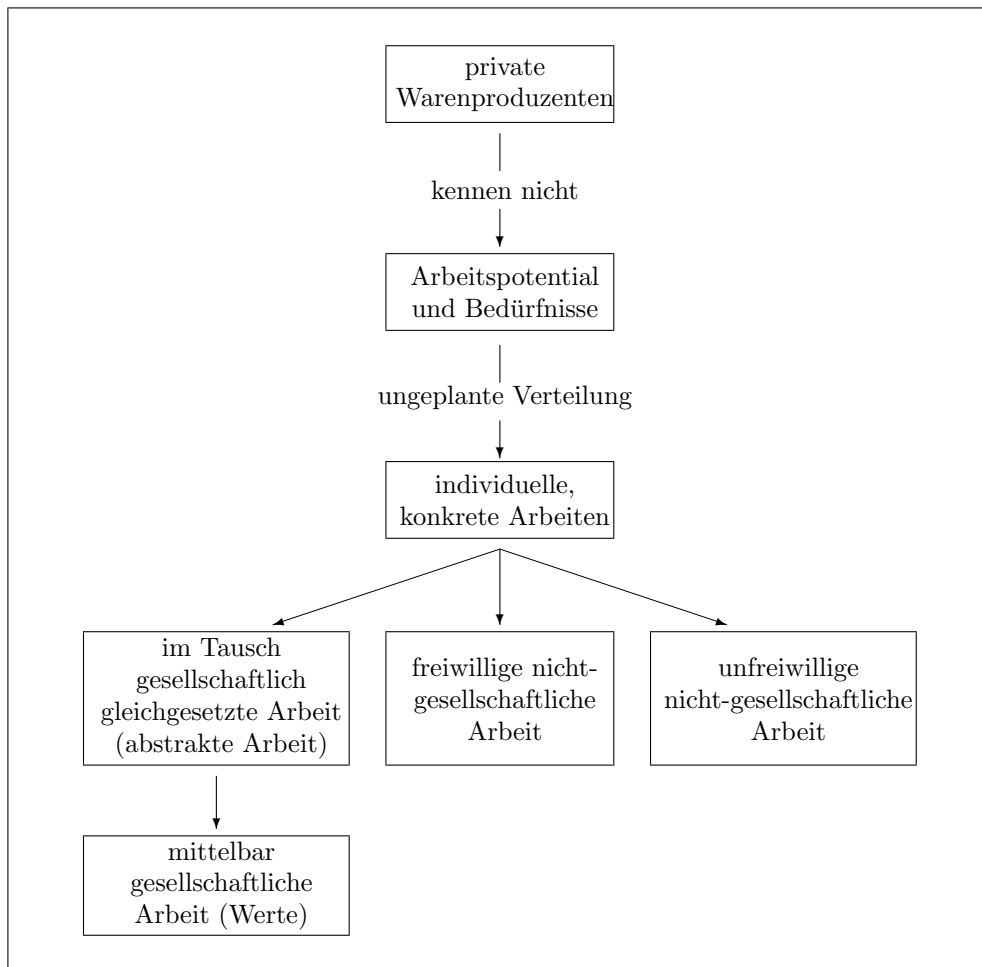


Abbildung 2: Gesellschaftliche Gleichsetzung der warenproduzierenden Arbeit.

Die unmittelbare Vergesellschaftung der bäuerlich-patriarchalischen Arbeit ist in der bürgerlichen Warenproduktion nicht möglich. Hier sind weder das gesamtgesellschaftliche Arbeitspotential noch die gesellschaftlichen Bedürfnisse bekannt. Daher bleibt zum Zeitpunkt der Verausgabung der konkreten Arbeiten die gesellschaftlich notwendige Arbeit unbestimmt. Die Gleichsetzung der individuellen konkreten Arbeiten kann sich auch nicht auf die Nützlichkeit ihrer Gebrauchswerte beziehen, denn es existiert kein allgemeingültiger, gesellschaftlicher Maßstab für die Nützlichkeit der unterschiedlichen Gebrauchswerte. Trotzdem müssen die individuellen konkreten Arbeiten in einen Bezug

zum gesamtgesellschaftlichen Arbeitspotential gesetzt werden, da die bürgerliche Gesellschaft ansonsten nicht reproduktionsfähig wäre. Deshalb bezieht sich die Gleichsetzung nicht auf die Gebrauchswerte der produzierten Gegenstände, sondern auf ihre Gleichheit als abstrakte Arbeit im Tausch. Dies ist unter den Bedingungen der bürgerlichen Warenproduktion die einzige Möglichkeit für die vereinzelt Individuen, ihren Anteil an der gesellschaftlichen notwendigen Arbeit festzustellen und sich für diesen alimentieren zu lassen. Bei dieser *mittelbaren* Vergesellschaftung der Arbeit kann es daher zu einer systematischen Abweichung von konkret verausgabter und gesellschaftlich notwendiger Arbeit kommen.

In dieser Sichtweise bildet die abstrakte Arbeit das „Bindeglied“ zwischen der konkreten Arbeit, dem gesamtgesellschaftlichen Arbeitspotential und den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Abstrakte Arbeit ist der Teil der privat verausgabten konkreten Arbeit, der sich als Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit erwiesen hat. Diese gesellschaftliche Form *reduziert* die Gültigkeit aller konkreten Arbeiten auf ihr gesellschaftlich notwendiges Maß.¹ Ein solcher Vorgang kann sich nur in der Zirkulationssphäre vollziehen:

„Die Reduction der verschiedenen konkreten Privatarbeiten auf dieses Abstractum gleicher menschlicher Arbeit vollzieht sich *nur durch den Austausch*, welcher Producte verschiedener Arbeiten *thatsächlich einander gleichsetzt*.“ [Hervorh. v. m., N.F.] (II/6: 41)

Abstrakte Arbeit stellt daher keine nominalistische Begriffsbildung dar, sondern sie beschreibt die immanenten Bedingungen, unter denen die bürgerliche, warenproduzierende Arbeit vergesellschaftet wird (Brentel 1989: 158). Ihr kommt auch keine präzirkuläre Existenz zu, sondern sie vergegenständlicht das Verhältnis des einzelnen arbeitenden Individuums zum gesellschaftlichen Arbeitspotential und seiner Verteilung auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse (Hein 1997: 28-31). Dies bedeutet nicht, daß der Wert in der Zirkulationssphäre seine *letzte Ursache* findet, also der Tausch *an sich* eine wertbildende Handlung ist. Die letztliche Ursache des Werts bildet die Veräußerung von Arbeit als ein Phänomen der Produktionssphäre. Aber diese Tätigkeit kann sich nur auf der Grundlage einer Tauschhandlung als abstrakte Arbeit konstituieren (Rubin 1973: 110-115, Heinrich 2001: 232f.).² Dies läßt sich mit Hilfe einer

¹Daß dies in der dinglichen Form des *Geldes* geschieht, wird in Abschnitt 3.1.4 erläutert werden.

²Daher ist es nicht richtig, die Produktionssphäre als den Ort der Wertbildung anzugeben, wie z.B. Hofmann (1971: 89) dies macht. Auch die Lektüre von Helmedag (1994: 174-177) führt zu dem Eindruck, die Werts substanz „entstehe“ – losgelöst von einem Vergesellschaft-

mathematischen Formulierung präziser fassen (vgl. Abbildung 3):

Sei \mathcal{K} die Menge aller konkret verausgabten Arbeit (gemessen in Stunden), dann ist die Menge \mathcal{A} diejenige Teilmenge von \mathcal{K} , die im Tausch als gesellschaftlich gleich geltende Arbeit akzeptiert wird, d.h. $\mathcal{A} \subseteq \mathcal{K}$. Die Größe des Flächeninhalts von \mathcal{A} symbolisiert daher die Summe aller Werte, die sich durch die gesellschaftlichen Tauschakte ergeben.¹ \mathcal{A} ist keine echte Teilmenge von \mathcal{K} , denn es besteht die Möglichkeit der Identität beider Mengen. Da es aber innerhalb der Produktionssphäre keinen determinierenden Zusammenhang zwischen den beiden Mengen gibt, läßt sich diese Möglichkeit nicht systematisch sicherstellen.²

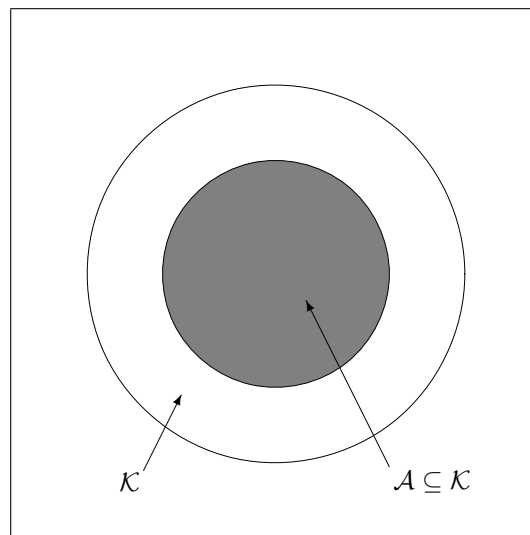


Abbildung 3: Abstrakte Arbeit als Teilmenge aller konkreten Arbeitsstunden.

Der Begriff der abstrakten Arbeit wird von Marx in den *Grundrissen* allerdings noch in einem anderen Zusammenhang als dem dieser mathematischen Formu-

tungsprozeß der konkreten Arbeiten – in der Produktionssphäre. Popper (1992: 199f.) hingegen vermag das Vergesellschaftungsproblem der bürgerlichen Gesellschaft gar nicht zu erfassen. In seiner Darstellung der Marx'schen Werttheorie wird der Begriff der abstrakten Arbeit nicht einmal erwähnt.

¹Welche Faktoren diese Größe beeinflussen, wird in Abschnitt 2.3.2 erläutert. Wichtig in dem *obigen* Zusammenhang ist lediglich, daß dieser Flächeninhalt die gesamtgesellschaftliche Wertgröße – also die gesellschaftliche Wertschöpfung – abbildet. Backhaus/Reichelt (1995: 69-72) weisen darauf hin, daß die moderne Ökonomie bei allen ihren makroökonomischen Überlegungen mit Begriffen wie „Wertmenge“ oder „Wertmasse“ operiert, ohne jedoch angeben zu können, was eigentlich der *Inhalt* dieser „Mengen“ oder „Massen“ sein soll. Dieses Problem läßt sich nun lösen: Die gesellschaftliche Wertschöpfung ist die Menge aller abstrakten Arbeit, welche wiederum eine Teilmenge aller konkreten Arbeitsstunden ist.

²Um noch einmal eine mathematische Formulierung zu wählen: Es existiert also keine Vorschrift, welche die Menge \mathcal{K} auf der Menge \mathcal{A} abbildet.

lierung erwähnt. Hier zielt Marx nicht auf das ZAP ab, sondern vielmehr auf den Charakter der geleisteten konkreten Arbeit innerhalb der KPW. In ihr bildet nicht der Gebrauchs-, sondern der Tauschwert das zentrale ökonomische Handlungsmotiv der ökonomischen Charaktermasken. Daher stehen die Arbeiter ihrer Tätigkeit gleichgültig gegenüber. „Abstrakt“ bezieht sich dann darauf, daß die Arbeit innerhalb der KPW zunehmend mechanisierter, stupider wird und für das arbeitende Individuum ohne sinnvollen oder befriedigenden Bezug bleibt:

„Andererseits ist der Arbeiter selbst absolut gleichgültig gegen die Bestimmtheit seiner Arbeit; sie hat als solche nicht Interesse für ihn, sondern nur soweit sie überhaupt *Arbeit* und als solche Gebrauchswert für das Capital ist.“ (II/1.1: 217)

Dies gilt umso stärker, je mehr die KPW zur dominierenden Produktionsweise wird, d.h.

„[...] je mehr die Arbeit allen Kunstcharakter verliert; ihre besondere Fertigkeit immer mehr etwas abstraktes, gleichgültiges wird, und sie mehr und mehr *rein abstrakte Tätigkeit*, rein mechanische, daher gleichgültige gegen ihre besondere Form indifferente Tätigkeit wird; bloß *formelle* Tätigkeit oder was dasselbe ist bloß *stoffliche*, Tätigkeit überhaupt, gleichgültig gegen die Form.“ (ebd.)

„Abstrakte Arbeit“ in diesem Sinne ist eine Beschreibung bestimmter Eigenschaften, die der konkreten Arbeit zukommt, wenn das entscheidende Motiv sowohl der Produktion wie auch der Arbeit vom Tausch- und nicht vom Gebrauchswert bestimmt wird. Sie ist in diesem Zusammenhang nicht etwas grundsätzlich anderes als die konkrete Arbeit, sondern bildet nur deren aktuelle kapitalistische Erscheinungsform. Hier läßt sich in der Konsequenz insbesondere an eine quasi „naturwüchsige“ Arbeitsteilung denken, die dem Einzelnen als nicht zu beeinflussende, aber dennoch sein Leben dominierende Macht gegenübertritt (vgl. Frambach 1999: 161-164 und Kraiker 2000: 87f.).

Diese Begriffsverwendung muß deutlich von derjenigen unterschieden werden, die Marx in bezug auf die Werts substanz bzw. als Lösung des ZAP herleitet. Denn konkrete Arbeit als „bloß formelle Tätigkeit“, die sich lediglich auf den Tauschwert einer Ware bezieht, setzt die gesellschaftliche Notwendigkeit der Marx'schen Werts substanz bereits voraus. Abstrakte Arbeit als die kapitalistische Vergesellschaftungsform von konkreter Arbeit ist die Ursache der zunehmenden Mechanisierung und Gleichgültigkeit gegenüber dem Inhalt der konkreten Arbeit. Sie kann daher nicht mit letzterem Phänomen in eins gesetzt

und sollte der Klarheit halber auch nicht mit dem Attribut „abstrakt“ belegt werden. Hier wäre m. E. der Begriff der „entfremdeten Arbeit“ besser geeignet.

Die Interpretation der abstrakten Arbeit, wie sie statt dessen in dieser Arbeit vertreten wird, läßt sich abschließend daher wie folgt pointieren: Abstrakte Arbeit „entsteht“ aus der Gleichsetzung konkreter Privatarbeit vermittels eines Tauschaktes, d.h. sie besitzt keine präzirkuläre Existenz. Sie basiert zwar auf der Verausgabung von konkreter Arbeit, aber diese bildet lediglich eine *notwendige Konstitutionsbedingung* der abstrakten Arbeit. Welcher Teil der konkreten Arbeiten gleiche gesellschaftliche Gültigkeit erlangt, entscheidet sich durch die Summe aller Tauschakte und läßt sich damit auf der Basis der Produktionssphäre nicht eindeutig bestimmen. Erst der Warentausch bildet damit die *hinreichende Konstitutionsbedingung* der abstrakten Arbeit. Sie ist daher keine Eigenschaft der menschlichen Arbeit an sich, sondern die spezifische Form einer mittelbaren Vergesellschaftung der Arbeit unter den Bedingungen der bürgerlichen Warenproduktion. Ihr liegt somit kein bewußter Abstraktionsakt der beteiligten Individuen zugrunde. Auch bildet sie keine physiologische Kategorie, sondern drückt vielmehr ein *Verhältniss* der bürgerlichen Warenproduzenten zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit aus.

2.3 Die Wertgegenständlichkeit

2.3.1 Wert als gesellschaftliches Verhältnis

Wird abstrakte Arbeit – wie in Abschnitt 2.2 geschehen – nicht als physiologische Tätigkeit, sondern als die spezifisch bürgerliche Form der gesellschaftlichen Gleichsetzung von Arbeit interpretiert, so bleibt das Verständnis der *Wertgegenständlichkeit* hiervon nicht unberührt. Denn wenn die Werts substanz der Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses der bürgerlichen Individuen ist, dann kann „der Wert“ keine dingliche Eigenschaft der Waren sein. Vielmehr muß er dann als die *dingliche Reflexion* dieses Verhältnisses angesehen werden, d.h. nur als

„[...] das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.“ (23: 86)

Andererseits kann die Darstellung in den ersten beiden Abschnitten des *Kapitals* leicht zu der Auffassung führen, den Wert als eine Eigenschaft zu interpretieren, die einem Produkt während seiner Produktion durch die abstrakte Arbeit zugesetzt wird. So z.B. wenn Marx den Wert als das sich allen Waren gemeinsam darstellende Dritte bezeichnet (23: 51). Der Wert wird dann als ein „Substrat“ betrachtet, das unabhängig von Tauschprozessen „in“ der Ware enthalten ist. Er würde ebenso innerhalb des Produktionsprozesses entstehen, wie die Ware als stofflicher Gegenstand selbst (vgl. Heinrich 2001: 214f.).¹

Jedoch halte ich diese Interpretation für falsch. Zum einen interpretiert man hier die abstrakte Arbeit als physiologische bzw. substantialistische Wertkategorie. Im Abschnitt 2.2 habe ich bereits dargelegt, warum diese Sichtweise m. E. nicht zu überzeugen vermag. Zum anderen kann innerhalb dieser Sichtweise nicht konsistent erklärt werden, warum Marx den Wert im Fetischabschnitt des *Kapitals* immer wieder als ein gesellschaftliches Verhältnis darstellt, das die Form von Sachen annimmt (23: 86-89). Daß die Werteigenschaften der Waren sich hingegen erst im gesellschaftlichen Verhältnis des Tauschs konsti-

¹ Man könnte dies als „Pfannkuchentheorie“ bezeichnen: so wie einem Pfannkuchen bei seiner Herstellung Marmelade zugeführt wird, so wird einer Ware während ihrer Produktion ein bestimmter Wert hinzugefügt. Und wie ein fertiger Pfannkuchen eine bestimmte Menge von Marmelade enthält, so „enthält“ eine fertige Ware einen Wert in bestimmter Höhe (vgl. Ganßmann 1996: 76-80). Diese Interpretation des Werts wird nicht nur durch die ersten beiden Abschnitte des *Kapitals* nahegelegt, sondern auch in der späteren Darstellung der „Wertbestandteile“ einer Ware durch die Gleichung $\text{Wert} = c + v + m$.

tuieren, arbeitet Marx in seinem *Ergänzungsmanuskript* sehr deutlich heraus (Heinrich 2001: 214-217). Er weist an dieser Stelle auch darauf hin, daß der Aspekt der gesellschaftlichen Wertgegenständlichkeit in der ersten Auflage des *Kapitals* von ihm nicht genügend betont wurde:

„So wurden der Rock und Leinwand als Werth, jedes für sich, auf *Vergegenständlichung menschlicher Arbeit schlechthin* reducirt. Aber in dieser Reduktion wurde vergessen, daß keines für sich *solche Werthgegenständlichkeit* ist, sondern daß sie solches nur sind, soweit das ihnen *gemeinsame Gegenständlichkeit* ist. Ausserhalb ihrer Beziehung auf einander – der Beziehung worin sie gleichgelten – besitzen weder der Rock noch die Leinwand *Werthgegenständlichkeit* oder ihre *Gegenständlichkeit* als blosse Gallerten menschlicher Arbeit schlechthin. Diese gesellschaftliche Gegenständlichkeit besitzen sie auch nur als gesellschaftliche Beziehung.“ (II/6: 30)

Ihre Werteigenschaft kommt den Waren also nicht losgelöst vom Vergesellschaftungsprozeß der warenproduzierenden Arbeit zu – im Gegenteil: Erst *innerhalb* und *durch* diesen Vergesellschaftungsprozeß konstituiert sich die Wertgegenständlichkeit, d.h. erscheint der Wert als dingliche Eigenschaft der Waren (vgl. Richter 2001: 75ff.). Der „Ort“ dieser Konstituierung ist dann aber gerade nicht die Produktions-, sondern die Zirkulationssphäre. Dies bedeutet nicht, daß die Produktionssphäre – d.h. die Entrichtung von konkreter Arbeit – nicht eine *notwendige* Voraussetzung der Wertkonstituierung ist. Sie bildet nur eben keine *hinreichende* Voraussetzung für diesen Prozeß. Dieser vollzieht sich *auf der Grundlage* der Produktionsbedingungen, ohne hierdurch determiniert zu werden. So heißt es an etwas späterer Stelle des *Ergänzungsmanuskripts*:

„Ein Arbeitsprodukt, für sich isolirt betrachtet, ist also nicht Werth, so wenig wie es Waare ist. Es wird nur *Werth*, in *seiner Einheit* mit andrem Arbeitsprodukt, oder in dem *Verhältniß*, worin die verschiedenen Arbeitsprodukte, als Krystalle *derselben Einheit*, der menschlichen Arbeit, einander gleichgesetzt sind.“ (II/6: 31)

Dies bedeutet umgekehrt: dasjenige Produkt konkreter Arbeit, welches auf kein gesellschaftliches Bedürfnis trifft und daher den Vergesellschaftungsprozeß qua Tausch nicht durchläuft, realisiert sich nicht als Teil der gesellschaftlichen Arbeit und bildet demzufolge keinen Wert (vgl. Abbildung 4):

„Endlich kann kein Ding Wert sein, ohne Gebrauchsgegenstand zu sein. Ist es nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit und bildet daher keinen Wert.“(23: 55)

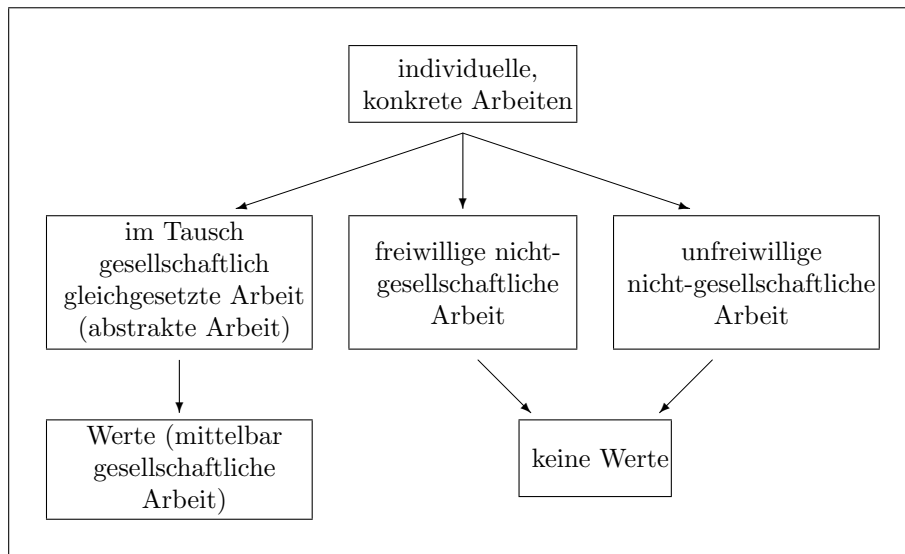


Abbildung 4: Die Wertgegenständlichkeit der Waren.

Die Wertgegenständlichkeit, von der Marx spricht (23: 62), ist also keine *physische* Gegenständlichkeit; Wert „existiert“ nicht auf der gleichen Ebene wie dasjenige stoffliche Produkt, als dessen natürliche Eigenschaft er erscheint. Wir haben es vielmehr mit einer *sozialen Gegenständlichkeit* zu tun, die nur in der warenproduzierenden, bürgerlichen Gesellschaft vorkommt (Heinrich 2001: 217). Sie stellt sich als dingliche Reflexion eines ökonomischen, also gesellschaftlichen Verhältnisses dar. Von daher scheint auch verständlich, daß Marx die Waren bzw. ihre Wertgegenständlichkeit verschiedentlich als „sinnlich-übersinnliches Ding“ (13: 29, 23: 85), „phantasmagorische Form“ (23: 86), „gespenstige Gegenständlichkeit“ (23: 52) oder sogar als „rein phantastische Gegenständlichkeit“ (II/6: 32) bezeichnet.

Diese Formulierung der „gespenstigen Gegenständlichkeit“ ist besonders prägnant: Hier wird der Wert zu einer Eigenschaft der Waren, die – obgleich nicht real im physikalischen Sinne – von den Menschen selbst geschaffen wurde, ihre Wirkung allerdings nur auf einer irrationalen Ebene, als etwas Nicht-Begriffenes, erzielen kann. Wenn auch dem Wert keine natürlich-physikalische Existenz zukommt, so sind die gesellschaftlichen Strukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft stark von ihm geprägt. So, wie er selbst Ausdruck einer Abstraktion – nämlich der abstrakten Arbeit, d.h. einer nur mittelbaren Vergesellschaftung – ist, so ergeben sich auf seiner Grundlage weitere gesellschaftliche Abstraktionsprozesse. Es tritt eine mehrfache *Entfremdung* des Menschen ein. Beispielsweise, wenn die Individuen sich selbst nicht als die

Subjekte ihrer Geschichte und ihrer Gegenwart begreifen, sondern sich einem Zusammenhang unterordnen, den sie unbegriffen selbst erschaffen haben, der ihnen jedoch als fremdbestimmende Macht gegenübertritt (vgl. Kraiker 2000: 87, 93-96).

2.3.2 Die Wertgröße der Waren

Marx bestimmt die Wertgröße einer Ware über die „Menge“ der durch sie vergegenständlichten Werts substanz. Ihre Quantität läßt sich durch die üblichen Zeitintervalle wie z.B. Stunden ermitteln. So wenig sich allerdings die Ver- ausgabung konkreter Arbeit direkt als Werts substanz auffassen läßt, so wenig läßt sich die Wertgröße unmittelbar über die Zeitdauer einer konkreten Ar- beit bestimmen (Heinrich 2001: 219). Dies würde zu der absurden Konsequenz führen, daß die jeweils unproduktivste Tätigkeit den größten Wertbildungsef- fekt hätte (23: 53). Entscheidend für die Wertgröße einer Ware ist daher die *Produktivität*, mit der die entsprechenden Waren im *gesellschaftlichen Durch- schnitt* produziert werden. Die sich hierbei ergebende Zeitdauer nennt Marx die *gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit*:

„Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um ir- gendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normal- en Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durch- schnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.“ (ebd.)

Alle Waren werden damit in ihrer Wertgröße durch die durchschnittliche Pro- duktivität der jeweiligen Branche bestimmt:

„Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Ar- beitszeit, welche seine Wertgröße bestimmt. [...] Der Wert einer Ware verhält sich zum Wert jeder anderen Ware wie die zur Produktion der einen notwendigen Arbeitszeit zu der für die Produktion der andren notwendigen Arbeitszeit.“ (23: 54)

Es hat den Anschein, als ob die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit *al- lein* durch die technologischen Bedingungen der Produktion sowie durch das „Know-How“ der dort Beschäftigten bestimmt ist. In einem weiteren Schritt ließe sich folgern: wenn die durchschnittliche Produktivität einer Branche be- kannt ist, so läßt sich die Wertgröße der dort produzierten Waren zum Zeit- punkt ihrer Produktion eindeutig bestimmen bzw. berechnen. Diese Sichtweise wird dadurch unterstützt, daß Marx im weiteren Verlauf seiner Darstellung

Wertschwankungen durch Produktivitätsschwankungen erklärt (23: 54f.).

Wie in den vorhergehenden Abschnitten, so halte ich auch hier diese „verdinglichte“ Interpretation des Marx’schen Wertbegriffs für falsch. Wenn die abstrakte Arbeit wie auch die Wertgegenständlichkeit sich erst in der Zirkulationssphäre konstituieren, so können die Bedingungen der Produktionssphäre die Wertgröße zwar beeinflussen, aber nicht endgültig bestimmen. Wie bei der Wertgegenständlichkeit gilt auch hier: ein einzelnes Produkt, isoliert von einem Tauschakt und ohne Bezug zur gesellschaftlichen Arbeitszeit, ist keine Ware und besitzt zwangsläufig keine Wertgröße. Diese kommt ihr erst innerhalb eines Verhältnisses zu, in dem zwei oder mehrere Waren sich gegenseitig in ein Verhältnis zur gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit setzen (Heinrich 2001: 219, Richter 2001: 75f.).

Demgegenüber liegt der Vorstellung einer – zumindest prinzipiellen – Zurechenbarkeit der Verausgabung konkreter Arbeit zu einer Wertgröße der gleiche Denkfehler zugrunde, den Marx in seiner Kritik der „labour notes“ oder „Arbeitszettel“ zu widerlegen versucht (vgl. II/1.1: 57-75, 13: 66-69).¹ Hierbei wird jedoch von der Notwendigkeit abgesehen, die konkrete Arbeit überhaupt als gesellschaftliche darzustellen, d.h. man unterstellt der konkreten Arbeit ihre unmittelbare gesellschaftliche Gültigkeit. Das ZAP scheint somit gelöst, bevor die konkrete Arbeit vergesellschaftet wurde.²

Denn die gesellschaftlich durchschnittliche Produktivität läßt sich ohne eine Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse gar nicht ermitteln (Heinrich 2001: 241, Rubin 1973: 152). Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: angenommen, in einer bürgerlichen Modell-Gesellschaft existieren zwei Unternehmen A und B, die die Ware X produzieren. A produziere in 10 Stunden 10 Mengeneinheiten von X, B in der gleichen Zeit lediglich 5 Mengeneinheiten von X, wobei 10 Stunden den Arbeitstag dieser Modellgesellschaft darstellen. A produziert

¹Das Konzept der „labour notes“ beruhte auf dem Versuch, Arbeitszeit unmittelbar als Geld einzuführen. Hierzu sollten die konkret verausgabten Arbeitsstunden von einer hierfür zuständigen Bank zertifiziert werden und als allgemeines Tauschmittel gelten. Das zugrundeliegende Konzept wurde von John Gray entwickelt und u.a. von Pierre-Joseph Proudhon vertreten (13: 66-69). Robert Owen gründete 1832 auf dieser theoretischen Grundlage zwei „Arbeitstauschbörsen“, die jedoch nach weniger als einem Jahr scheiterten (Göhler/Klein 1993: 480).

²Brentel (1989: 147-158) arbeitet heraus, daß die vier Marx’schen Beispiele einer „Arbeitszeitrechnung“ im Fetischabschnitt (23: 90-93) lediglich einem didaktischen Zweck dienen und nicht etwa eine historische Beschreibung sein sollen. Einen ähnlichen Charakter haben m. E. an späterer Stelle die Rechenbeispiele, in denen Marx den Waren schon während ihrer Produktion bestimmte Wertquanta zuordnet (z.B. 23: 226-237).

also mit der doppelten Produktivität von B. Die Nachfrage nach X betrage nun 10 Mengeneinheiten pro Tag. Alle Käufer kaufen bei Unternehmen A, denn es kann aufgrund seiner höheren Produktivität einen günstigeren Marktpreis gegenüber den Waren von B veranschlagen. Die gesellschaftlich durchschnittliche Produktivität wird dann lediglich von Unternehmen A bestimmt. Sie beträgt den Wert 1 (10 Mengeneinheiten in 10 Stunden). Steigt nun aber die Nachfrage nach X auf z.B. 15 Einheiten pro Tag, so wird die durchschnittliche Produktivität von beiden Unternehmen bestimmt.¹ Sie beträgt jetzt 1,5 (15 Mengeneinheiten in 10 Stunden), d.h. der Wert jeder Mengeneinheit von X ist gestiegen, weil die Nachfrage nach X gestiegen ist. Was also unter technologischen Gesichtspunkten als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für eine Ware X gilt, hängt von der gesellschaftlichen Nachfrage nach X ab. In die gesellschaftlich notwendige Arbeit fließen damit immer auch die gesellschaftlichen Bedürfnisse mit ein.

Gesellschaftliche Notwendigkeit umfaßt somit zwei Komponenten: zum einen die der *technologischen* und *organisatorischen Effizienz* und zum anderen die Frage, inwieweit die verausgabte Arbeitszeit notwendig für die *Befriedigung* eines *gesellschaftlichen Bedürfnisses* ist. Das heißt aber: Die Wertgröße einer Ware wird nicht durch die Produktionssphäre determiniert, sondern bestimmt sich zusätzlich durch Zirkulationszusammenhänge. „Notwendige Arbeitszeit“ als Maß der Wertgröße ist damit nicht – auch nicht auf der Grundlage grundsätzlich bestimmbarer Produktivität – empirisch meßbar, sondern auf vermittelnde Marktprozesse angewiesen. Sie läßt sich ebenso wenig als konkretes Phänomen erfassen wie die abstrakte Arbeit selbst (Heinrich 2001: 219).²

¹Dieses Beispiel unterliegt der üblichen *ceteris-paribus*-Annahme, wie sie auch von Marx bei seiner Erklärung von Preisänderungen erwähnt wird (23: 113f.). Diese Annahme besagt, daß, mit einer Ausnahme, alle Variablen eines theoretischen Modells als konstant betrachtet werden. So ändert sich in meinem Beispiel nur die Nachfrage nach X, nicht jedoch die Länge des Arbeitstages oder die Produktivität.

²Heinrich (2001: 219) bezeichnet sie daher als „abstrakte Arbeitszeit“. Ich halte diesen Ausdruck allerdings für wenig erhellend und verzichte daher auf seine Verwendung. Denn was soll unter „abstrakter Zeit“ zu verstehen sein? Hier wird m. E. ein begriffliches Problem gelöst, indem ein neues geschaffen wird (vgl. auch Backhaus/Reichelt 1995: 65f.).

3 Werttheorie als monetäre Werttheorie

3.1 Die Wertformanalyse

3.1.1 Wertformanalyse und Widerspruchslogik

Den Marx'schen Anknüpfungspunkt der Wertformanalyse bildet die Feststellung, daß den Waren neben ihrer stofflichen *Naturalform* – also ihrer Grundlage als Gebrauchswerte – zusätzlich noch eine *Wertform* zukommt. Diese ist an einer einzelnen Ware sinnlich nicht zu erfassen, da sie auf gesellschaftlicher Arbeit, d.h. einem gesellschaftlichen Verhältnis, basiert. Sie kann sich daher auch nur in einem *Warenverhältnis* darstellen (23: 62). Deshalb gilt es, die Erscheinungsformen dieses gesellschaftlichen Verhältnisses bis hin zu seiner Geldform zu analysieren. Eine solche Analyse unterlassen zu haben, wirft Marx den bürgerlichen Ökonomen vor. Diese könnten daher den Ursprung des Geldes nicht erklären, verfügen also über keine zufriedenstellende Geldtheorie.¹ An seine Wertformanalyse stellt er hingegen den Anspruch, eine Konstitutionstheorie des Geldes leisten zu können:

„Hier gilt es jedoch zu leisten, was von der bürgerlichen Ökonomie nicht einmal versucht ward, nämlich die Genesis dieser Geldform nachzuweisen, also die Entwicklung des im Wertverhältnis der Waren enthaltenen Wertausdrucks von seiner einfachsten unscheinbarsten Gestalt bis zur blendenden Geldform zu verfolgen. Damit verschwindet zugleich das Geldrätsel.“ (23: 62)

Es existieren insgesamt vier Ausarbeitungen der Marx'schen Wertformanalyse: in *Zur Kritik* (13: 25-34), im ersten Kapitel der Erstauflage des *Kapitals* (II/5: 28-43), im Anhang *Die Werthform* dieser Erstauflage (II/5: 626-649) und schließlich im ersten Kapitel der zweiten Auflage des *Kapitals* (23: 62-85). Während die erste Darstellung in *Zur Kritik* vergleichsweise knapp gehalten ist, stellt sich die Ausarbeitung im ersten Kapitel der Erstauflage des *Kapitals* als die detailreichste, somit aber auch als die komplexeste dar. Marx erarbeitete daher auf Anraten von Friedrich Engels und Ludwig Kugelmann noch während der Drucklegung eine popularisierte Variante seiner Analyse, die der Erstauflage als Anhang beigelegt wurde. In der zweiten Auflage beseitig-

¹Krätke (1996: 113, Fn. 45) weist darauf hin, daß das neoklassische und das keynesianische Paradigma keine Geldtheorie besitzen. In den diesbezüglichen Modellen werden sowohl das Geld wie der Kapitalmarkt lediglich als Prämissen gesetzt, ohne ihre Existenz *erklären* zu können. Marx hingegen sei einer der wenigen Ökonomen, dem dies – wenn auch nicht immer zufriedenstellend – gelungen sei.

te er diese doppelte Darstellung, wobei bei der Ausarbeitung – neben einigen Präzisierungen – im wesentlichen der popularisierende Charakter des Anhangs erhalten blieb und somit auf die zweite Auflage übertragen wurde (Heinrich 2001: 220f.). Durch dieses Vorgehen drohen meiner Ansicht nach einige wichtige Aspekte der Marx'schen Wertformanalyse verloren zu gehen. Deshalb wird an geeigneter Stelle die Darstellung der Erstauflage des *Kapitals* zu Rate gezogen werden.

Die Problematik dieser Popularisierung drückt sich nachhaltig in der Fragestellung aus, ob dem ersten Kapitel des *Kapitals* eine „historisch-logische“ Methodik zukomme, d.h. ob die dort dargestellte Entwicklung des Wertbegriffs zugleich eine historische Entwicklung der tatsächlichen Wertverhältnisse enthält. Wird diese Frage bejaht, so gelangt man zu der von Engels (25: 906-909, vgl. hierzu Backhaus 1997: 110-113) erstmals dargestellten und weit verbreiteten Auffassung, das erste Kapitel des *Kapitals* stelle die Darstellung einer vorkapitalistischen, *einfachen Warenproduktion* dar, während die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft erst in den späteren Kapiteln analysiert werde (Hofmann 1971a: 127f., vgl. auch Arthur 2000: 5f.). Die Kritiker dieser Interpretation weisen darauf hin, daß der Gang der Marx'schen Darstellung grundsätzlich keineswegs historisch verlaufe (Brentel 1989: 137-146, 314, Backhaus 1997: 11, 31). Vielmehr begänne Marx auf der begrifflich abstraktesten Ebene der kapitalistischen Ware, um dann nach und nach die wesentlichen Kategorien zur Beschreibung der KPW analytisch zu entwickeln. Bezugspunkt sei hierbei aber keine vorkapitalistische Warenproduktion, sondern immer schon die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, deren Kategorien nicht einfach eingeführt, sondern von Marx vielmehr theoretisch „abgeleitet“ würden (vgl. Brentel 1989: 279-283, 288f.). Diese Ableitung geschähe mittels einer dialektischen Widerspruchsanalyse, mit welcher die jeweils einfachsten Kategorien (Ware, Wert) als widersprüchlich bzw. unterbestimmt analysiert und zu komplexeren Kategorien (Geld, Kapital) fortentwickelt würden (ebd.: 179ff., 296f., 321, Heinrich 2001: 171-179, 200). Soweit Marx historische Aspekte erwähnt, werden sie daher als „verunglückte Hilfestellung“ für den Leser interpretiert (Heinrich 2001: 226).

Diese Kritik kann sich darauf stützen, daß der Eindruck der historischen Argumentation tatsächlich erst ab der zweiten Auflage des *Kapitals* naheliegt. In den früheren Fassungen seiner Wertformanalyse argumentiert Marx dagegen eindeutiger auf einer analytischen Ebene. Weiterhin wird von ihm das Konzept

einer *einfachen Warenproduktion* niemals erwähnt (Arthur 2000: 5f.), sondern immer von *einfacher Warenzirkulation* gesprochen. Der Nachweis, daß diese inhaltlich mit dem Konzept der *einfachen Warenproduktion* gleichgesetzt werden kann, wurde m. E. bisher nicht überzeugend geführt. Backhaus (1997: 131) ist sogar der Ansicht, daß die Konzeption der *einfachen Warenproduktion* eine geradezu absurde Verkenning der analytischen Bedeutung des Marx'schen Konzepts der *einfachen Warenzirkulation* beinhaltet.¹ Geht man also davon aus, daß die Aufgabe des ersten Kapitels des *Kapitals* darin besteht, vermittels einer Widerspruchsanalyse die zentralen Begriffe der KPW herzuleiten, so wird der Status der Wertformanalyse hiervon nachdrücklich geprägt. Die Methode der Widerspruchsanalyse bezieht sich dann auf eine Untersuchung der *Formwidersprüche*, die der abstrakten Arbeit bei ihrer Vergegenständlichung anhaften und die die Entwicklung ihrer Erscheinungsformen dialektisch vorantreiben. Diese Überlegung bildet den Hintergrund für die Darstellungen der folgenden Abschnitte.

3.1.2 Die einfache Wertform

Marx beginnt seine Analyse mit dem „einfachsten Wertausdruck“ (23: 62), der überhaupt analysiert werden kann, d.h. mit dem Wertverhältnis zweier Waren. Diese *einfache Wertform* wurde bereits bei der Darstellung des Werts als das allen Waren zukommende Dritte benutzt (vgl. S. 11). Sie stellt sich folgendermaßen dar (vgl. 23: 63):²

$$a_1W_1 = a_2W_2$$

In diesem Verhältnis zweier Waren steckt, wie Marx schreibt, das „Geheimnis aller Wertform“ (ebd.).³ Allerdings sei sie schwierig zu analysieren. In der

¹Bei der Darstellung des begrifflichen Übergangs vom Geld zum Kapital in Abschnitt 4.1.2 wird sich zeigen, daß diese Einschätzung zutrifft und die *einfache Warenzirkulation* keiner vorkapitalistischen Gesellschaft zugeordnet werden kann.

²Die Verwendung des Parameters *a* bedeutet hierbei eine Mengenangabe (also z.B. 5 kg oder 1 Paar), während *W* eine bestimmte Warenart symbolisiert (z.B. Kartoffeln oder Schuhe).

³Ein solches Verhältnis zweier Waren umfaßt keineswegs eine Äquivalenzrelation, wie Heinrich (2001: 199, 254f.) meint. Denn die hierzu notwendige Bedingung der Reflexivität wird nicht erfüllt (vgl. zum Relationenbegriff Bronstein/Semendjajew/Musiol/Mühlig 1997: 275-278). Hier kann Göhler (1980: 69) zugestimmt werden. Allerdings begeht dieser ebenfalls einen Fehler, indem er zur Beschreibung der einfachen Wertform eine Relation *R* als „wird ausgedrückt durch“ definiert und diese dann als nicht symmetrisch ausweist.

Erstauflage des *Kapitals* stellt er heraus, daß ihre Schwierigkeit in ihrer Einfachheit bzw. ihrer Abstraktheit besteht (II/5: 28). Sie sei „gewissermaßen die Zellenform oder [...] das *An sich des Geldes*.“ (ebd., Fn. 16) In einer systematischen Entfaltung dieses Warenverhältnisses liegt daher bereits die Basis einer Geldtheorie. Was aber läßt sich über die einfache Wertform sagen?

Zunächst einmal dies: Die einfache Wertform setzt zwei Waren in eine *polarische* Beziehung zueinander. Auf ihrer linken Seite befindet sich eine Ware (bei Marx: Leinwand), deren Wert vermittelt der Ware auf der rechten Seite (bei Marx: Rock) ausgedrückt wird. Die linke Ware befindet sich in einer *relativen Wertform*, während die rechte Ware sich in einer *Äquivalentenform* befindet. Beide Pole dieses Warenverhältnisses schließen sich gegenseitig aus, eine Ware befindet sich *entweder* in der relativen Wertform *oder* in der Äquivalentenform (23: 63). Warum aber drückt eine Ware ihren Wert nicht durch sich selbst, sondern in der Gestalt einer anderen Ware aus? Hier gilt es sich zu erinnern, daß die Waren einer doppelten Bestimmung unterliegen. Sie gelten einerseits als Gebrauchs- und andererseits als Tauschwerte, d.h. zum einen als ein stofflich-konkretes Ding, zum anderen als die Verkörperung eines abstrakt-allgemeinen Verhältnisses. Die Bestimmung einer Ware als Tauschwert kann sich nur realisieren, wenn die gleiche Ware ihre Bestimmung als Gebrauchswert verwirklicht und umgekehrt. Die Ware gilt also *zugleich* als konkret-stoffliches Ding *und* als Verkörperung eines abstrakt-gesellschaftlichen Verhältnisses (vgl. ausführlich hierzu Tuchscheerer 1973: 358-368). Beide Bestimmungen können aber nicht widerspruchsfrei an *demselben* Ding dargestellt werden, der Tauschwert einer Ware somit nicht in der Form seines Gebrauchswertes erscheinen:

„Dieselbe Beziehung [der Tausch, N.F.] also soll Beziehung der Waren als wesentlich gleicher, nur quantitativ verschiedener Größen, soll ihre Gleichsetzung als Materiatur der allgemeinen Arbeitszeit und soll gleichzeitig ihre Beziehung als qualitativ verschiedene Dinge, als besondere Gebrauchswerte für besondere Bedürfnisse, kurz sie als wirkliche Gebrauchswerte unterscheidende Beziehung sein. Aber diese Gleichsetzung und Ungleichsetzung schließen sich wechselseitig aus. So stellt sich nicht nur ein fehlerhafter Zirkel von Problemen dar, indem die Lösung des einen die Lösung des andern voraussetzt, sondern ein Ganzes widersprechender Forderungen, indem die Erfüllung einer Bedingung unmittelbar gebunden ist an die Erfüllung ihres Gegenteils.“ (13: 30)

Eine solche Definition ist jedoch mehrdeutig. Sie kann sich sowohl auf den Gebrauchs- als auch auf den Tauschwert einer Ware beziehen. Korrekt wird *R* hingegen als „verkörpert den Wert von“ definiert. In diesem Fall liegt dann eine symmetrische binäre Relation vor.

Konkret: die Leinwand kann ihren Wert – also ihre abstrakte Gesellschaftlichkeit – nicht in ihrer eigenen Naturalform darstellen, da diese hierfür zugleich als Verkörperung ihres Gebrauchswerts – d.h. als ein konkret-stoffliches Etwas – gelten muß. Es existiert daher ein *Widerspruch* in der doppelten Bestimmung der Ware als Gebrauchs- und als Tauschwert, welcher zu einer *Verdopplung* der Ware führt (Göhler 1980: 60ff.). Dieser Widerspruch besteht nicht aus einer logischen Verneinung, sondern ist ein Widerspruch qua Formbestimmung (Heinrich 2001: 174f.).¹ Eine Ware drückt deshalb ihren Gebrauchswert in ihrer eigenen Naturalform aus, ihren Tauschwert aber in der Naturalform einer *anderen* Ware:

„Die einzigen gegenständlichen Formen der Waaren sind ihre Gebrauchsgestalten, ihre Naturalformen. Da nun die Naturalform einer Waare, der Leinwand z.B., das grade Gegenteil ihrer Werthform ist, muß sie eine *andre* Naturalform, *die Naturalform einer andren Waare* zu ihrer *Werthform* machen. Was sie nicht unmittelbar für sich selbst, kann sie unmittelbar für andre Waare und daher auf einem Umweg für sich selbst thun.“ (II/5: 32)

¹Daß Marx unter einem „Widerspruch“ keine logische Beziehung zwischen zwei (oder mehreren) Aussagen versteht, wird auch an seinem Beispiel einer elliptischen Umlaufbahn eines Körpers um einen anderen Körper deutlich (23: 118f.). Denn solche Umlaufbahnen gibt es ja tatsächlich. Ein Beispiel ist die Erdumlaufbahn um die Sonne. Der hierin befindliche Widerspruch liegt – so meine Interpretation – einerseits in der „Eigenschaft“ der Erde, in die Sonne „hineinzufallen“, d.h. ihrer Anziehungskraft zu unterliegen. Andererseits bewegt sich die Erde aber aufgrund der Zentripetalkraft, die bei jeder Kreisbewegung entsteht, von der Sonne fort. Damit ist die Umlaufbahn der Erde „doppelt bestimmt“ – ebenso wie die Waren. Die Lösung dieser entgegengesetzten „Bestimmungen“ der Erdumlaufbahn besteht in der Form eines elliptischen Umlaufes der Erde um die Sonne. Aufgrund eines solchen „dialektischen Widerspruchsverständnisses“ zieht Brentel (1989: 321) eine Parallele zwischen Hegel und Marx. Göhler (1980: 37-43) hingegen unterscheidet einerseits dialektische Widersprüche, die zugleich logische Widersprüche mit einschließen können (explikative Widersprüche) und andererseits solche, die logisch konsistent sind (deskriptive Widersprüche). Marx habe in *Zur Kritik* einem explikativen, im *Kapital* einem deskriptiven Verständnis zugeneigt (ebd.: 43). Ohne diesen Punkt allzu sehr vertiefen zu wollen, ist doch darauf hinzuweisen, daß *reale* Situationen nicht in sich logisch widersprüchlich sein können, sondern daß lediglich *Aussagen* über diese Situationen *untereinander* in einen logischen Widerspruch geraten können. Denn „Logik“ bezieht sich auf das „richtige“ Schließen von Prämissen auf eine Konklusion, keineswegs auf eine empirische Ebene (vgl. z.B. Bronstein/Semendjajew/Musiol/Mühlig 1997: 268). Explikative Widersprüche sind, vom logischen Standpunkt aus betrachtet, lediglich *Scheinwidersprüche*, die durch die Wahl anderer Prämissen behoben werden können. Die Annahme solcher explikativer Widersprüche spricht daher nicht *für* eine reale Widersprüchlichkeit des Untersuchungsgegenstandes, sondern *gegen* das benutzte Aussagensystem. Daß die widersprüchliche Bestimmung der Waren keinen logischen Widerspruch impliziert, wird von Göhler (1980: 62) auch ausdrücklich zugestanden. Indes unterläuft ihm selber ein logischer Fehler, da er die Symmetrie der Wertform verneint (ebd.: 69, vgl. Fn. 3 auf S. 37). Damit ist aber zugleich die Unterscheidung zwischen explikativem und deskriptivem Widerspruch in *Zur Kritik* bzw. im *Kapital* hinfällig. Denn in beiden der Marx’schen Schriften bildet die Wertform eine symmetrische binäre Relation.

Die Äquivalentenform des Werts repräsentiert damit die Wertbestimmung einer Ware, also ihre Bestimmung als ein abstrakt-gesellschaftliches Verhältnis. Diejenige Ware, welche in der Äquivalentenform steht, ist die *Erscheinungsform* des Werts derjenigen Ware, die sich in der relativen Wertform befindet. Sie gilt daher als *Verkörperung* der abstrakten Arbeit und besitzt die Eigenschaft der *unmittelbaren Gesellschaftlichkeit*:

„Erscheinungsform des Werths oder Aequivalent wird ein Gebrauchswert oder Warenkörper also nur dadurch, daß sich eine andere Ware auf die in ihm enthaltne konkrete, nützliche Arbeitart als die unmittelbare Verwirklichungsform abstrakter menschlicher Arbeit bezieht.“ (ebd.)

Die einfache, einzelne Wertform ist somit die Aufhebung des Widerspruchs, wie er durch die doppelte Warenbestimmung verursacht wird. Der Wert einer Ware kann sich nur in der Form einer anderen Ware, also als Tauschwert darstellen. Außerhalb eines Verhältnisses zweier Waren zueinander konstituiert sich kein Wert, d.h. der Inhalt dieses Verhältnisses (der Wert) ist ohne seine Form (die einfache Wertform) nicht zu erfassen. Abstrakte Arbeit als Werts substanz ist somit immer schon zugleich *formbestimmte* Substanz (Brentel 1989: 313). Dies wird von Marx in der ersten Auflage des *Kapitals* – in der zweiten Auflage wurde diese Bemerkung gestrichen – deutlich ausgesprochen:

„Indem sie [die Leinwand, N.F.] die *andre* Waare sich *als Werth gleichsetzt*, *bezieht sie sich auf sich selbst als Werth*. Indem sie sich auf sich selbst *als Werth* bezieht, *unterscheidet* sie sich zugleich von *sich selbst als Gebrauchswert*. Indem sie ihre *Werthgröße* [...] *im Rocke ausdrückt*, giebt sie ihrem *Werthsein* eine von ihrem unmittelbaren Dasein unterschiedne *Werthform*. Indem sie sich so als ein sich selbst Differenzirtes darstellt, stellt sie sich erst wirklich *als Waare* dar – nützlich Ding, das zugleich *Werth* ist. [...] Eigne, vom Gebrauchswert *unterschiedne Form* erhält der *Werth* daher nur durch seine Darstellung als *Tauschwert*.“ (II/5: 29)

Streng genommen kann daher jenseits der einfachen, einzelnen Wertform auch gar nicht von Waren gesprochen werden. Denn zur Ware wird ein Produkt ja erst durch seine Bestimmung über einen Tauschwert. Dieser aber setzt ein Austauschverhältnis, also mindestens zwei Waren, voraus (vgl. S. 10). In diesem Zwang zur Verdopplung, also der Notwendigkeit der Äquivalentenform, liegt auch die Begründung, warum Marx die einfache Wertform als das *An Sich* des Geldes bezeichnet. Ein absoluter oder selbständiger, d.h. durch die zugehörige Ware selbst darstellbarer Wert, führt zu einem Widerspruch der beiden Warenbestimmungen. Bereits auf der analytisch untersten Ebene der

einfachen Wertform ergibt sich damit die Unmöglichkeit eines *prämonetären* Wertes (Brentel 1989: 323ff., Backhaus 1997: 32). Obgleich der Wert seine letzte Ursache innerhalb der Produktionssphäre findet, kann er außerhalb eines Austauschverhältnisses – d.h. außerhalb seiner Erscheinungsform als Tauschwert – nicht „existieren“ und läßt sich erst dort adäquat darstellen.

Diese Doppelbestimmung der Waren als Verkörperung von konkreter und abstrakter Arbeit, also ihr Auseinanderfallen in zwei polarische Wertformen, läßt sich analytisch vergleichsweise einfach plausibel machen. Auf der sinnlichen Ebene der realen Wahrnehmung gilt dies jedoch keineswegs. Den beiden Waren der einfachen Wertform lassen sich weder ihre widersprüchlichen Bestimmungen noch ihre Formeigenschaften ansehen. Im Gegenteil: Die Äquivalentenware ist in der unmittelbaren Wahrnehmung ebenso ein stofflicher Gebrauchswert wie die Ware der relativen Wertform. Ihr Austauschverhältnis scheint sich lediglich auf ihre jeweilige Naturalform zu beziehen, d.h. der Tauschwert scheint eine dingliche Eigenschaft der Äquivalentenware zu sein. Daß aber die stoffliche Gestalt der Äquivalentenware lediglich die *Erscheinungsform* des Werts einer *anderen* Ware und zugleich die *Verdinglichung* der abstrakten Arbeit ist, läßt sich auf der Ebene bloßer Beobachtung nicht erschließen. Auf genau dieser Ebene bilden sich aber sowohl das Alltagsbewußtsein der bürgerlichen Individuen wie auch die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Marx spricht daher in diesem Zusammenhang von dem „Springpunkt aller Schwierigkeiten“ (II/5: 31) bei dem Verständnis der Wertformanalyse. In der zweiten Auflage des *Kapitals* präzisiert er diese Schwierigkeiten, indem er drei Eigentümlichkeiten herausarbeitet, die der Äquivalentenform zukommen. Diese bilden die Basis für den an späterer Stelle dargestellten Fetischcharakter der Ware.

Die erste Eigentümlichkeit besteht darin, daß der stoffliche Äquivalentenkörper zur Erscheinungsform eines gesellschaftlichen Verhältnisses mutiert, d.h. „Gebrauchswert wird zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts.“ (23: 70) Da Gebrauchswerte durch konkrete Arbeit entstehen, folgt hieraus die zweite Eigentümlichkeit, nämlich, daß „konkrete Arbeit zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit wird.“ (23: 73) Doch damit nicht genug: abstrakte Arbeit stellt, im Gegensatz zur Privatarbeit, unmittelbar gesellschaftliche Arbeit dar. Dies bedeutet, „daß Privatarbeit zur Form ihres Gegenteils wird, zu Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form.“ (ebd.) Die bürgerlichen Individuen können daher den Wert nicht als die dingliche Reflexion eines gesellschaftlichen Verhältnisses wahrnehmen. Statt dessen scheint

er in ihren Vorstellungen eine *natürliche Eigenschaft* der Äquivalentenware zu sein.¹ Es kommt daher zu einer *Verdinglichung* gesellschaftlicher Beziehungen. Auf dieser Basis bildet sich in der bürgerlichen Gesellschaft ein falsches, d.h. ideologisches Bewußtsein, das – gerade weil es „gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen“ (23: 90) umfaßt – gesellschaftliche Zusammenhänge nur verzerrt erkennen kann.²

Festzuhalten bleibt, daß der Wert einer Ware in der Form seines Tauschwertes nun eine eigenständige „Existenz“ erhalten hat. Sie entspringt aus der Notwendigkeit, die widersprüchlichen Bestimmungen der Ware auszudrücken und nicht etwa aus dem natürlichen Dasein einer Äquivalentenware als Tauschwert:

„Der Wert einer Ware ist selbständig ausgedrückt durch seine Darstellung als ‚Tauschwert‘. [...] Unsere Analyse bewies, daß die Wertform oder der Wertausdruck der Ware aus der Natur des Warenwerts entspringt, nicht umgekehrt Wert und Wertgröße aus ihrer Ausdrucksweise als Tauschwert.“³ (23: 75)

Es ist nun zu überprüfen, ob die einfache Wertform ihrerseits eine selbständige Form darstellen kann oder ob sich durch ihre weitergehende Entfaltung neuerliche Widersprüche ergeben.

3.1.3 Die entfaltete Wertform

Die Marx'sche Formanalyse kann an diesem Punkt der Überlegungen noch nicht an ihr Ende gelangt sein, da die einfache Wertform keine vollständige, widerspruchsfreie Form verkörpert. Die Anzahl aller möglichen einfachen Wertformen wird ja lediglich durch die Anzahl n ($n = 1, 2, \dots, N$) der verfügbaren Waren begrenzt. Daher gilt: „Mannigfache Tauschwerte also hat der

¹Um es pointiert darzustellen: Die Marx'schen Bemerkungen zur Äquivalentenform und seine Schlußfolgerungen für den Fetischcharakter der Ware lassen sich als entschiedenes Plädoyer gegen ein Gesellschaftsverständnis auf der Basis des sogenannten „gesunden Menschenverstandes“ lesen.

²Auf den – im Verhältnis zum heute gängigen Sprachgebrauch äußerst differenzierten – Marx'schen Ideologiebegriff und seine weitere Ausarbeitung in der von Marx beeinflussten Sozialphilosophie kann hier nicht näher eingegangen werden. Eine tiefergehende Betrachtung findet sich bei Dimoulis/Milois (2000) sowie bei Enderwitz (1997).

³In der Erstauflage des *Kapitals* wird dies noch schärfer formuliert: „Das entscheidend Wichtige aber war den inneren nothwendigen Zusammenhang zwischen Werthform, Werthsubstanz und Werthgröße zu entdecken, d.h. *ideell* ausgedrückt, zu beweisen, daß die Werthform aus dem Werthbegriff entspringt.“ (II/5: 43) Backhaus (1997: 16) ist der Ansicht, daß dieser Anspruch der Marx'schen Werttheorie bis heute nicht ausreichend beachtet wurde. Marx sei daher nach wie vor ein unverständener Denker.

Weizen statt eines einzigen“ (23: 51).¹ Einer einzelnen Ware, die sich in der relativen Wertform befindet, stehen daher mehrere potentielle Äquivalentenwaren gegenüber. Diese sind allerdings nicht beliebig kombinierbar, sondern schließen sich gegenseitig als Äquivalent aus. Zudem verändert jede neu angebotene Warenart die Menge der Äquivalentenwaren, so daß die entfaltete Wertform theoretisch nie zu einem Abschluß gelangt, also keine reale „Stabilität“ herzustellen vermag (23: 78f.). Abbildung 5 gibt einen Überblick über diesen Zusammenhang² (vgl. 23: 77).

$$a_n W_n = \begin{bmatrix} a_1 W_1 \\ a_2 W_2 \\ a_3 W_3 \\ \vdots \\ a_{n-1} W_{n-1} \end{bmatrix}$$

Abbildung 5: Die entfaltete Wertform.

Der entscheidende Mangel der entfalteten Wertform besteht darin, daß durch sie die Wertbestimmung der Waren keine einheitliche Erscheinungsform erhält. Der Wert als Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses verbleibt so in einer besonderen Erscheinungsform, die seinen allgemeinen Charakter nicht zu vermitteln vermag (23: 79). Zwar besitzt der Wert als Tauschwert eine selbständige Gestalt, dieser mangelt es aber noch an *Allgemeinheit*. Denn wenn der Wert – wie in Abschnitt 2.2 und 2.3.1 hergeleitet wurde – lediglich eine dingliche Reflexion des Verhältnisses der Produzenten zu ihrer allgemeinen Arbeitszeit ist, so muß er eine Form annehmen, in der dieses Verhältnis adäquat dargestellt wird. Seine Form muß also nicht nur *selbständig*, sondern auch *allgemein* sein. In *Zur Kritik* wird dieses Problem prägnant formuliert:

„Wie eine besondere Ware unmittelbar darstellen als *vergegenständlichte allgemeine* Arbeitszeit, oder, was dasselbe ist, wie der individuellen Arbeitszeit, die in einer besonderen Ware vergegenständlicht ist, unmittelbar den Charakter der Allgemeinheit geben?“ (13: 32)

¹Dies läßt sich noch weiter präzisieren: um den Wert der n -ten Ware auszudrücken, stehen $n-1$ Äquivalentwaren zur Verfügung. Es gibt daher mindestens $n-1$ potentielle einfache Wertformen.

²Wie bei der Darstellung der einfachen Wertform gibt auch hier a eine geeignete Mengeneinheit und W die entsprechende Ware an. Wir haben es jedoch nicht mehr mit zwei, sondern mit n Waren zu tun, daher bezieht sich der Warenindex jetzt auf die Anzahl n .

Die entfaltete Wertform ist zu einer solchen Darstellung des Werts nicht in der Lage. Auf dieser Stufe der Analyse gelingt es also nicht, eine Wertform anzugeben, die auf der einen Seite die Bestimmungen der Waren als Gebrauchswerte und auf der anderen Seite die Waren als Wertträger hinreichend ausdrückt. Eine widerspruchsfreie, selbständige und seiner „Natur“ entsprechende Form kann der Wert nur in einer weiter entwickelten Wertform erlangen. Diese muß zusätzlich zu ihrer Selbständigkeit als Form auch noch den Charakter des Werts als gesellschaftliches Verhältnis vermitteln.

3.1.4 Die allgemeine Wertform

An diesem Punkt der Formanalyse gilt es nun, eine Wertform zu entwickeln, die einerseits die Unzulänglichkeiten der bisherigen Wertformen beseitigt, aber andererseits die bereits erfolgte Widerspruchslösung bewahrt. Es geht also um eine *Aufhebung* der bereits gefundenen Wertformen auf einer höheren, d.h. geeigneteren theoretischen Entwicklungsstufe. Da die Eigenschaft des Werts als selbständiger Ausdruck erhalten bleiben muß, kann sich eine Weiterentwicklung der Wertform nur auf die Äquivalentenform beziehen. An ihr muß die Weiterentwicklung stattfinden. Betrachten wir daher die Eigenschaften der Äquivalentenform ein wenig näher.

In der Form der Äquivalentenware drückt sich ein Verhalten derjenigen Ware aus, die in der relativen Wertform steht. Diese bezieht sich auf jene, um ihrem Wertausdruck eine selbständige Gestalt zu geben. Solange aber beliebig viele potentielle Äquivalentenwaren existieren, ist diese Beziehung eine vereinzelte, zufällige. Sie findet außerhalb eines für alle Waren gültigen Verhältnisses statt und kann daher kein gesellschaftliches, also allgemeines, Verhältnis ausdrücken. Anders formuliert: Der einzelne Wertausdruck setzt nicht alle Arbeitsprodukte in ein Verhältnis zur allgemeinen Arbeitszeit. Damit dies möglich ist, müssen sich alle Waren auf einen Gegenstand beziehen, der ihnen gegenüber als die Verkörperung von Allgemeinheit gilt:

„Es kann nichts ein Verhältnis ausdrücken ohne sich zu Einem zu verhalten; und kein allgemeines Verhältnis ohne sich zu einem Allgemeinen zu verhalten.“ (II/1.1: 134)

Soll der Wert also nicht nur Selbständigkeit, sondern auch den Charakter der Allgemeinheit erhalten, so müssen die einzelnen Waren sich auf ein *allgemeines Äquivalent* als ihren *gemeinsamen Wertausdruck* beziehen. Man erhält

$$\begin{bmatrix} a_1 W_1 \\ a_2 W_2 \\ a_3 W_3 \\ \vdots \\ a_{n-1} W_{n-1} \end{bmatrix} = a_n W_n$$

Abbildung 6: Die allgemeine Wertform.

diese *allgemeine Wertform*, indem man die Warenbeziehungen der entfalteten Warenform spiegelbildlich betrachtet, also ihre Wertformen umkehrt (vgl. Abbildung 6 und 23: 79). Ohne die Konstituierung dieser allgemeinen Wertform können sich die Waren nicht aufeinander als bestimmte Teile der allgemeinen, gesellschaftlichen Arbeitszeit beziehen. Erst in dieser allgemeinen Wertform ist der Wert seinem Charakter gemäß ausgedrückt (Heinrich 2001: 230) und der Bezug der privaten zur allgemeinen Arbeitszeit adäquat vermittelt:

„Sehn wir näher zu, so gilt jedem Warenbesitzer jede fremde Ware als besonderes Äquivalent seiner Ware, seine Ware daher als allgemeines Äquivalent aller andren Waren. Da aber alle Warenbesitzer dasselbe tun, ist keine Ware allgemeines Äquivalent und besitzen daher die Waren keine allgemeine relative Wertform, worin sie sich als Werte gleichsetzen und als Wertgrößen vergleichen. *Sie stehen sich daher überhaupt nicht gegenüber als Waren, sondern nur als Produkte oder Gebrauchswerte.*“
[Hervorh. v. m., N.F.] (23: 101)

Die vereinzelt Individuen können sich daher nicht vergesellschaften, solange sie ihre Produkte nicht vermittelt eines allgemeinen Äquivalents in ein allgemeines Verhältnis zueinander setzen. Hier bestätigt sich ein weiteres Mal, daß der Wert als dingliche Reflexion eines gesellschaftlichen Verhältnisses zu verstehen ist. Denn Produkte werden erst durch ihren Bezug auf ein allgemeines Äquivalent zu Waren, d.h. außerhalb der Zirkulationssphäre besitzen sie diese Eigenschaft nicht. Wie schon bei der Erläuterung der einfachen Wertform (vgl. S. 41), so ergibt sich auch hier ein Beleg für die Unmöglichkeit eines prämonetären Wertes. Aber an dieser Stelle sind die Konsequenzen noch weitreichender: außerhalb einer Beziehung zu einem allgemeinen Äquivalent, mit dessen Hilfe sich alle Waren in einen Bezug zur allgemeinen Arbeitszeit setzen, kann kein Wert dargestellt werden.

Die bürgerliche Gesellschaft, in welcher der gesellschaftliche Charakter der Arbeit nur als Werteigenschaft der Arbeitsprodukte ausgedrückt werden kann, benötigt somit *zwingend* ein allgemeines Äquivalent. Und dies nicht etwa aus

pragmatischen Gründen, weil auf diese Weise z.B. die Tauschakte erleichtert werden (vgl. z.B. Helmedag 1995: 711-714), sondern weil ansonsten der gesellschaftliche Bezug der materiellen (Re-) Produktion dieser Gesellschaft nicht zu organisieren ist. Damit wäre eine solche Gesellschaft jedoch nicht existenzfähig. Festzuhalten bleibt daher an dieser Stelle, daß die realen Vergesellschaftungsprozesse der bürgerlichen Gesellschaft die Etablierung und Aufrechterhaltung einer allgemeinen Wertform als notwendig voraussetzen:

„Als Leinwandgleiches ist der Wert jeder Ware jetzt nicht nur von ihrem eigenen Gebrauchswert unterschieden, sondern von allem Gebrauchswert, und eben dadurch als das ihr mit allen Waren Gemeinsame ausgedrückt. *Erst diese Form* bezieht daher *wirklich* die Waren aufeinander als Werte oder läßt sie als Tauschwerte erscheinen. [...] Es kommt damit zum Vorschein, daß die Wertgegenständlichkeit der Waren, weil sie das bloß ‚gesellschaftliche Dasein‘ dieser Dinge ist, auch nur durch ihre *allseitige gesellschaftliche Beziehung* ausgedrückt werden kann, ihre Wertform daher *gesellschaftlich gültige Form* sein muß.“ [Hervorh. v. m., N.F.] (23: 80f.)

Das allgemeine Äquivalent gilt als die Verkörperung eines bestimmten Quantums der allgemeinen Arbeitszeit, d.h. sie ist „verdinglichte“ abstrakte Arbeit. Der Gebrauchswert der Äquivalentenware basiert nicht mehr auf ihren stofflichen Eigenschaften, sondern besteht darin, allen anderen Waren als Äquivalent zu dienen und somit ihrem Wert einen allgemeinen, d.h. gesellschaftlichen, Ausdruck zu geben:

„Ihre [die Leinwand, N.F.] eigne Naturalform ist die gemeinsame Wertgestalt dieser Welt, die Leinwand daher mit allen andren Waren unmittelbar austauschbar. Ihre Körperform gilt als die sichtbare Inkarnation, die allgemeine, gesellschaftliche Verpuppung aller menschlichen Arbeit. [...] *Sie ist die Reduktion aller wirklichen Arbeiten auf den ihnen gemeinsamen Charakter menschlicher Arbeit, auf die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft* .“ [Hervorh. v. m., N.F.] (23: 81)

Mit der allgemeinen Wertform ist bereits eine Erklärung für die Existenz des Geldes gegeben. Denn auf der Basis der gesellschaftlichen Tauschakte bildet sich die für eine Gesellschaft spezifische allgemeine Äquivalentenform, d.h. eine Geldware, heraus (23: 84f., 101). Diejenige Ware, die in einer Gesellschaft die Funktion des allgemeinen Äquivalents innehat, ist also – *Geld*.¹ Geld stellt somit eine spezifische Form des Wertes dar, nämlich seine *Geldform*. Diese bildet die *reale Erscheinungsweise* des allgemeinen Äquivalents, d.h. Geld symboli-

¹Die Tatsache, daß Marx die Kategorie des Geldes umstandslos mit einer Ware verknüpft, also von einer *Geldware* spricht, wird im Abschnitt 5.1 noch einmal von Interesse sein.

siert verdinglichte abstrakte Arbeit. Ihm kommt daher jenseits der allgemeinen Wertform keine Werteigenschaft zu. Das bürgerliche Alltagsbewußtsein nimmt dies jedoch anders wahr: Hier scheint Geld, wie die Waren allgemein, seine Werteigenschaft qua Natur zu besitzen. Eine solche Sichtweise bezeichnet Marx – analog zum Warenfetischismus – als *Geldfetischismus* (23: 108). Dagegen besitzt Geld vielmehr Wert, *weil* alle anderen Waren in der Geldform ihren Wert ausdrücken. Doch hat sich im gesellschaftlichen Prozeß des Warentauschs erst einmal eine bestimmte Ware als Geld etabliert, so kann dieser Zusammenhang auf der Ebene der Erscheinungen nicht mehr erkannt werden:

„Eine Ware scheint nicht erst Geld zu werden, weil die andren Waren allseitig ihre Werte in ihr darstellen, sondern sie scheinen umgekehrt allgemein ihre Werte in ihr darzustellen, weil sie Geld ist. Die vermittelnde Bewegung verschwindet in ihrem eignen Resultat und läßt keine Spur zurück.“ (23: 107)

Die Marx'sche Ableitung der Geldform ist allerdings nicht unproblematisch. Denn die Übergänge zwischen einfacher, entfalteter und allgemeiner Wertform beruhen darauf, daß die ersten beiden Wertformen unterbestimmt sind, d.h. daß der Wert jeweils nur in einer weiterentwickelten Form angemessen erscheinen kann. Dieser Zusammenhang gilt beim Übergang von allgemeiner Wertform zur Geldform nicht mehr. Bezüglich der allgemeinen Wertform existiert kein Widerspruch zwischen Inhalt und Form, der durch die Geldform gelöst würde. Daher verbleiben beide Formen, sowohl das allgemeine Äquivalent wie auch das Geld, auf *derselben* analytischen Formebene. Marx argumentiert hier vielmehr, im Gegensatz zu den anderen Formübergängen, auf der Ebene *gesellschaftlicher Gewohnheit*, denn die Geldform konstituiert sich als Resultat von Tauschhandlungen (Heinrich 2001: 227-231). Dieser Bruch in der Darstellung scheint dem Marx'schen Bestreben entsprungen zu sein, seine Wertformanalyse für die zweite Auflage des *Kapitals* zu popularisieren. Denn in der Wertformanalyse der ersten Auflage findet sich eine solche Ableitung des Geldes nicht. Vielmehr wird die Geldkategorie erst im Abschnitt über den Austauschprozeß der Waren (II/5: 51-58) eingeführt, also zu einem Zeitpunkt, an dem die Wertformanalyse bereits abgeschlossen ist. Um die Widersprüchlichkeit bzw. Unterbestimmtheit der allgemeinen Wertform zu demonstrieren, erarbeitet Marx statt dessen in der Erstauflage noch eine vierte Wertform. Sie stellt sich wie folgt dar (vgl. II/5: 43):

Wenn es n Warenbesitzer mit ebenfalls n Waren gibt, so verkörpert jede Ware n_i für ihren Besitzer i ein allgemeines Äquivalent. Existieren aber n potentielle

$$\begin{bmatrix} a_2 W_2 \\ a_3 W_3 \\ a_4 W_4 \\ \vdots \\ a_n W_n \end{bmatrix} = a_1 W_1 \text{ und } \begin{bmatrix} a_1 W_1 \\ a_3 W_3 \\ a_4 W_4 \\ \vdots \\ a_n W_n \end{bmatrix} = a_2 W_2 \text{ und } \dots \text{ und } \begin{bmatrix} a_1 W_1 \\ a_2 W_2 \\ a_3 W_3 \\ \vdots \\ a_{n-1} W_{n-1} \end{bmatrix} = a_n W_n$$

Abbildung 7: Die Widersprüche der allgemeinen Wertform.

Äquivalentenwaren, so ist der Wert nach wie vor nicht allgemein ausgedrückt. Die allgemeine Wertform verbleibt damit ebenso unterbestimmt wie die einfache und die entfaltete Wertform:

„Die allgemeine Äquivalentenform kommt immer nur einer Waare zu im Gegensatz zu allen andern Waaren; aber sie kommt jeder Waare im Gegensatz zu allen andern zu. Stellt aber jede Waare ihre eigne Naturalform allen andern Waaren gegenüber als allgemeine Äquivalentenform, so schließen alle Waaren alle von der allgemeinen Äquivalentenform aus und daher sich selbst von der gesellschaftlich gültigen Darstellung ihrer Wertgrößen.“ (II/5: 43)

Mit diesem Widerspruch beendet Marx die Wertformanalyse in der ersten Auflage des *Kapitals*. Zu Beginn des Abschnitts über den Austauschprozeß greift er ihn wieder mit der Bemerkung auf, daß nun die *wirkliche* Beziehung der Waren, also ihr Austauschprozeß, diesen Widerspruch entwickeln werde (II/5: 51). In dieser Auflage wird die Trennung zwischen analytischer Ebene und ihrer Widersprüche und den *tatsächlichen* Warenbeziehungen damit wesentlich deutlicher herausgestellt als in den nachfolgenden Auflagen. Denn die Geldform folgt hier gerade nicht aus der Wertformanalyse, sondern entsteht als Resultat der gesellschaftlichen Austauschverhältnisse (Heinrich 2001: 231). Daß ohne den *realen* Bezug auf Geld der Wert keine adäquate Erscheinungsform gewinnen kann, wird von Marx selbstverständlich auch hier erwähnt (vgl. S. 45). Aber daß die allgemeine Wertform ohne reales Geld widersprüchlich bleibt und die Waren ohne einen Bezug auf ein solch reales Geld ihrer Bestimmung nach gar keine Waren sind, bleibt hier mangels näherer theoretischer Begründung zumindest mißverständlich. Es ist daher auch nachvollziehbar, daß bei dem Darstellungsgang der zweiten Auflage der Eindruck entsteht, es handele sich bei der Wertformanalyse um eine Demonstration der sich historisch entwickelnden Tauschverhältnisse. Marx selbst verwischte, wohl in dem Bemühen um eine bessere Vermittlung seines Textes, die ursprünglich dominierende analytische

Ebene der Wertformanalyse.¹

Als erste zentrale Marx'sche Leistung bleibt daher festzuhalten, daß, ungeachtet der teilweise mißverständlichen Darstellung, die Wertformanalyse im Kern als die Entwicklung einer *monetären* Werttheorie verstanden werden kann. Wie zu sehen war, vertrat Marx zu Recht den Anspruch, über das mangelnde Geldverständnis der klassischen politischen Ökonomie hinausgegangen zu sein und eine wertbasierte *Geldtheorie* entwickelt zu haben. Daher kann Backhaus (1997: 94) zugestimmt werden, wenn er die Marx'sche Werttheorie als grundsätzliche Kritik jeder *prämonetären* Werttheorie bezeichnet.

¹Von daher hat Backhaus Recht, wenn er von einem zumindest zweideutigen Verhältnis von „logischer“ und „historischer“ Ebene im ersten Kapitel des *Kapitals* spricht (1997: 133ff., vgl auch 229). Heinrich (2001: 226) bezweifelt allerdings, daß die historisierenden Momente für die Wertformanalyse einen konstitutiven Charakter besitzen.

3.2 Geld und seine Funktionen

3.2.1 Geld als allgemeines Wertmaß

Nachdem im vorhergegangenen Abschnitt dargelegt wurde, daß die Marx'sche Werttheorie zwingend als monetäre Theorie zu verstehen ist, möchte ich hierauf aufbauend die Konsequenzen erläutern, die aus dieser monetären Kategorie folgen. Bereits bei der Ableitung der Geldform wurde die rein analytische Ebene der Darstellung verlassen und auf der Ebene realer gesellschaftlicher Handlungen argumentiert. Auf dieser Ebene gilt es daher nun, die aus der Geldform erwachsenden Implikationen eingehender zu bestimmen. Es muß untersucht werden, welche Funktionen dem Geld bei *realen* ökonomischen Aktivitäten zukommt.

Bei der Erläuterung der ersten der Marx'schen Geldfunktionen ist allerdings zunächst noch einmal an die Herleitung der allgemeinen Wertform zu erinnern. Dort wurde gezeigt, daß die Werteigenschaft der Waren als Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses zu seiner Darstellung zwingend den Bezug auf ein allgemeines Äquivalent benötigt. Mit seiner Hilfe setzen sich die konkreten Privatarbeiten in ein Verhältnis zur allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit. Das allgemeine Äquivalent dient also als Wertmaß, d.h. die einzelnen Waren „messen“ an ihm, wieviel der gesellschaftlichen Arbeitszeit sie verkörpern. Da Geld die reale Erscheinungsform des allgemeinen Äquivalents ist, besteht seine allererste Funktion darin, ein *gesellschaftlich gültiges Wertmaß* zu sein. Auch wurde bereits herausgestellt, daß Geld die Waren nicht „vergleichbar“ macht, sondern seine Werteigenschaft ausschließlich deshalb besitzt, weil alle anderen Waren ihren Wert in ihm darstellen. Marx spricht dies zu Beginn des dritten Kapitel des *Kapitals* noch einmal deutlich aus:

„Die Waren werden nicht durch das Geld kommensurabel. Umgekehrt. Weil alle Waren als Werte vergegenständlichte menschliche Arbeit, daher an und für sich kommensurabel sind, können sie ihre Werte gemeinschaftlich in derselben spezifischen Ware messen und diese dadurch in ihr gemeinschaftliches Wertmaß oder Geld verwandeln. Geld als Wertmaß ist notwendige Erscheinungsform des immanenten Wertmaßes der Waren, der Arbeitszeit.“ (23: 109)

Hier wird einer zentralen Lehrmeinung widersprochen. Alle ökonomischen Schulen seit der klassischen politischen Ökonomie sehen eine wesentliche Funktion des Geldes darin, daß es die verschiedenen Waren „vergleichbar“ bzw. „addier-

bar“ mache. Diese Behauptung findet sich daher in den gängigen makroökonomischen Lehrtexten (vgl. exemplarisch Haslinger 1995: 12f., Dornbusch/Fischer 1995: 454, Helmedag 1995: 716). Am Beispiel des Bruttosozialprodukts läßt sich dieser Zusammenhang verdeutlichen. Es besteht bekanntlich aus der Wertschöpfung, die während eines bestimmten Zeitraums innerhalb einer Volkswirtschaft produziert wurde. Wie aber lassen sich so verschiedene Dinge wie Bücher, Haarschnitte, Autos und Computersoftware etc. zu einer gemeinsamen Summe zusammenfassen? – Durch das Geld, welches eine gemeinsame Rechengröße, nämlich eine Geldeinheit, bereitstellt. Mit ihrer Hilfe ist es dann möglich, Gegenstände miteinander zu addieren, die über keine gemeinsame physikalische Dimension verfügen. Man addiert statt dessen ihre Preise, ausgedrückt in der zuvor definierten Geldeinheit (z.B. Dollar oder Euro).¹

Es muß an dieser Stelle nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Vorstellung einer solchen Rechenmittelfunktion des Geldes sowohl logisch wie auch empirisch nicht haltbar ist. Die (vermeintliche) Parallele bezüglich eines naturwissenschaftlichen Vorgehens (Meßvorgänge, Definition von Maßeinheiten, Summenbildungen) täuscht darüber hinweg, daß man ökonomische Vorgänge hier tatsächlich nur mit Hilfe von Metaphern erfaßt (Backhaus 1997: 350-356). Denn in Wirklichkeit werden nirgendwo Preise „gemessen“. Ebenso wenig „macht“ Geld andere Dinge vergleichbar. Auch das Pariser Urmeter² z.B. „macht“ die Länge zweier Holzstücke nicht vergleichbar. Vielmehr läßt sich durch seine Länge die *relative Länge* aller anderen Gegenstände in bezug auf dieses Urmeter bestimmen. Die einem Gegenstand zukommende Länge wird aber nicht erst durch die Messung hervorgebracht, sondern ist hiervon grundsätzlich unabhängig. Alle Gegenstände, deren Länge mit Hilfe des Urmeters gemessen werden können, besitzen *a priori* eine *gemeinsame Eigenschaft*, die sich in derselben Rechengröße ausdrücken läßt. Dies stellt eine notwendige Voraussetzung jeder Messung dar. Gleichzeitig kann eine Messung immer nur mit Hilfe eines Maßes durchgeführt werden, dem die zu messende Eigenschaft ebenfalls *a priori* zukommt.

¹So jedenfalls lautet die Standardantwort der akademischen Ökonomie. Geld hat damit die okkulte Fähigkeit, stofflich völlig verschiedene Dinge um eine gemeinsame Eigenschaft zu erweitern, mittels derer sie dann addiert werden können. *Wie dies realiter geschieht*, fällt allerdings außerhalb des Blickwinkels der meisten Ökonomen. Diese verfügen offensichtlich über eine gehörige Portion Toleranz gegenüber den metaphysischen Annahmen in ihren Theorien. Es bestätigt sich hier, was Marx den Geldfetischismus nennt.

²Das Pariser Urmeter – ein 1 m langer Platinstab – wird seit dem 22.01.1799 im französischen Staatsarchiv in Paris aufbewahrt. Es stellt den 40millionsten Teil des Erdmeridians dar.

Diese Zusammenhänge gelten auch für Geld. Um als allgemeines Wertmaß zu dienen, muß es ein geeignetes Maß, also selber a priori ein „Wertding“ sein – ebenso wie alle anderen Waren. Da es die allgemeine Arbeit verkörpert, können die anderen Waren dann an ihm ihren *relativen Anteil* an der allgemeinen Arbeit darstellen. Es ist hier allerdings der grundsätzliche Gegensatz zwischen der Länge eines Gegenstandes und der Werteigenschaft einer Ware zu bedenken. Die Längeneigenschaft der Gegenstände beruht auf einer *natürlichen Qualität*, die an diesen Gegenständen selbständig ausgedrückt wird. Im Gegensatz dazu kommt den Werteigenschaften der Waren ja gerade eine *soziale Qualität* zu, die sich erst durch ein allgemeines Äquivalent adäquat darstellen läßt. Das Apriori der Rechengröße fällt in diesem Fall nicht mit den dinglichen Eigenschaften der Gegenstände zusammen, sondern basiert auf deren Eigenschaft, einen bestimmten Teil der gesellschaftlichen Arbeit zu verkörpern.

3.2.2 Geld als Maßstab der Preise

Um eine bestimmte Eigenschaft eines Gegenstandes quantitativ darstellen zu können, benötigt man einen sinnvollen Maßstab, der jeder Merkmalsausprägung der zu messenden Eigenschaft genau eine Zahl zuordnet.¹ Dies gilt selbstverständlich auch für die Bestimmung der Warenwerte. Es genügt ja nicht zu wissen, daß eine bestimmte Menge der Ware X sich gerade mit einer bestimmten Menge des allgemeinen Äquivalents austauscht. Vielmehr müssen diese Mengen sinnvoll quantifiziert werden, so daß z.B. der Wert von einem Drittel der Ware X bestimmt werden kann. Das aber bedeutet, dem Geld muß neben seiner Funktion als Wertmaß zusätzlich noch die Funktion eines geeigneten *Maßstabes* für die Warenpreise zukommen.

Ein solcher Preismaßstab muß, wie jede Maßeinheit, durch eine gesetzliche Konvention fixiert werden. Hierzu dienten in aller Regel historisch gewachsene Gewichtseinheiten in Verbindung mit Gold, Silber oder Kupfer (23: 112, 114f.).

¹Dieser Vorgang muß auf einer sogenannten *Verhältnisskala* basieren. Bei dieser Skala entspricht die Differenz zweier Skalenwerte der tatsächlichen Differenz zweier Merkmalsausprägungen der gemessenen Eigenschaft. Gleichzeitig ist ihr „Nullwert“ empirisch sinnvoll definiert (vgl. z.B. Bortz 1993: 21-24). Die Länge zweier Gegenstände A und B wird z.B. mit einer solchen Verhältnisskala gemessen. Mit ihrer Hilfe läßt sich nicht nur die relative Länge von A und B in bezug auf das Metermaß bestimmen, sondern zusätzlich eine Aussage über die unterschiedlichen Längen der beiden Gegenstände treffen. Denn wenn die gemessene Länge von A das Doppelte der gemessenen Länge von B beträgt, dann ist A *tatsächlich* doppelt so lang wie B. Preise müssen, sollen sie sinnvoll bestimmt werden, ebenfalls auf einer solchen Verhältnisskala abgebildet werden.

Bei der Geldeinheit „Pfund“ ist die Herkunft aus einem Gewichtsmaß besonders offensichtlich, dieser Zusammenhang gilt jedoch auch für andere Geldeinheiten. Die Bezeichnung „Mark“ war beispielsweise eine weit verbreitete mittelalterliche Gewichtseinheit. Edelmetalle eigneten sich in Form von Münzgeld besonders gut für die Darstellung eines Preismaßstabes, sind sie doch langlebig, ohne Probleme physisch zu teilen und uniform in ihrem Aussehen (13: 35). Zudem waren sie kein unmittelbar wichtiges Produktionsmittel (II/1.1: 152, 155) – selbiges gilt für unser heutiges Papiergeld.

Die beiden Geldfunktionen des Wertmaßes und des Preismaßstabes müssen sorgfältig unterschieden werden, denn letztere Funktion setzt die erste voraus:

„Als Maß der Werte und als Maßstab der Preise verrichtet das Geld zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als die gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht. [...] Am Maß der Werte messen sich die Waren als Werte, der Maßstab der Preise mißt dagegen Goldquanta an einem Goldquantum, nicht den Wert eines Goldquantums am Gewicht des andren.“ (23: 113)

In der Differenz dieser beiden Geldfunktionen – bzw. in der logischen Differenz zwischen dem Wert und seiner Erscheinungsform als Preis – zeigt sich zugleich eine wichtige Problematik. Denn sie impliziert ihrerseits eine potentielle Differenz zwischen dem Wert und dem Preis einer Ware:

„Wenn aber der Preis als Exponent der Wertgröße der Ware Exponent ihres Austauschverhältnisses mit Geld, so folgt nicht umgekehrt, daß der Exponent ihres Austauschverhältnisses mit Geld notwendig der Exponent ihrer Wertgröße ist. [...] Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße, liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.“ (23: 116f.)

Diese Aussage gilt es besonders sorgfältig zu interpretieren. Denn was soll man sich unter der „quantitativen Inkongruenz“ zwischen Werten und Preisen vorstellen? Und was hat dies mit einem „Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit“ zu tun? – Naheliegend ist zunächst eine Interpretation, in der der Wert der Waren eine Art „Gravitationszentrum“ zu bilden scheint, um welches herum die tatsächlichen Preise der Waren schwanken. Bildet man für einen geeigneten Zeitraum das arithmetische Mittel aller Preise einer Ware, so erhielte man dann den „wirklichen“ Wert dieser Ware. Eine solche Ansicht steht in der Tra-

dition der klassischen politischen Ökonomie, denn bereits Adam Smith hatte sich mit der möglichen Abweichung von Werten und Preisen beschäftigt. Für ihn schwanken die Marktpreise der Waren um ihren „natürlichen Preis“, der zugleich dem Wert der Waren entspricht (Hofmann 1971: 50-53).

Indes ist eine solche Interpretation nicht mit der bisherigen Auffassung des Werts als dingliche Reflexion eines gesellschaftlichen Verhältnisses kompatibel. In dieser Sichtweise können Inhalt (Wert) und Form (Preis) nicht voneinander abweichen, da sie nicht unabhängig voneinander zu denken sind. Dies aber wird in der Interpretation des vorherigen Absatzes unterstellt. Derartige Positionen gehen davon aus, daß sich im Preis ein bereits vorher bestimmter Wert *nachträglich* ausdrückt. Wert und Preis differieren nicht bloß quantitativ, sondern auch zeitlich. Daß demgegenüber aber der Preis, d.h. die Geldform, die erste reale Erscheinungsform des Werts darstellt, war ja gerade das Ergebnis der Wertformanalyse. In dieser Sichtweise besteht zwischen Wert und Preis eine analytisch-abstrakte, nicht jedoch eine reale und womöglich gar quantifizierbare Differenz. Auch fallen beide zeitlich zusammen. Von daher kann die Marx'sche Formulierung zumindest als unglücklich bezeichnet werden. Denn zwei logisch voneinander getrennte Bestimmungen können natürlich niemals kongruent sein. Gemeint ist meiner Ansicht nach folgendes (vgl. Heinrich 2001: 243f.): Wert und Preis können insofern „übereinstimmen“, also „kongruent“ sein, als daß der erstere den einzigen Bestimmungsgrund für die Größe des letzteren darstellt. Ist dies nicht der Fall, bestimmt sich also die Preisgröße einer Ware durch weitere Faktoren, sind beide einander nicht „kongruent“. Hier ließe sich z.B. eine Monopolstellung bzw. die Marktmacht eines Warenbesitzers denken, welche einen Preis in die Höhe treibt. Letztlich wird aber von Marx der Zusammenhang zwischen Wert und Preis als der entscheidende Bestimmungsfaktor für die Preisgröße einer Ware eingeschätzt. Dies folgt schon unmittelbar daraus, daß in der bürgerlichen Gesellschaft das ZAP nur mit Hilfe der Werteigenschaften der Waren gelöst werden kann.

3.2.3 Geld als Zirkulationsmittel

Folgt man der Marx'schen Werttheorie, so kann ein systematischer, prämonetärer Warentausch nicht stattfinden – ohne einen Bezug zum Geld konstituiert sich kein Wert und existieren keine Waren. Dieser Umstand wurde bereits mehrfach betont. Der reale Warenaustausch, also die *tatsächliche Zirkulation* der Waren, bedarf deshalb der Vermittlung des Geldes. Wir erhalten durch die-

se Feststellung eine weitere Geldfunktion, nämlich die des *Zirkulationsmittels*: „Als Vermittler der Warenzirkulation erhält das Geld die Funktion des Zirkulationsmittels.“ (23: 128) Man kann dies auch folgendermaßen formulieren: Der Austausch zweier Waren läßt sich durch die Bewegung $W_1 - G - W_2$ (Ware 1 – Geld – Ware 2) ausdrücken. Wir befinden uns bei der Analyse dieses Warentauschs auf der theoretischen Ebene der *einfachen Warenzirkulation* (vgl. 23: 128, 130). Diese ist nicht mit einer bestimmten historischen Erscheinungsform der realen Warenproduktion in eins zu setzen, wie es häufig gemacht wird (vgl. S. 36).¹

Zerlegt man diese Zirkulationsbewegung in die beiden Teilstücke $W_1 - G$ und $G - W_2$, so erhält man zwei Handlungsakte, die Marx als die beiden *Warenmetamorphosen* bezeichnet (23: 120-125). Beide zusammen ergeben die *Gesamtmetamorphose* einer Ware, an der „drei personae dramatis“ (23: 125) beteiligt sind, nämlich Warenbesitzer 1, Geldbesitzer 1, Geldbesitzer 2 (= Warenbesitzer 1) und Warenbesitzer 2. Diese Vorstellung einer Warenmetamorphose dient Marx dazu, alle Zirkulationsakte der bürgerlichen Gesellschaft als ein Neben- und Nacheinander dieser Metamorphose zu analysieren. Mit ihrer Hilfe, d.h. dem „Stoffwechsel der gesellschaftlichen Arbeit“ (23: 120), lassen sich dann Konsequenzen für die Beschaffenheit der Zirkulationssphäre angeben, z.B. für die Größe der benötigten Geldmenge. Marx widerspricht hier der *Quantitätstheorie* (23: 137f.), d.h. er bestimmt das herrschende Preisniveau einer Gesellschaft durch das Verhältnis aller Waren zum Wert der jeweiligen Geldware.² Auch das *Say'sche Gesetz* (23: 127f.) kann auf der Grundlage der beiden Warenmetamorphosen von Marx widerlegt werden.³ Knapp formuliert läßt sich daher sagen, daß Marx bereits auf der Ebene der Zirkulation, d.h. ohne die Produktionssphäre zu berücksichtigen, die Möglichkeit kapitalistischer Krisen erblickt. Verantwortlich für die Krisen zeigt sich eben das Geld in seiner Funktion als Zirkulationsmittel – da dieses aber zwingender Bestandteil einer wa-

¹Auf die Problematik dieses Begriffs komme ich im Abschnitt 4.1.2 noch zurück.

²Nach der Quantitätstheorie wird – in knappen Worten – das Preisniveau, d.h. der Geldwert einer Volkswirtschaft letztlich durch die Größe der Geldmenge determiniert. Daher würde eine expansive Fiskal- und Geldpolitik langfristig nicht etwa zu einem steigenden Sozialprodukt und schließlich zu sinkender Arbeitslosigkeit führen, sondern lediglich inflationäre Prozesse auslösen. Diese Sichtweise ist auch heute in Form des *Monetarismus*, insbesondere der „Chicago Boys“ (Milton Friedman, Robert Lucas u.a.), hoch aktuell, denn sie bestimmt wesentlich die deutsche bzw. europäische Fiskal- und Geldpolitik.

³Das Say'sche Gesetz besagt, daß endogene kapitalistische Krisen unmöglich sind, da jedem Angebot automatisch eine Nachfrage in gleicher Höhe gegenüberstehe. Denn es könnten nur Produkte mit Produkten „bezahlt“ werden und deshalb insgesamt, d.h. per Saldo aller Märkte, keine Überproduktion existieren.

renproduzierenden Gesellschaft ist, folgt hieraus ein *endogenes Krisenpotential* kapitalistischer Ökonomien.¹ Diese Aspekte der Marx'schen Theorie – die im übrigen später zentrale Überlegungen der Keynes'schen Theorie bilden sollten – werden an dieser Stelle jedoch nicht näher betrachtet, da sie für den weiteren Gang der Darstellung keine unmittelbare Bedeutung besitzen.

3.2.4 Geld als Geld

Die zunächst etwas merkwürdig anmutenden Formulierung „Geld als Geld“ faßt als Oberbegriff drei weitere Geldfunktionen zusammen, die von Marx unter dem Gliederungspunkt „Geld“ (23: 143) zusammengestellt werden. Unter diese Bestimmung fällt zunächst einmal die Funktion des Geldes als *Schatzbildner*, dann seine Funktion als *Zahlungsmittel* sowie schließlich die Funktion des *Weltgeldes*.

Die Funktion der Schatzbildung läßt sich, etwas zeitgemäßer, auch dahingehend verstehen, daß Geld als *Wertaufbewahrungsmittel* fungiert. Wichtig hierbei ist, daß sich durch diese Funktion der Stellenwert des Geldes verschiebt. Bisher bestimmten sich seine Funktionen dadurch, daß es als Vermittler eines außerhalb seiner selbst liegenden Zusammenhangs funktioniert, nämlich der Warenproduktion bzw. des Warentausches. Dieser Status ändert sich, wenn Geld als Wertaufbewahrungsmittel dient:

„Ware wird verkauft, nicht um Ware zu kaufen, sondern um Warenform durch Geldform zu ersetzen. Aus bloßer Vermittlung des Stoffwechsels wird dieser Formwechsel zum Selbstzweck.“ (23: 144)

Um es in der Symbolik des vorhergehenden Abschnitts zu formulieren: Nicht mehr durch $W_1 - G - W_2$ wird diese Geldfunktion erfaßt, sondern durch $W - G$. Ein solcher Prozeß ist, anders als der Warentausch, durch ein grundsätzlich unstillbares Bedürfnis motiviert, das seine Grenze lediglich in der tatsächlich akkumulierbaren Geldmenge findet. Eine solche der Struktur nach unendliche Bewegung soll bei der Darstellung des Werts als Kapitalwert noch eingehender analysiert. Wichtig im hier vorgestellten Zusammenhang ist, daß mit der Funktion der Schatzbildung dem Geld zum ersten Mal eine selbstbezügliche Funktion zukommt. Es wird selbst zum ökonomischen Zweck. Das Ziel einer

¹Hiermit ist natürlich nicht gesagt, daß die Zirkulationsfunktion des Geldes das *einzigste* Krisenpotential kapitalistischer Ökonomien darstellt. Aber weitergehende Krisenanalysen müssen auf einer komplexeren theoretischen Ebene als der einfachen Warenzirkulation stattfinden und die Produktionssphäre mit einbeziehen.

ökonomischen Handlung leitet sich nun nicht mehr zwangsläufig aus dem Austausch von Gebrauchswerten ab, sondern dem Tauschwert einer Ware kommt ein potentiell dominierender Charakter zu – Marx spricht daher von der „Sisyphosarbeit der Akkumulation“ (23: 147). Unter diesem Gesichtspunkt wird auch verständlich, was Marx unter „Geld als Geld“ versteht. Die Formulierung bezieht sich auf den Selbstzweckcharakter des Geldes. Dieses erlangt jetzt eine Bedeutung, welche sich nicht mehr nur – wie zuvor – auf seine Vermittlungsfunktionen bei der Vergesellschaftung der bürgerlichen Privatarbeit bezieht.

Die nächste Funktion, die in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß, umfaßt die Bedeutung des Geldes als Zahlungsmittel. Zunächst mag es so scheinen, als sei dieser Umstand bereits mit der Zirkulationsfunktion erfaßt worden. Denn bei der Bewegung $W_1 - G - W_2$ funktioniert Geld offensichtlich als Zahlungsmittel. So richtig dies zunächst ist, zielt die Bestimmung des Geldes als Zahlungsmittel doch auf eine umfassendere Funktion – nämlich die Möglichkeit, einen Rechtstitel auf zukünftige Zahlungen abschließen zu können. Als Zahlungsmittel entwickelt sich das Geld dem Potential nach zu einem *Kreditgeld*. Damit ermöglicht es die Umkehrung der beiden Warenmetamorphosen, d.h. bevor $W_1 - G$ vollzogen wurde, kann eine Bewegung $W_2 - G$ stattfinden.

„Die gleichzeitige Erscheinung der Äquivalente Ware und Geld auf den beiden Polen des Verkaufsprozesses hat aufgehört. [...] Obgleich es [das Geld, N.F.] nur im Geldversprechen des Käufers existiert, bewirkt es den Händewechsel der Ware. Erst am fälligen Zahlungstermin tritt das Zahlungsmittel wirklich in die Zirkulation, d.h. geht aus der Hand des Käufers in die des Verkäufers über.“ (23: 150)

Als letzte Geldfunktion nennt Marx das sogenannte Weltgeld. Es dient als Geldeinheit der nationalen Handelsbilanzen und gleicht diese als internationales Zahlungsmittel aus (23: 157). Zugleich drückt Geld erst als Weltgeld, d.h. in einem universellen Zusammenhang, seine wirkliche Bestimmung aus:

„Erst auf dem Weltmarkt funktioniert das Geld in vollem Umfang als die Ware, deren Naturalform zugleich unmittelbar gesellschaftliche Verwirklichungsform der menschlichen Arbeit in abstracto ist. *Seine Daseinsweise wird seinem Begriff adäquat.*“ [Hervorh. v.m., N.F.] (23: 156)

Im Geld als der stofflichen Verkörperung der abstrakten Arbeit wird ein gesellschaftliches Verhältnis erfaßt, das seiner Bestimmung nach ein universelles ist. Der bürgerlichen, warenproduzierenden Gesellschaft liegt damit nach Marx die internationale Etablierung ihrer Strukturen immanent zugrunde.¹ Allerdings

¹Dieser Aspekt, bei dem man unmittelbar an die heute breit diskutierte „Globalisie-

muß hier angemerkt werden, daß ein solches Weltgeld sich bisher nirgendwo entwickelt hat, sondern vielmehr die regionale US-Währung Dollar diese Aufgabe übernimmt – neuerdings unter der Konkurrenz der neuen europäischen Währung Euro (vgl. Heinrich 2001: 249).

rung“ denken muß, wird im *Kommunistischen Manifest* bereits ausführlich erwähnt (4: 464-467). Allerdings leiten Marx/Engels ihre Diagnose dort nicht ökonomietheoretisch ab.

4 Werttheorie als Kapitaltheorie

4.1 Der Übergang vom Geld zum Kapital

4.1.1 Der fehlende Übergang im „Kapital“

Zum jetzigen Zeitpunkt meiner Darstellungen wurden sowohl der Wertinhalt als auch die Wertform analysiert. Im zweiten Kapitel ergab sich abstrakte Arbeit als der Inhalt bzw. die Substanz der Wertbestimmung, während die Wertformanalyse des vorhergehenden Kapitels die dialektischen Entwicklungen der einfachen Wertform hin zur allgemeinen Wertform lieferte, welche auf der Ebene der tatsächlichen Handlungen zur Geldform hinführte. Grundlage all dieser Erläuterungen war bisher die analytische Ebene der *einfachen Zirkulation*. Diese ist, wie bereits dargestellt wurde, durch die Bewegung $W_1 - G - W_2$ gekennzeichnet und wird durch das Geld mit Hilfe seiner bereits erläuterten Funktionen vermittelt. Marx nennt indes eine weitere Bewegungsform, die über die bisherigen Bestimmungen hinausgeht, nämlich $G - W - G$. In dieser Bewegung ändert das Geld, der bisherige Vermittler der Zirkulation, seinen Stellenwert. Es wird zu Kapital:

„Die unmittelbare Form der Warenzirkulation ist $W - G - W$, Verwandlung von Ware in Geld und Rückverwandlung von Geld in Ware, verkaufen, um zu kaufen. Neben dieser Form finden wir aber eine zweite, spezifisch verschiedene vor, die Form $G - W - G$, Verwandlung von Geld in Ware und Rückverwandlung von Ware in Geld, kaufen, um zu verkaufen. Geld, das in seiner Bewegung diese letztere Zirkulation beschreibt, verwandelt sich in Kapital, wird Kapital und ist schon seiner Bestimmung nach Kapital.“ (23: 162)

Nach dieser Bestimmung sieht es so aus, als ob Kapital sich lediglich durch die Motivationslage eines ökonomischen Subjekts vom Geld unterscheidet. Steht der Gebrauchswert der Waren im Mittelpunkt des Interesses, so ergibt sich $W_1 - G - W_2$. Dominiert dagegen der Tauschwert das Geschehen, „finden wir“ (ebd.) hingegen die Bewegung $G - W - G$ und damit (Geld-) Kapital vor. Marx leitet diese also nicht, wie zuvor die verschiedenen Wertformen, kategorial durch eine Widerspruchsanalyse ab. Im Gegenteil, die Bewegung $G - W - G$ scheint, bis auf die unterschiedlichen Handlungsmotive der Waren bzw. Geldbesitzer, auf der gleichen analytischen Ebene zu existieren wie die Bewegung $W_1 - G - W_2$. Diese neue Bewegung gründet sich offenbar auf einer empirischen Selbstverständlichkeit, die keiner weiteren Begründung bedarf, denn sie wird

einfach „vorgefunden“. Beide Bewegungen scheinen der Analyseebene somit äußerlich zu sein (vgl. Heinrich 2001: 253f.).

In den *Grundrissen* (II/1.1: 157f., 173-187) wie auch im *Urtext*¹ (II/2: 63-85) findet sich jedoch der Versuch, den Übergang vom Geld als Geld zum Kapital ebenso kategorial abzuleiten, wie dies mit den drei Wertformen geschieht. In den später angefertigten Schriften fehlt ein solches Vorgehen hingegen. Hier ist der Übergang von der Bewegung $W_1 - G - W_2$ der einfachen Zirkulation hin zu der Bewegung $G - W - G$ nicht mehr als zwingend zu erkennen, sondern erscheint unter dem Rückgriff auf empirische bzw. historische Argumente als lediglich eine mehr oder weniger plausible Überlegung. Daher soll der kategoriale Ableitungsversuch, den Marx im *Kapital* nicht (mehr) aufgeführt hat, im folgenden Unterabschnitt erläutert werden.

4.1.2 Der Übergang in den „Grundrissen“ und im „Urtext“

Den Ausgangspunkt der Marx'schen Kapitalbestimmung bildet zunächst die Feststellung, daß unter der *einfachen Zirkulation*, welche sich in der Bewegung $W_1 - G - W_2$ symbolisiert, keine historische Epoche, d.h. keine vorkapitalistische Warenproduktion zu verstehen ist (vgl. S. 36). Sie stellt vielmehr eine *analytische Ebene* der bürgerlichen Gesellschaft dar:

„Wir haben es hier jedoch nicht mit historischem Übergang der Circulation in das Capital zu thun. Die einfache Zirkulation ist vielmehr eine abstrakte Sphäre des bürgerlichen Gesamtproductionsprocesses, die durch ihre eigenen Bestimmungen sich als Moment, bloße Erscheinungsform eines hinter ihr liegenden, ebenso aus ihr resultirenden, wie sie producirenden tieferen Process – das industrielle Capital – ausweist.“ (II/2: 68f.)

Die Bezeichnung „einfach“ bezieht sich hier auf eine theoretisch (noch) unterentwickelte oder unterbestimmte Kategorie, auf einen abstrakten Ausschnitt der Wirklichkeit – nicht jedoch auf historisch „einfache“, d.h. unterentwickelte, Verhältnisse (Brentel 1989: 278-283). Ebenso wie die *einfache Wertform* bildet die *einfache Warenzirkulation* eine analytische Konstruktion, deren Attribut „einfach“ darauf hindeutet, daß sie noch einer weiteren Entwicklung bedarf,

¹Der *Urtext* (II/2: 17-94) ist zwischen August und Oktober 1858 auf der Basis der *Grundrisse* entstanden und sollte den ersten Band eines insgesamt sechsbändigen Werkes zur politischen Ökonomie bilden. Tatsächlich veröffentlichte Marx in diesem Zusammenhang lediglich die Schrift *Zur Kritik*, die zudem wesentlich weniger umfangreich ausfiel, als zunächst geplant war (II/2: 10*ff.).

damit der zu analysierende Gesamtprozeß seinem Wesen nach angemessen erfaßt werden kann. Daß die einfache Warenzirkulation in einem solchen Sinne zu verstehen ist, wird auch in den *Grundrissen* deutlich, wo Marx die einfache Zirkulation ebenfalls als oberflächlichen Schein der bürgerlichen Gesellschaft darstellt (II/1.1: 177). Im *Kapital* spricht er dies hingegen weniger deutlich aus, weist aber ebenfalls daraufhin, daß die einfache Zirkulation nicht mit einer historischen Entwicklung verwechselt werden darf (23: 128, Fn. 73).

Die Formen der einfachen Warenzirkulation – d.h. die Geldform mitsamt ihrer Funktionen – verweisen auf einen, wie Marx sagt, „hinter ihr gehenden“ (II/1.1: 177) Gesamtprozeß, dem sie selbst als abstraktes Moment angehört. Dies schließt die vorhergehenden Ergebnisse der Wertformanalyse mit ein. In ihrem Verweis auf ein allgemeines Äquivalent verbleibt auch sie auf einer unterbestimmten Ebene. Zwar prägen die Zirkulationsphänomene den Augenschein der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft – den zirkulierenden Waren mitsamt dem Geld scheint ihre Wertbestimmung als dingliche Eigenschaft zuzukommen, gleichzeitig basiert die Zirkulation auf einem freiwilligen Tausch dieser Werte –, ihr *selbständiges Bestehen* ist jedoch bloßer Schein. Denn sie basiert auf Ereignissen, die sie selbst weder hervorbringen noch als perpetuum mobile erhalten kann:

„Die Circulation in sich selbst betrachtet ist die Vermittlung *vorausgesetzter Extreme*. Aber sie setzt diese Extreme nicht. Als Ganzes der Vermittlung, als totaler Prozeß selbst muß sie daher vermittelt sein. *Ihr unmittelbares Sein ist daher reiner Schein.*“ (II/2: 64)

Die hier erwähnten Extreme beziehen sich auf die beiden Metamorphosen $W_1 - G$ und $G - W_2$. Der Grund einer solchen Zirkulation, die die doppelte Bestimmtheit der Waren vermittelt, liegt nicht in ihr selbst – die letzte Ursache bildet das ZAP, also die bürgerliche Vergesellschaftung der arbeitsteiligen Privatarbeit. Worin der Schein einer selbständigen Existenz dieser Zirkulationssphäre besteht, wird von Marx in den *Grundrissen* (II/1.1: 157f., 186) und, etwas ausführlicher, im *Urtext* (II/2: 63-75) herausgearbeitet. Hier erläutert er, warum der Wert in seiner Geldform noch widersprüchlich bzw. unselbständig bestimmt ist und in der Bewegung $W_1 - G - W_2$ keine selbständige Existenz erhalten kann (vgl. ausführlich hierzu Brentel 1989: 249-261). Denn wenn die Wertbestimmung einer Ware sich verwirklicht, also ein Tausch stattgefunden hat ($W_1 - G$), so kann das Geld seine Bestimmungen nur realisieren, indem es entweder als Zirkulationsmittel eine andere Ware realisiert ($G - W_2$),

oder aber akkumuliert wird. Der Wert in seiner Geldform steht damit dem *konkreten Reichtum* aller Gebrauchswerte als Repräsentant von *allgemeinem Reichtum* gegenüber. In beiden Fällen kann das Geld sich jedoch nicht als ein solcher Repräsentant erhalten. Tauscht man es gegen eine Ware ein, so erlischt es mitsamt seiner Wertbestimmung in der Konsumtion des erhaltenen Gebrauchswertes. Wird es akkumuliert, also der Zirkulation entzogen, so stellt es bloß einen scheinbar konservierten Wert dar. In Wirklichkeit bewahrt sein Besitzer lediglich den stofflichen Gebrauchswert auf, dessen Naturalform ihm als Geld dient. Denn Wert kommt dem Geld tatsächlich ja nur in bezug auf die allgemeine Arbeit, d.h. auf die Gesamtheit aller Waren zu. Es muß also, um seine Bestimmung als Wert zu erhalten und zu realisieren, wieder in einen Bezug zur Zirkulation gesetzt werden. Dann aber erlischt der Wert wiederum in der Konsumtion eines Gebrauchswertes. Damit ergibt sich nicht nur eine Negation der Zirkulationsfunktion des Geldes, es negieren sich weiterhin auch diejenigen Funktionen, über die Geld als Geld bestimmt wurde. Es kann nun nur noch als Maß der Werte und als Maßstab der Preise dienen und ist auf der Ebene der einfachen Zirkulation daher unterbestimmt. Als Repräsentant des allgemeinen Reichtums kann Geld sich nur verwirklichen, wenn es in die Zirkulation eingeht. Geschieht dies jedoch, kann es wesentliche seiner Funktionen nicht wahrnehmen. Die Realisierung seiner Wertbestimmung bedeutet damit zugleich den Verlust derselben.

In seiner Geldform und auf der Ebene der *einfachen Zirkulation* wurde der Wert also noch immer nicht angemessen abgeleitet. Seine nach wie vor widersprüchliche Formbestimmung muß sich daher, analog zu den bisherigen Entwicklungen der Wertformanalyse, auf einer komplexeren Ebene aufheben (Rakowitz 2000: 150). Um dies zu erreichen, benötigt der Wert eine Erscheinungsform, in der er einerseits als Voraussetzung der Zirkulation bestimmt ist, sich jedoch andererseits durch die Zirkulation erhält. Er muß als selbständige Form sowohl außerhalb wie auch innerhalb der Zirkulation existieren können. Diejenige Erscheinungsform des Werts, in der dies gelingt, nennt Marx – Kapital:

„Die erste Bestimmung des Capitals ist also die: daß der aus der Circulation herstammende und sie daher voraussetzende Tauschwerth sich in ihr und durch sie erhält; sich nicht verliert, indem er in sie eingeht; sie nicht als die Bewegung seines Verschwindens, sondern vielmehr als die Bewegung seines wirklichen Sichsetzens als Tauschwerth, die Realisirung seiner als Tauschwerth ist.“ (II/1.1: 183)

Ein solches Erhalten des Werts in und durch die Zirkulation kann nur stattfinden, wenn der Wert eine Erscheinungsform erlangt, in der er als die Verkörperung des allgemeinen Reichtums auf einen gegenteilig bestimmten „Pol“ trifft, der seinerseits Gebrauchswert als solchen darstellt. Anders formuliert: Es wird ein Gebrauchswert benötigt, durch dessen *Konsum* der Wert sich realisiert und zugleich erhält. Wert als abstrakte Arbeit muß als Ware in der Zirkulation auf diesen besonderen Gebrauchswert treffen, der ebenfalls als Ware erhältlich und konsumierbar ist. Dieser Gebrauchswert stellt aber „einen alten Bekannten“ dar – nämlich die Arbeit als Ursache der Wertgegenständlichkeit selbst:

„Der Tauschwerth war ursprünglich seinem Inhalt nach vergegenständlichtes Quantum von Arbeit oder Arbeitszeit; [...] Er muß jetzt selbst wieder den Ausgangspunkt der Circulation, der ausser ihr lag, ihr vorausgesetzt war, und für den sie selbst als eine von aussen ihn ergreifende und innerhalb ihrer umwandelnde Bewegung erschien, setzen, nämlich die Arbeit; aber jetzt nicht mehr als einfaches Equivalent oder einfache Vergegenständlichung der Arbeit, sondern als der vergegenständlichte und verselbstständigte Tauschwerth, der sich nur an die Arbeit hingiebt, zu ihrem Material wird, um sich selbst zu erneuern und von sich selbst wieder die Circulation zu beginnen.“ (II/1.1: 186)

Indem der Wert auf diese Weise der Arbeit gegenübersteht, hebt sich die widersprüchliche Polarität der Warenbestimmung auf. Der Gebrauchswert als solcher erhält eine ökonomische Form, die dem Wert als solchem gegenübertritt (Brentel 1989: 262). Die Begriffe *Arbeit* und *Kapital* bezeichnen daher keine fixierten Gegenstände oder Personen, sondern beziehen sich zum einen auf die kapitalistische Form der vergesellschafteten Arbeit, zum anderen auf einen Produktionsprozeß, der die Verselbständigung des bisher unterbestimmten Werts umfaßt:

„Das Geld [...] hat als Capital seine Starrheit verloren, und ist aus einem handgreiflichen Ding zu einem Process geworden. Andererseits aber hat die Arbeit ihr Verhältniß zu ihrer Gegenständlichkeit verändert: sie ist auch zu sich zurückgekehrt. Die Rückkehr ist aber die, daß die im Tauschwerth vergegenständlichte Arbeit die lebendige Arbeit als ein Mittel seiner Reproduction setzt, während ursprünglich der Tauschwerth nur als ein Product der Arbeit erschien.“ (II/1.1: 187)

Der Begriff des Kapitals zielt somit auf einen Prozeß, in dem jeder Gegenstand sowohl in seiner Bestimmung als Gebrauchs- wie auch als Tauschwert ein einzelnes Moment der *Verwertung* darstellt. Kapital wird durch den fluktuierenden Wechsel von *Geld-* und *Warenkapital* gekennzeichnet. Und dieser Verwertungsprozeß umfaßt nicht nur die Ebene der *Warenzirkulation*, son-

dern zugleich auch den *Produktionsprozeß* der bürgerlichen Gesellschaft. Beide bilden zwei aufeinander angewiesene und zusammengehörende Momente der kapitalistischen Warenproduktion (Rakowitz 2000: 197f.). Kapital besteht in der Totalität aller Waren und ist daher ein Phänomen der Zirkulations- wie auch der Produktionssphäre.¹ Die Trennung von einfacher Warenzirkulation und Produktionsprozeß erweist sich damit als analytisch und nicht als historisch bedingt:

„Das Capital wird abwechselnd Waare und Geld; aber 1) *ist es selbst der Wechsel dieser beiden Bestimmungen*; 2) es wird Waare; aber nicht diese oder jene Waare, sondern *eine Totalität von Waaren*. Es ist nicht gleichgültig gegen die Substanz, aber gegen die bestimmte Form; [...].“
(II/1.1: 185)

Um die Bewegung der beiden Momente zu symbolisieren, soll noch einmal auf die Kapitalbestimmung des vorhergehenden Abschnitts zurückgegriffen werden. Dort wurde Kapital als die Bewegung $G - W - G$ dargestellt. Die beiden Metamorphosen $G - W$ und $W - G$ dieser Bewegung lassen sich nun als Momente einer allseitigen *Kapitalbewegung* verstehen (Backhaus/Reichelt 1995: 71, 81). Diese ist damit aber aus zweierlei Gründen noch nicht vollständig erfaßt. Zum einen kann jenseits der einfachen Zirkulation nicht sinnvoll von der Produktionssphäre abstrahiert werden. Aus $G - W - G$ wird somit $G - W \dots P \dots W' - G$. P steht hier für den Produktionsprozeß. Zum zweiten findet in dieser Bewegung keine inhaltliche, also qualitative, Veränderung statt. Beide Metamorphosen beziehen sich der Form nach auf das Kapital und dem Inhalt nach auf den Wert. Dies unterscheidet sie von der Bewegung $W_1 - G - W_2$, bei der es um die Vermittlung zweier unterschiedlicher Gebrauchswerte geht. Eine Veränderung kann hier nur stattfinden, wenn statt $G - W \dots P \dots W' - G$ die Bewegung $G - W \dots P \dots W' - G'$ stattfindet. Da der Wert aber nur zu einer quantitativen Änderung fähig ist, bedeutet dies zwangsläufig, daß $G' = G + \Delta G$, wobei $\Delta G > 0$ (vgl. 23: 165)²:

¹Es läßt sich eine Parallele zwischen einem solchen Kapitalbegriff und dem Begriff der *allgemeinen Arbeit* finden. Letztere stellt sich dinglich zwar als konkrete Arbeit dar, weist aber ihrem Begriff nach über diese hinaus, indem sie sich auf die Totalität der menschlichen Arbeit bezieht (vgl. S. 20). Da die Grundlage des Marx'schen Kapitalbegriffs in seinem Wertbegriff besteht, und dieser wiederum auf die allgemeine Arbeit zielt, erscheint es plausibel, *Kapital* ebenso als eine Totalität aufzufassen. Kapital *ist* abstrakte Arbeit und verweist damit auf die Herstellung gesellschaftlicher Einheit, allerdings auf einer analytisch fortgeschritteneren Ebene.

²Bei ΔG handelt es sich um den berühmten Mehrwert, den ich im nächsten Unterabschnitt näher betrachten werde.

„Damit ist es [das Kapital, N.F.] auch nicht mehr einfaches Gleichsetzen, Bewahren seiner Identität, wie in der Circulation; sondern *Vervielfältigen* seiner selbst. Der Tauschwerth setzt sich nur als Tauschwerth, indem er sich verwerthet, also seinen Werth vermehrt.“ (II/1.1: 186f.)

Die Bewegung $G - W \dots P \dots W' - G'$ ist es also, die auf der einen Seite dem Wert erst eine wirklich selbständige, nämlich prozessurale, Form verleiht. Sie bedeutet zugleich seine Vermehrung. Dieser Zusammenhang zwischen Wert, selbständiger Wertform und Wertvermehrung stellt m. E. die zweite zentrale Leistung¹ der Marx'schen Werttheorie dar: Wert als dingliche Reflektion der bürgerlichen Vergesellschaftung der Arbeit besitzt nur in und durch einen *Verwertungsprozeß*, d.h. seine Vermehrung, eine *eigenständige Form*. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß dieses Ergebnis auf der Grundlage des *Kapitals* nicht eindeutig zu erschließen ist. Hierzu bedarf es einer zusätzlichen Auswertung der *Grundrisse* und des *Urtextes*. Die alleinige Lektüre des *Kapitals* versperrt den Zugang zu dem zentralen Zusammenhang von Inhalt, Form und Prozeßhaftigkeit des Werts. Die Ansicht Backhaus' (1998: 349f.), Marx habe seine Theorie im Fortgang von den *Grundrissen* hin zum *Kapital* auf eine problematische Weise popularisiert, findet hier einen deutlichen Beleg.

Es bestätigt sich einmal mehr, daß die Marx'sche Wertbestimmung nicht auf einen *Gattungsbegriff* abzielt (Backhaus 1998: 368). Marx analysiert vielmehr ein verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis, das, um theoretisch faßbar zu werden, von der einfachsten Kategorie (Warenwert) hin zu einer umfassenden, der Komplexität des Gegenstands adäquaten Kategorie (Kapitalwert) fortentwickelt werden muß. Und erst mit der Bewegung $G - W \dots P \dots W' - G'$ läßt sich eine Kategorie angeben, mit deren Hilfe dann die bürgerlich-kapitalistische Vergesellschaftung tatsächlich erfaßt wird. Die Darstellung des Kapitalverwertungsprozesses zielt somit auf einen *integralen Bestandteil* dieser Gesellschaft. Die arbeitsteilige Privatarbeit kann nur als ein Prozeß der Kapitalverwertung bestehen. Die Bewegung $W_1 - G - W_2$ der einfachen Zirkulation stellt sich hingegen als mangelhafte Beschreibung der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung heraus.

¹Die erste zentrale Leistung besteht bekanntlich in der Formulierung einer *monetären* Werttheorie (vgl. S. 49).

4.2 Die Mehrwertproduktion

4.2.1 Arbeit als Quelle des Mehrwerts

Im letzten Unterkapitel hatte sich ergeben, daß Marx Kapital als eine prozessurale Wertform, d.h. einen Verwertungsprozeß, bestimmt. Dieser Prozeß, so hatte sich gezeigt, ist nicht nur die Herstellung einer selbständigen Form, sondern zugleich eine Vermehrung des ursprünglichen Werts – Wert, der „sich selbst“ verwertet. Symbolisch wurde dies durch $G - W \dots P \dots W' - G'$ ausgedrückt, wobei $G' = G + \Delta G$ mit $\Delta G > 0$. Nun stellt sich die Frage, *wie* diese Vermehrung zustande kommt, d.h. wie es überhaupt sein kann, daß ein $\Delta G > 0$ – d.h. ein sogenannter *Mehrwert* – existiert? Insbesondere ist erklärungsbedürftig, wie es auf der Grundlage des *Äquivalententauschprinzips* zu einem positiven Mehrwert kommen kann. Denn wenn alle Waren zu ihren Werten getauscht werden, jede Person daher im Austausch für eine entäußerte Ware ein Wertäquivalent bekommt, kann es per Saldo keinen positiven Mehrwert geben. Dann gilt vielmehr: „Wo Gleichheit ist, ist kein Gewinn.“ (23: 173) Das Problem, um das es hier geht, stellt kein Spezifikum der Marx'schen Werttheorie dar, sondern zieht sich mit verschiedenen Lösungsversuchen von der klassischen politischen Ökonomie bis zur heutigen Neoklassik durch. Es besteht aus der Frage: *Was* ist Gewinn, *wie* entsteht er bzw. *wer* erwirtschaftet ihn?

Marx untersucht diese Frage ausführlich im vierten Kapitel des *Kapitals*. Dort schließt er sowohl die Zirkulationssphäre als auch die Verletzung des Äquivalententauschprinzips als systematische Ursache des Mehrwerts aus (23: 170-181). Hieraus zieht er die Schlußfolgerung, daß der Mehrwert in der Produktionssphäre „entstehen“ muß.¹ Dies führt ihn zu der aus den *Grundrissen* (vgl. S. 62) bereits bekannten Einsicht, daß die scheinbare Selbstverwertung des Werts wiederum das Produkt menschlicher Arbeit sein muß, d.h. der Wert als solcher einen Gebrauchswert als solchen konsumieren muß (23: 181). Auf der Grundlage eines Äquivalententauschs zwischen „Arbeit“ und „Kapital“ muß daher ein positiver Mehrwert erklärt werden – „Hic Rhodus – hic salta!“ (ebd.)

¹Nach den bisherigen Erläuterungen sollte klar sein, daß der Mehrwert, genauso wie der Wert allgemein, nicht in dem Sinne einfach in der Produktionssphäre entsteht, als daß er prämonetär und zirkulationsunabhängig existieren kann. Er findet zwar seine grundsätzliche Ursache in der arbeitsteiligen Privatarbeit der Produktionssphäre, kann sich dort aber nicht in einer adäquaten Form konstituieren. Dies ist bei den folgenden Betrachtungen, die sich auf die Produktionssphäre beziehen und von der Zirkulationssphäre abstrahieren, immer mitzudenken.

Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems liegt in der Überlegung, daß der Gebrauchswert als solcher, der dem Wert als solchem in Warenform gegenübersteht, nicht Arbeit, sondern nur die *Arbeitskraft* sein kann. Zwischen beiden besteht ein wesentlicher Unterschied: „Wer Arbeitsvermögen sagt, sagt nicht Arbeit, so wenig als wer Verdauungsvermögen sagt, Verdauung sagt.“ (23: 187) Denn ein Arbeiter verkauft nicht „seine Arbeit“ – eine solche besitzt er ja gar nicht. Hätte er Arbeit, d.h. könnte er selbständig Arbeiten, ohne hierbei auf einen fremden Produktionsmittelbesitzer angewiesen zu sein, würde er sein *Arbeitsprodukt* auf einem Markt verkaufen, nicht aber seinen Lebensunterhalt als *Lohnarbeiter* verdienen. Vielmehr besitzt ein solcher Arbeiter lediglich das Potential, wertschaffende Arbeit zu leisten. Dieses Potential, also seine Arbeitskraft, ist das einzige, das er verkaufen kann. Seine Arbeit schafft zwar Wert, aber erst *nachdem* die Arbeitskraft verkauft wurde. Diese ist selbst keine Ware und besitzt daher auch keinen Wert. Eine solche Eigenschaft kommt nur der Arbeitskraft zu, deren *Gebrauchswert* die Arbeit darstellt (23: 192).

Wenn die Arbeitskraft aber als Ware gilt, so stellt sich sofort die Frage, wie denn ihr Wert, d.h. der Lohnsatz, bestimmt werden kann. Marx greift hier auf die Bestimmung zurück, die er zu Beginn des *Kapitals* als allgemeine Erklärung für die Wertgröße hergeleitet hat, nämlich die Menge an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die zur Produktion einer Ware aufgewendet werden muß:

„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendigen Arbeitszeit. Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums. Ihre Produktion setzt also seine Existenz voraus. Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung.“ (23: 184f.)

Der Wert der Arbeitskraft bemißt sich demnach nach ihren Reproduktionskosten. Hier kann einmal an die Kosten von Lebensmitteln, Kleidung, Miete u.ä. gedacht werden, d.h. an die zur *unmittelbaren* Existenz der Arbeiter und ihrer Familien aufzubringenden Kosten. Was darüber hinaus als unverzichtbarer Bestandteil einer – mehr oder weniger – *würdigen* Existenz gilt, ist abhängig von gesellschaftlichen Moralvorstellungen, die je nach Entwicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft schwanken können. Weiterhin spielen Verteilungskämpfe hierbei eine Rolle, also z.B. die jeweilige Machtposition der Gewerkschaften bei der Erkämpfung sozialer Standards. „Marxistisch“ gesprochen: Die Ergebnis-

se des Klassenkampfes beeinflussen ebenfalls den Wert der Ware Arbeitskraft. Dieser Unterschied zu der Wertbestimmung der anderen Waren wird von Marx auch erwähnt, zugleich jedoch herausgestellt, daß für ein gegebenes Land zu einem gegebenen Zeitpunkt der Wert der Arbeitskraft dennoch eindeutig feststellbar ist:

„Im Gegensatz zu den andren Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben.“ (23: 185)

Mit Hilfe der Differenzierung zwischen Arbeit und Arbeitskraft gelingt es Marx nun, auf der Basis des Äquivalententauschprinzips einen positiven Mehrwert zu erklären. Ein solcher existiert, wenn sich zwischen dem Wert der im Produktionsprozeß verbrauchten Produktionsmittel sowie dem Wert der eingesetzten Arbeitskraft auf der einen und dem Wert der produzierten Waren auf der anderen Seite eine Differenz ergibt. Bezeichnet man den Wert der eingesetzten Produktionsmittel als *Vorleistungen*, wie dies in der volkswirtschaftlichen Statistik üblich ist, so bedeutet dies, daß die Arbeitskraft über denjenigen Zeitpunkt hinaus konsumiert werden muß, an dem sie den Wert der Vorleistungen kompensiert sowie ihren eigenen Wert reproduziert hat:

„Daß ein halber Arbeitstag nötig, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert den Arbeiter keineswegs, einen ganzen Tag zu arbeiten. *Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen.*“ [Hervorh. v.m., N.F.] (23: 208)

Ein Produktionszeitraum, z.B. ein Arbeitstag, zerfällt damit in zwei Teile. Im ersten Teil wird eine hinreichend große Warenmenge produziert, um die Vorleistungen zu kompensieren und den Wert der eingesetzten Arbeitskraft zu reproduzieren. Man könnte dies auch als *notwendige Arbeit* bezeichnen. Sie stellt insofern eine Notwendigkeit dar, als daß ohne sie ein ökonomischer Substanzverlust eintritt. Der zweite Teil läßt sich demzufolge als *Mehrarbeit* auffassen, da in diesem Zeitraum mehr Arbeit geleistet wird, als man zur ökonomischen Substanzerhaltung benötigt (vgl. auch 23: 230). Durch diese Mehrarbeit entsteht der Mehrwert, d.h. erstere bildet den Inhalt und letzterer die zugehörige soziale Form. Der betriebliche Gewinn wiederum läßt sich als eine Erscheinungsform des Mehrwerts m verstehen.¹ Er besteht aus der Differenz zwischen der gesamten betrieblichen Wertschöpfung t eines Zeitraums, dem Wert der

¹Dieser Zusammenhang wird durch die makroökonomische Perspektive des Kapitels 4.2.3 vertieft.

hierbei verbrauchten Produktionsmittel, d.h. der Vorleistungen s , und der eingesetzten Lohnsumme l_s . Es gilt also: $m = t - s - l_s$. Man kann den Mehrwert m daher auch als betriebliche *Netto-Wertschöpfung* bezeichnen.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: angenommen, der Tageswert einer eingesetzten Arbeitskraft beträgt 10 GE. Weiterhin sei unterstellt, daß durch den Konsum der Arbeitskraft pro Stunde eine Warenmenge im Wert von 10 GE produziert wird, die Arbeiter hierzu allerdings Produktionsmittel im Wert von 5 GE verbrauchen. Die Länge des Arbeitstages betrage 5 Stunden. Damit es einen Mehrwert gibt, muß die Arbeitskraft eine Warenmenge produzieren, der ein größerer Wert als den Vorleistungen und der eingesetzten Arbeitskraft zukommt. Dies ist nach zwei Stunden der Fall. Nach diesen zwei Stunden endet damit die notwendige Arbeit und es beginnt die Mehrarbeit. Die gesamte Wertschöpfung des Tages t beträgt 50 GE, die Vorleistungen s betragen 25 GE und die Lohnsumme l_s beträgt 10 GE. Für den Mehrwert gilt damit: $m = 50 \text{ GE} - 25 \text{ GE} - 10 \text{ GE} = 15 \text{ GE}$. Abbildung 8 gibt einen Überblick über diesen Zusammenhang.

Zeit	t	s	l_s	$m = t - s - l_s$
1. h	10 GE	5 GE	10 GE	0 GE
2. h	10 GE	5 GE	0 GE	0 GE
3. h	10 GE	5 GE	0 GE	5 GE
4. h	10 GE	5 GE	0 GE	5 GE
5. h	10 GE	5 GE	0 GE	5 GE
$\sum 5 h$	$\sum 50 \text{ GE}$	$\sum 25 \text{ GE}$	$\sum 10 \text{ GE}$	$\sum 15 \text{ GE}$

Abbildung 8: Die Produktion des Mehrwerts.

Die Marx'sche Analyse des Kapitalwerts als ein Verwertungsprozeß setzt damit zwingend die Existenz der *Lohnarbeit* voraus. Werttheorie läßt sich im Marx'schen Sinne ohne die Kategorie des Kapitals und der Lohnarbeit nicht denken. Sie kann daher zugleich als *Arbeitswerttheorie* wie auch als *Kapitalwerttheorie* bezeichnet und als solche jenseits der KPW nicht begründet werden (Brentel 1989: 263-266). Wichtig ist in diesem Zusammenhang insbesondere, daß der Kapitalverwertungsprozeß, also die Mehrwertproduktion, sich auf der Basis des Äquivalententauschprinzips vollzieht. Alle im Produktionsprozeß eingesetzten Leistungen werden zu ihrem Wert bezahlt, d.h. die reine Existenz eines positiven Mehrwerts – und damit des unternehmerischen Gewinns – ist gerade *kein Beleg* für eine „ungerechte“ Bezahlung oder gar für ein „ausbeu-

terisches“ Arbeitsverhältnis. Im Gegenteil: Die Arbeitskraft wird ihrem Wert gemäß bezahlt und damit das Recht erworben, ihren Gebrauchswert in dem Rahmen zu konsumieren, den die gesellschaftlichen Moral- und Kräfteverhältnisse ermöglichen. Sieht man von dieser Ausnahmestellung in der Wertbestimmung ab, ist sie eine Ware wie jede andere auch. Weder ihr Erwerb noch ihr Gebrauch treten daher in einen grundsätzlichen Konflikt mit den üblichen bürgerlichen Tausch- und Moralkriterien.¹ Vom einem solchen Standpunkt aus gesehen, geschieht dem mehrwertproduzierenden Arbeitskraftbesitzer durchaus kein Unrecht:

„Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft bezahlt; ihm gehört daher ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauchswert während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tauschwert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer.“ (23: 208)

4.2.2 Konstantes und variables Kapital

Um die Mechanismen der Mehrwertproduktion in einer größeren Präzision darzustellen, als dies mit der bisherigen Argumentation möglich ist, entwickelt Marx die Kategorien des *gesamten*, des *konstanten* und des *variablen* Kapitals (23: 214-225). Das gesamte Kapital besteht zum einen aus dem konstanten Kapital, welches sich auf alle Hilfsmittel eines Produktionsprozesses bezieht, die in eben diesem Produktionsprozeß ihren Wert nicht verändern. Anders formuliert, umfaßt es die Menge der verwendeten Produktionsmittel, denn diese verändern ihren Wert während der Produktion nicht, sondern „übertragen“ ihn auf das endgültige Produktionsergebnis.² Auf der anderen Seite beinhaltet das gesamte Kapital ebenfalls das variable Kapital, welches seinen Wert im Produktionsprozeß verändert, d.h. es reproduziert seinen eigenen Wert und schafft darüber hinaus gegebenenfalls einen Mehrwert. Es handelt sich bei dem variablen Kapital also um die gesamte Lohnsumme l_s , die für den Konsum der eingesetz-

¹Daher geht die wohlgemeinte Forderung, Arbeitskraft nicht wie eine beliebige Ware zu behandeln, an der Sache vorbei. Die Arbeitskraft *ist* eine Ware und kann unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen auch nichts anderes sein. Das allseitige Gerede von der notwendigen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (sic!) trägt ausreichend Zeugnis davon.

²Ein Phänomen, daß der bürgerlichen Ökonomie unter den Stichworten „Abschreibungen“ und „Vorleistungen“ bekannt ist.

ten Arbeitskraft gezahlt werden muß. Bezeichnet man, wie Marx dies tut, das Gesamtkapital als C , das konstante Kapital als c , das variable Kapital als v so ergibt sich: $C = c + v$ (23: 226). Symbolisiert man wie bisher den Mehrwert mit m und den produzierten Gesamtwert einer betrieblichen Produktionsperiode mit t , so erhält man: $t = C + m = c + v + m$.

Auf das Beispiel des vorherigen Abschnitts (vgl. S. 69) übertragen, ergibt sich die folgende Gleichung:

$$(4.1) \quad \underbrace{50t}_{\text{Gesamtwert}} = \underbrace{25c}_{\text{konstantes Kapital}} + \underbrace{10v}_{\text{variables Kapital}} + \underbrace{15m}_{\text{Mehrwert}}$$

Gesamtkapital C

Gleichung (4.1) wirkt auf den ersten Blick unproblematisch und vor dem Hintergrund der verbalen Umschreibung des Mehrwertphänomens durchaus plausibel. Dennoch ist sie logisch nicht haltbar. Um dies zu erkennen, muß man sich verdeutlichen, auf welcher analytischen Ebene diese Gleichung liegt. Sie dient auf der einen Seite dazu, die Mehrwertproduktion zu beschreiben, d.h. sie beschreibt den Produktionsprozeß der KPW. Auf der anderen Seite werden Kapitalphänomene beschrieben, d.h. Wert bereits in seiner Kapitalform vorausgesetzt. Es ist daran zu erinnern, daß Kapital von Marx als ein formwechselnder Prozeß von Geld- und Warenkapital bestimmt wird (vgl. S. 63). Dies bedeutet aber, daß die verschiedenen Wertanteile t , c , v und m der Gleichung *zwingend* in ihrer *Geldform*, d.h. in GE, ausgedrückt werden müssen. Die Notwendigkeit der Wertdarstellung in GE folgt auch unmittelbar daraus, daß der Wert sich an der dazugehörigen Ware nicht selbständig ausdrücken läßt. Wie die Wertformanalyse ergeben hat, muß es ein allgemeines Äquivalent zur Wertdarstellung geben. Zwar kann man prinzipiell von dieser Notwendigkeit aus analytischen Gründen abstrahieren – z.B. um sie überhaupt ableiten zu können –, auf dem jetzigen Entwicklungsstand der Marx'schen Darstellung käme dies jedoch einem theoretischen Rückschritt auf die Ebene des ersten und zweiten Abschnitts des ersten Kapitels des *Kapitals* gleich. Darstellungen vom Typ der Gleichung (4.1) dürfen daher nicht als prämonetäre Bestimmung aufgefaßt werden, auch wenn Marx selbst nicht immer eine GE verwendet (z.B. 23: 227, 232).

Holt man diese Definition jedoch nach, so ergibt sich ein neues Problem. Denn

bekanntlich realisiert sich der Wert – und damit auch der Mehrwert m – erst in bzw. durch die Zirkulationssphäre, ist also zum Zeitpunkt der Produktion nur „latent“ vorhanden. Dies wurde ausführlich in den Abschnitten 2.2 und 2.3.1 diskutiert. Er kann daher *in der Produktionssphäre* nicht zum gleichen Zeitpunkt und in der gleichen Recheneinheit wie c und v dargestellt werden, denn diese haben die Zirkulationssphäre zum Zeitpunkt der Produktion bereits als wert- bzw. preisbestimmte Waren verlassen. Schon aufgrund der Notwendigkeit der Bildung korrekter Recheneinheiten läßt sich m lediglich als dimensionsloser Parameter symbolisch „andeuten“.¹ Eine solche Klärung fehlt leider im Marx’schen Original. Dies leistet der Interpretation Vorschub, den Wert als prämonetäre Substanz zu verstehen, die der Ware bereits im Produktionsprozeß zugefügt wird.²

Um die geschilderten logischen Probleme zu umgehen und ein „substantialistisches Mißverständnis“ zu vermeiden, erscheint die Entwicklung einer modifizierten Schreibweise angebracht (vgl. Helmedag 1999: 69): Sei j irgendeine produzierte Ware und p_j ihr Preis. Der Einfachheit halber sei unterstellt, daß pro Produktionszyklus lediglich eine Mengeneinheit von j produziert werden kann, die gesamte Wertschöpfung sich also in einer einzigen Ware verkörpert. Man benötigt zur Produktion n Produktionsmittel, a_{ij} ist hierbei die Menge a des i -ten Produktionsmittels, die bei der Herstellung einer Mengeneinheit von j verbraucht wird. Für a_{ij} ist der Preis p_i zu zahlen, die Einheit von p sei GE. Die vom Unternehmer zur Produktion von j gekaufte Arbeitskraft sei a_{0j} , gemessen in h , l sei der Lohnsatz, den er für eine Stunde Lohnarbeit zahlen muß. Die Einheit von l ist damit GE/h . Mit Hilfe dieser Vereinbarungen läßt sich die Marx’sche Darstellung in Gleichung (4.1) in die folgende, präzisere Darstellung bringen:

¹Vgl. zum Problem des Gewinns und seiner Darstellung in einer logisch konsistenten Rechengröße auch die Erläuterungen von Helmedag (1999: 72-76).

²Dies entspricht der bereits erwähnten „Pfannkuchentheorie“ (vgl. S. 29, Fn. 1). Vermeidet man den Fehler einer solchen Wertauffassung, so stellt sich auch das berüchtigte „Transformationsproblem“ (vgl. hierzu Helmedag 1994: 182-186 oder Heinrich 2001: 267-271), d.h. die Transformation von prämonetären Werten in Produktionspreise, nicht. Denn in einer „nicht-substantialistischen“ Wertauffassung existiert nirgendwo ein prämonetärer Wert, der diesbezüglich transformiert werden müßte oder könnte (Heinrich 2001: 277-284).

$$\begin{aligned}
 \underbrace{p_j}_t &= \underbrace{a_{1j}p_1 + a_{2j}p_2 + \dots + a_{nj}p_n}_c + \underbrace{a_{0j}l}_v \underbrace{(1 + \tau)}_m \\
 (4.2) \qquad &= \sum_{i=1}^n a_{ij}p_i + a_{0j}l(1 + \tau)
 \end{aligned}$$

In dieser reformulierten Gleichung werden lediglich Geldeinheiten addiert, also Waren, deren Wert sich durch einen Kauf bereits realisiert hat. Daß das Endprodukt j , gemessen in GE, eine größere Wertmenge verkörpert als das zu seiner Produktion verausgabte konstante und variable Kapital, ist an dem dimensionslosen Parameter τ zu erkennen. Mathematisch gesehen, wird $a_{0j}l$ durch eine Multiplikation mit τ vergrößert, wenn $\tau > 0$. Ökonomisch bedeutet dies eine Wertschöpfung über den ursprünglichen Wert der Arbeitskraft hinaus. Ein positiver Betrag von τ korrespondiert daher mit der Leistung von Mehrarbeit. Gilt hingegen, daß $\tau = 0$, so wird lediglich die notwendige Arbeit verrichtet, mithin also kein Mehrwert produziert. Bei einem negativen τ findet nicht einmal die notwendige Arbeit statt, es tritt also ein ökonomischer Substanzverlust ein. Abbildung 9 faßt dieses Ergebnis zusammen.

Betrag von τ	Mehrwert	Mehrarbeit	notwendige Arbeit
$\tau > 0$	Ja	Ja	Ja
$\tau = 0$	Nein	Nein	Ja
$\tau < 0$	Nein	Nein	Nein

Abbildung 9: Die Bedeutung des Mehrwertparameters τ .

Der Mehrwertparameter τ läßt sich problemlos näher bestimmen. Denn aus (4.2) folgt unmittelbar, daß

$$\tau = \frac{p_j - \sum_{i=1}^n a_{ij}p_i}{a_{0j}l} - 1 = \frac{t - c}{v} - 1$$

Überträgt man dieses Ergebnis auf das obige Zahlenbeispiel, so erhält man für τ einen Betrag von $\frac{3}{2}$, denn es gilt: $25 \text{ GE} + 10 \text{ GE} \left(1 + \frac{3}{2}\right) = 50 \text{ GE}$. Ließe sich die Ware j tatsächlich zum Preis von 25 GE verkaufen, so würde sich ein Mehrwert m von $10 \text{ GE} \left(1 + \frac{3}{2}\right) - 10 \text{ GE} = 15 \text{ GE}$ ergeben.

Nachdem nun das grundsätzliche „Geheimnis der Plusmacherei“ (23: 189) gelüftet wurde, bleibt noch eine weitere Frage der Mehrwertproduktion zu beantworten. Bekanntlich läßt sich der Wert nur als Kapitalverwertungsprozeß denken, wobei die Verwertung selbst auf die Leistung von Mehrarbeit zurückzuführen ist. Bisher verblieb dieser Prozeß statisch, d.h. die „Rate“ der Kapitalverwertung bzw. der Mehrarbeit bleibt auf der Basis der bisherigen Darstellung konstant, z.B. bringt jeder Produktionszyklus einen Mehrwert von 15 *GE* hervor. Ein seiner Natur nach unbegrenzter Verwertungsprozeß müßte aber eine dynamische Kapitalverwertung hervorbringen, d.h. eine Verwertung, die sich selbst auf immer höherem Niveau reproduziert. Wäre dem nicht so, würde mit jeder produzierten Warenmasse die Verwertungsrate in bezug auf das bereits vorhandene Kapital sinken. Von einem Verwertungsprozeß kann man in einem solchen Fall nicht sinnvoll sprechen. Hinzu kommt, daß ein Unternehmen in aller Regel einer sinkenden Kapitalverwertungsrate – d.h. einem sinkenden τ – nicht lediglich durch Absatzerhöhungen entgegenwirken kann, denn weder Marktanteile noch die Nachfrage nach einem Produkt lassen sich beliebig steigern. Es bleibt also zu untersuchen, wie man die Kapitalverwertung kontinuierlich erhöhen kann.

Zur Beantwortung dieser Frage scheint eine erneute Betrachtung der Gleichung (4.2) angebracht. Wie bereits erläutert wurde, bildet der Term $a_{0j}l(1 + \tau)$ die Grundlage der Kapitalverwertung. Will ein Unternehmer diese steigern, so ist hier anzusetzen. Denn wenn $m_1 > m_2$ gelten soll, so muß auch $[a_{0j}l(1 + \tau)]_1 > [a_{0j}l(1 + \tau)]_2$ gelten. Hierzu existieren prinzipiell zwei Möglichkeiten. Zum einen läßt sich der Betrag von τ erhöhen, dies entspricht ökonomisch einer Verlängerung des Arbeitstages, d.h. einer reinen Erhöhung der geleisteten Mehrarbeit. Zum anderen kann sich $a_{0j}l$ verringern, so daß die Zeitdauer der notwendigen Arbeit sinkt, in der die Arbeitskraft ihren eigenen Wert v reproduziert. Dies ist dann der Fall, wenn sich der Wert der Arbeitskraft allgemein vermindert, also z.B. bestimmte Nahrungsmittelpreise aufgrund eines Produktivitätsfortschritts in der entsprechenden Branche sinken.¹ Weiterhin kann $a_{0j}l$ auch dadurch ver-

¹Hier muß beachtet werden, daß ich in meiner Darstellung immer unterstelle, daß der Preis einer Ware ausschließlich durch die Bedingungen ihrer Wertproduktion bestimmt wird. Tatsächlich kann, schon aufgrund inflationärer Tendenzen, der Wert einer Ware sinken, ohne daß gleichzeitig ihr Preis sinkt. Dies gilt auch für den Wert der Arbeitskraft. Da Inflation aber ein Phänomen verkörpert, daß im statistischen Mittel für alle Waren gilt, ist im Falle der Arbeitskraft zugleich auch der Preis der von ihr produzierten Wertmasse inflationär erhöht. Es läßt sich daher annehmen, daß beide Effekte sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene statistisch aufheben. Die Annahme der ausschließlich wertbestimmten Preise läßt sich somit aufrecht erhalten. Zudem müßten im Zusammenhang einer wert-

ringert werden, daß ein Unternehmer aufgrund von Produktivitätsfortschritten bei gleichbleibender Produktionsmenge weniger Arbeitskräfte einsetzen muß, d.h. durch die Substitution von variablem durch konstantes Kapital. Üblicherweise bezeichnet man dies als *Rationalisierungen*. Allgemein läuft diese Möglichkeit also auf die Verringerung des eingesetzten variablen Kapitals v hinaus. Beide Veränderungsmöglichkeiten können gleichzeitig auftreten.

Die erste Möglichkeit einer Steigerung der Kapitalverwertung, nennt Marx die Erhöhung des *absoluten* Mehrwerts, während er die zweite eine Erhöhung des *relativen* Mehrwerts nennt (23: 334). Die beiden Attribute „absolut“ und „relativ“ beziehen sich hier auf die Größe der gesamten produzierten Wertmenge t . Bleibt diese bei gestiegenem m konstant, so hat sich m aufgrund einer Verringerung von v erhöht, d.h. relativ zum produzierten Gesamtwert t und zum konstanten Kapital c ist v gesunken. Steigert sich hingegen nicht nur m , sondern auch t , so liegt eine absolute Änderung vor. In diesem Fall wurde ein größerer Mehrwert durch ein größeres, d.h. absolut gestiegenes, Produktionsergebnis erzielt. Bei einer absoluten Steigerung des Mehrwerts ändert sich weiterhin die notwendige Arbeit nicht, da der zu reproduzierende Wert der Arbeitskraft konstant bleibt. Anders bei einer relativen Mehrwertsteigerung: da hier die Lohnkosten sinken, sinkt auch die notwendige Arbeitszeit, in der der Wert der eingesetzten Arbeitskraft reproduziert wird. Man kann diese Zusammenhänge auch anhand des Mehrwertparameters τ verdeutlichen: Eine absolute Mehrwertsteigerung liegt vor, wenn τ bei konstantem $a_{0j}l$ – d.h. gleichbleibenden Lohnkosten – steigt. Eine relative Mehrwertsteigerung liegt hingegen vor, wenn τ steigt und $a_{0j}l$ sinkt, denn die relative Erhöhung des Mehrwerts impliziert bekanntlich die Verbilligung der eingesetzten Arbeitskraft. In diesem Fall muß das Wachstum von τ das Sinken von $a_{0j}l$ überkompensieren, da ansonsten der zu realisierenden Mehrwert tatsächlich gesunken ist (vgl. Abbildung 10).

Mehrwertsteigerung	Betrag von τ	Lohnkosten	Mehrarbeit	notwendige Arbeit
absolut	steigt	konstant	steigt	konstant
relativ	steigt	sinken	steigt	sinkt

Abbildung 10: Absolute und relative Mehrwertsteigerung.

theoretischen Betrachtung inflationäre Tendenzen nicht anhand der Kaufkraft des Geldes, sondern der Kaufkraft einer Lohnminute dargestellt werden (vgl. Helmedag 1994: 327).

Es soll an dieser Stelle besonders betont werden, daß sowohl absolute als auch relative Mehrwertsteigerung eine *strukturelle Notwendigkeit* bilden, die aus der prozessuralen Kapitalwertform der bürgerlichen Vergesellschaftung entsteht. Beide Phänomene sind nicht in der Psyche oder dem Charakter der „Kapitalisten“ zu begründen. Zwar mag es „gierige“ und „egoistische“ Unternehmer geben, der grundsätzlichen Notwendigkeit einer funktionierenden Kapitalverwertung – sprich: der unternehmerischen Gewinnmaximierung – kann sich unter den Bedingungen einer kapitalistischen Ökonomie jedoch kein Unternehmer entziehen (vgl. 23: 618). Die real stattfindenden Akkumulationstendenzen – z.B. der produktivitätsbedingte Wegfall mehrwertschaffender Arbeitsplätze oder die vielfältigen, gegenwärtigen Flexibilisierungsforderungen – finden daher in der Struktur der KPW ihren theoretischen Ausdruck.¹ An dieser Stelle kann somit festgestellt werden, daß zwischen der Kapitalverwertung und den Lohneinkommen ein struktureller Gegensatz besteht (Helmedag 1999: 88).

Es bleibt daher eine dritte zentrale Leistung der Marx'schen Werttheorie festzuhalten (vgl. auch S. 49 und S. 65): Der *Mehrwert* bildet die Quelle der *Kapitalverwertung*. Dies wiederum setzt die Leistung von *Mehrarbeit* voraus, d.h. zur Mehrwertproduktion benötigt man *Lohnarbeit*, welche über den Punkt hinaus konsumiert wird, an dem sie ihren eigenen Wert bereits reproduziert hat.

4.2.3 Die Mehrwertproduktion auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

Die bisherige Darstellung der Mehrwertproduktion beschränkte sich auf die betriebliche, d.h. einzelwirtschaftliche, Ebene. Jedes der besprochenen Momente der KPW läßt sich jedoch auch zu einer gesamtwirtschaftlichen Ebene aggregieren. Die Frage nach der Quelle des Mehrwerts, also letztlich des unternehmerischen Gewinns, wird dann zu der Frage nach der gesamten Wertschöpfung einer Gesellschaft, d.h. des Volkseinkommens und seiner Verteilung auf die unterschiedlichen sozialen Klassen. Zur Beantwortung dieser Frage sollen zunächst die zentralen Marx'schen Kategorien der Mehrwertproduktion auf einer gesamtwirtschaftlichen Ebene zusammengefaßt werden. Zugleich möchte ich die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) üblichen Begriffe und Größen einführen.² Zwar unterscheiden sich diese von der Marx'schen Termi-

¹Auf diesen Aspekt wird im Abschnitt 5.2 noch zurückzukommen sein.

²Die verwendeten Termini entsprechen den Bezeichnungen vor der Einführung der Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier ergäbe sich z.B. statt

nologie, sind aber grundsätzlich mit ihr kompatibel.

Es sei angenommen, daß es n Unternehmen gibt, deren jeweilige Wertschöpfung t_n zu aggregieren ist. Der gesellschaftliche Bruttoproduktionswert T_B einer bestimmten Periode bestimmt sich dann durch die Summe aller t_n , d.h. $T_B = \sum_{i=1}^n t_i$. Die einzelwirtschaftlichen Kapitalbestandteile c , v und m der n Unternehmen werden analog zu den aggregierten Größen C_a , V und M addiert.¹ Anstatt die aggregierten Produktionsmittel C_a zu ermitteln, kann man auch, wie in der VGR üblich, die aggregierten Vorleistungen S bilden. Dann muß aber beachtet werden, daß man zwischen dem Wert der Produktionsmittel C_{a1} und ihrer Wertübertragung C_{a2} auf den Bruttoproduktionswert T_B – d.h. der gesamtwirtschaftlichen Summe der betrieblichen Abschreibungen – unterscheidet.² C_a zerfällt somit in die beiden Bestandteile C_{a1} und C_{a2} , wobei $C_{a1} = S$. Weiterhin muß man beachten, daß hier insgesamt eine ex-post-Aggregation aller Größen vorliegt, der gesamtwirtschaftliche Mehrwert M sich also bereits realisiert hat. Anders als bei der Darstellung des betrieblichen Mehrwerts m lassen sich auf der Aggregatebene daher alle Größen in GE angeben.

Der gesamte Bruttoproduktionswert T_B einer Gesellschaft besteht aus der Summe der gesellschaftlichen Kapitalbestandteile C_a , V und M (vgl. hierzu Abbildung 11 auf S. 78).³ Wie zuvor auf der betrieblichen Ebene auch, zerfällt T_B in einen „alten“, also lediglich übertragenen, Wert $T_{\bar{U}}$ und einen „neu“ produzierten Wert, der demzufolge die Nettowertschöpfung T_N darstellt. T_N bildet den realen stofflichen Reichtum einer Gesellschaft ab, der zur Verteilung auf die sozialen Klassen zur Verfügung steht. Es ergeben sich die Zusammenhänge:

des BSP das Bruttonationaleinkommen. Auf den dargestellten Inhalt hat dies jedoch keinen Einfluß.

¹Das aggregierte konstante Kapital C_a erhält den Index a , um eine Verwechslung mit dem betrieblichen Gesamtkapital C zu vermeiden.

²Streng genommen müßte man auch noch zwischen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen und sonstigen Abschreibungen unterscheiden. Da nur die ersteren eine Wertübertragung im Marx'schen Sinne darstellen, kann auf die Berücksichtigung der letzteren an dieser Stelle jedoch verzichtet werden.

³Die jeweiligen Flächeninhalte in Abbildung 11 sagen nichts über die tatsächlichen Relationen der verwendeten Größen untereinander aus, sondern sind allein dem Bestreben nach einer anschaulichen Darstellung zuzuschreiben. Daß also die zu E_U gehörende Fläche kleiner ist als die von E_{SV} besagt nicht, daß die Summe der Lohneinkommen geringer ist als die Summe der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Dies wäre in der Tat empirisch falsch. In diesem Zusammenhang möchte ich außerdem an die mathematische Umschreibung der abstrakten Arbeit erinnern (vgl. S. 26). Denn die Bruttowertschöpfung T_B ist nichts anderes als der Flächeninhalt der Menge \mathcal{A} , d.h. der Menge der gesellschaftlich gleichgesetzten Arbeit – allerdings auf einer weiter fortgeschrittenen Ebene der Analyse.

NSP bildet das um die Abschreibungen bereinigte BSP. Betrachtet man nicht die Entstehungs-, sondern die Verteilungsseite des NSP, so stellt es sich als die Summe der Einkommen aus unselbständiger Arbeit E_U und den Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen E_{SV} dar. Von statistischen Feinheiten abgesehen, entspricht das NSP somit dem Volkseinkommen, d.h. dem monetären Reichtum einer Gesellschaft. Es gelten somit die beiden Gleichungen:

$$(4.5) \quad BSP = T_B - S = V + M + C_{a2}$$

$$(4.6) \quad NSP = BSP - C_{a2} = V + M = E_U + E_{SV}$$

Es zeigt sich, daß die Marx'sche Werttheorie zu einer gesamtwirtschaftlichen *Wertschöpfungstheorie* erweitert werden kann. Sie eignet sich daher nicht nur zur Erklärung einzelwirtschaftlicher Phänomene, sondern kann zudem die Entstehung der Größen der VGR erklären. Jede dieser Größen läßt sich im Marx'schen Sinne als konstantes oder variables Kapital bzw. als Mehrwert interpretieren. Oberflächlich betrachtet scheint es zwar so, daß die unterschiedlichen konkreten Erscheinungsformen des Mehrwerts, z.B. Gewinne, Zinsen und Dividenden, aus unterschiedlichen ökonomischen Quellen stammen. Aber dem ist nicht so: Die einzelnen Bestandteile von E_{SV} ergeben sich als unterschiedliche Erscheinungsformen des gesamtwirtschaftlichen Mehrwerts M und basieren demnach alle auf einer einzigen ökonomischen Quelle, nämlich der Mehrarbeit leistenden Lohnarbeit.

Diesen Zusammenhang gilt es besonders zu betonen: Eine gesellschaftliche Wertschöpfung entsteht *ausschließlich* auf der Basis menschlicher Arbeit. Die einzelnen Bestandteile von E_{SV} stellen somit lediglich eine bestimmte *Verteilung* von *Besitztiteln* auf den gesellschaftlichen Mehrwert dar (vgl. Hein 1997: 63f.). Deshalb kann der gesellschaftliche Reichtum als Ganzes durch Spekulations- oder Zins- bzw. Dividendeneinkommen auch nicht erhöht werden. Hier werden lediglich Rechtsansprüche auf einen bestimmten Anteil des gesellschaftlichen Mehrwerts M *umverteilt*, ohne daß diesem Vorgang eine reale Wertschöpfung zukommt. Aktien z.B. sind kein „Kapital“, sondern lediglich

handelbare Rechtstitel auf einen bestimmten Teil von M . Sie besitzen daher auch keinen Wert, wenngleich ihr Verkauf das Einkommen einer *einzelnen Person* erhöhen kann. Dann ist aber im Gegenzug das Einkommen (mindestens) einer anderen Person um exakt den gleichen Betrag gefallen, d.h. per Saldo haben sich die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen E_{SV} nicht erhöht, sondern setzen sich nun lediglich bezüglich der Verteilung ihrer einzelnen Bestandteile anders zusammen. Auch hier gilt: Zirkulationsakte bilden keinen Wert, sie können lediglich bereits bestehende Werte umverteilen (vgl. Heinrich 2001: 295f.).

Die übliche Vorstellung der wertschöpfenden Produktionsfaktoren „Arbeit, Boden und Kapital“ läßt sich daher auf der Grundlage der Marx’schen Theorie nicht aufrechterhalten. Denn „Geld“ oder „Kapital“ „arbeiten“ nicht, sie „erwirtschaften“ auch keine Rendite.¹ Vielmehr stellen diese vermeintlich selbständigen, scheinbar durch Dinge verursachten Anteile der gesellschaftlichen Wertschöpfung nur unterschiedliche *Erscheinungsformen* des Mehrwerts, also menschlicher Mehrarbeit, dar. Eine ideologisierte Sichtweise der gesellschaftlichen Wertschöpfung qua „Produktionsfaktoren“,² die neuerdings um den Faktor „Wissen“ ergänzt wird, wurde von Marx im dritten Band des *Kapitals* als „trinitarische Formel“ überaus bissig kommentiert:

„Im Kapital – Profit, oder noch besser Kapital – Zins, Boden – Grundrente, Arbeit – Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnis-

¹Eine solche Lehre wurde von Otto Conrad als die „Todsünde der Nationalökonomie“ (Conrad 1934: 11) bezeichnet. Niemand käme auf die Idee, daß eine Geige „geigt“ oder ein Fernrohr „sieht“. Produktionsmitteln aber werde zur Verklärung der gesellschaftlichen Wertschöpfung eine eigenständige Leistung zugeordnet (ebd.: 5).

²Eine weitergehende Beschäftigung mit der sogenannten „Produktionsfaktorenlehre“ (vgl. hierzu Hofmann 1971a: 86-94) führt an dieser Stelle sicherlich zu weit. Es sei daher nur kurz darauf verwiesen, daß hier eine technologische Notwendigkeit (in jedem Produktionsprozeß braucht man Produktionsmittel) zur Legitimierung eines sozialen Verhältnisses (Privateigentum an Produktionsmitteln und der hierauf basierenden Einkommen) umgedeutet wird. Eine detaillierte Kritik dieser Lehre findet sich, wie erwähnt, bei Conrad (1934: 4-12) und darüber hinaus bei Freimann (1979: 48-74). Von dieser Kritik ist auch der zunehmend in Mode kommende Produktionsfaktor „Wissen“ betroffen. Bei dieser neuen „Faktorbildung“ fällt es allerdings schwer, nicht polemisch zu werden. So z.B., wenn man bei Willke (1997: 15) liest, daß „Wissen längst höhere Investitionsrenditen abwirft als Kapital.“ Weder „Kapital“ noch „Wissen“ „werfen“ irgend etwas ab – wie auch? Nur Menschen können etwas tun, z.B. im Primärsektor derart produktiv arbeiten, daß der sekundäre und insbesondere der tertiäre Sektor einer Gesellschaft mitsamt den beschriebenen Folgen stetig wachsen kann (vgl. hierzu ebd.: 16).

se mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben.“ (25: 838)

5 Zur gegenwärtigen Bedeutung der Marx'schen Werttheorie

5.1 Das moderne Geldsystem

Nachdem die Marx'sche Werttheorie als *monetäre Theorie* und hierauf aufbauend die Geldfunktionen dargestellt wurden, soll nun die Überprüfung folgen, inwieweit diese Konzeption in der Lage ist, das gegenwärtige Geldsystem konsistent zu erfassen. Solche Diskussionen über das Marx'sche Geldverständnis und das jeweilige, tatsächliche Geldsystem sind keineswegs neu. Backhaus (1997: 73f.) berichtet von Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten „Metallisten“ und „Nominalisten“, die bereits zur Zeit von Kautsky und Hilferding ausgefochten wurden. Die „Metallisten“ vertraten hierbei die Ansicht, der Marx'sche Geldbegriff sei an die Existenz von Gold, also einer Geldware, gebunden, während die „Nominalisten“ diese Auffassung verneinten. Die „nominalistische“ Position konnte hierbei den offenkundigen Augenschein für sich in Anspruch nehmen, daß reales Geld keineswegs an eine bestimmte Menge einer Geldware, z.B. Gold, gebunden ist, sondern es vielmehr *Kreditgeldschöpfungen* gibt, die von einer solchen Ware unabhängig sind.¹

Diese alte Debatte umreißt ein heute noch aktuelles Problem der Marx'schen Geldableitung: Erfordert die Marx'sche Werttheorie die Existenz einer *Geldware* bzw. muß es eine *Ware* sein, auf der das Geld basiert? Wenn ja, käme man als Anhänger der Marx'schen Theorie in Erklärungsnot. Denn für das heutige internationale Geldsystem gilt seit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods der oben erwähnte Kreditschöpfungsmechanismus in umfaßender Weise. Heutzutage besteht die Geldmenge, welche die Zentralbank in Umlauf bringt, vollständig aus einem Kreditgeld, dem keine „Deckung“ durch irgendeine reale Ware gegenübersteht. In ihrer Bilanz weist die Zentralbank dieses Geld als Passivposten aus, d.h. sie wird durch die Geldschöpfung ihr „eigener Schuldner“ (vgl. hierzu Dornbusch/Fischer 1995: 488-499). In Abschnitt 3.1.4 wurde hingegen gezeigt, daß die Marx'sche Wertformanalyse zur Geldform des Werts führt, die sich wiederum an einer ganz bestimmten Ware, z.B. Gold, festmacht. Marx bindet damit die Geldform an die grundsätzliche Existenz einer Geldware.

¹Ein diesbezügliches Beispiel ist die Schöpfung von *Giralgeld* über ein gewöhnliches Girokonto. Auch Offenmarktkäufe der Zentralbank sind z.B. formal, d.h. buchtechnisch, eine solche Schaffung von Kreditgeld.

Damit bleiben, soll die Marx'sche Theorie nicht verworfen werden, zwei Möglichkeiten der Problemlösung:

Zum einen ließe sich der Standpunkt vertreten, daß das heutige Geldsystem zwar keine Geldware kennt, aufgrund seiner Krisenhaftigkeit grundsätzlich aber sehr wohl eine benötigt und daher die Menschen z.B. in Zeiten starker Geldentwertung auf *Geldsurrogate* zurückgreifen müssen. Es tritt in diesem Fall eine Rückentwicklung des Geldsystems von einem reinen Kreditgeld zu einer Geldware ein (Ganßmann 1996: 156-161). Diese Sichtweise läßt sich auch dadurch stützen, daß Marx durchaus erkannt hat, daß gewisse Geldfunktionen nicht an die Existenz einer Geldware gebunden sind, sondern vielmehr durch „Stellvertreter“, z.B. Papiergeld, abgelöst werden können:

„Die Ware, welche als Wertmaß und daher auch, *leiblich oder durch Stellvertreter*, als Zirkulationsmittel funktioniert, ist Geld. Gold (resp. Silber) ist daher Geld. Als Geld funktioniert es, einerseits wo es in seiner goldenen (resp. silbernen) Leiblichkeit erscheinen muß, daher als Geldware, also weder bloß ideell, wie im Wertmaß, noch repräsentationsfähig, wie im Zirkulationsmittel; andererseits wo seine Funktion, *ob es selbe nun in eigener Person oder durch Stellvertreter vollziehe*, es als alleinige Wertgestalt oder allein adäquates Dasein des Tauschwertes allen andren Waren als bloßen Gebrauchswerten gegenüber fixiert.“ [Hervorh. v. m., N.F.] (23: 143f.)

Zwar wird nicht gänzlich klar, welche Geldfunktionen Marx als „repräsentationsfähig“ betrachtet, offenkundig zählt er aber die Zirkulationsfunktion hinzu. Im Kontext des obigen Zitats (drittes Kapitel, dritter Abschnitt „Geld“) sowie der Bedeutungen der dort erläuterten Geldfunktionen läßt sich aber vermuten, daß auch die Schatzmittel- und die Zahlungsmittelfunktion des Geldes als repräsentationsfähig betrachten werden können (Heinrich 2001: 249). Weltgeld bezeichnet Marx dagegen explizit als „Barrenform der edlen Metalle“ (23: 156), so daß man diese Funktion nicht mit einem Stellvertreter in Verbindung bringen kann.

Solche Stellvertreter des Geldes, so ließe sich argumentieren, setzen sich im Laufe der Zeit so weit durch, daß eine Geldware de facto nicht mehr existiert. Das hieße, sie würden Geldfunktionen ausüben, die tatsächlich nur durch die Bindung des Geldsystems an eine Geldware hinreichend funktionsfähig wären. Hierdurch würde das Geldsystem dysfunktional und krisenanfällig.¹ Es käme

¹Eine solche Dysfunktionalität ist ganz offenkundig vorhanden. Man denke lediglich an die Finanzkrisen der letzten Jahre in Japan, Rußland, Brasilien und, erst kürzlich, in Argentinien. Ob diese Krisen alle durch den hier dargestellten Zusammenhang erklärt

somit zu Währungskrisen, gerade *weil* das Geldsystem losgelöst von einer Geldware existiert. Die Marx'sche Theorie beschreibt dann nicht das Geldsystem wie es *ist*, sondern wie es sein *müßte*.

Eine solche Position kann man m. E. nicht ganz von der Hand weisen, hat sie doch den Augenschein von fundamentalen Finanzkrisen der letzten Jahre für sich. Sie bleibt dennoch theoretisch unbefriedigend. Denn *wie* es möglich ist, und *warum* es geschieht, daß ein Geldsystem sich bis zur Dysfunktionalität von einer eigentlich benötigten Geldware entfernt, läßt sich mit der Marx'schen Theorie nicht erklären. Es bleibt ihren Anhängern lediglich die etwas „hilflos“ wirkende Versicherung, eine Geldware würde „eigentlich“ benötigt und bereits Marx habe dies erkannt. Weiterhin widerspricht diese Argumentation dem Marx'schen Anspruch, mit seiner Theorie „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“ (23: 15f.). Eine Erklärung des Kapitalismus' *schlechthin* – und nicht nur einer bestimmten kapitalistischen Epoche, die sich durch die Existenz einer Geldware auszeichnet – ist auf der Basis einer solchen Position jedoch nicht mehr möglich. Es muß daher, möchte man die Marx'sche Theorie nicht verwerfen, gezeigt werden, daß Marx Geld zwar an eine Geldware gebunden hat, dies jedoch nicht unmittelbar aus seiner Theorie folgt.

Diese zweite Strategie, das Geldwarenproblem zu lösen, verfolgt Heinrich (2001: 233-240). Er erkennt zunächst einmal an, daß Marx mit Hilfe der Wertformanalyse der Nachweis gelungen sei, daß der Wert einer Ware nicht an ihr selbst erscheinen kann. Hierzu bedarf es bekanntlich eines anderen Gegenstandes, der als Äquivalentenform dient. Heinrich bezweifelt aber nun, daß dieser Gegenstand *logisch zwingend* selbst eine Ware, d.h. ein Wertding, sein muß. Hierzu stellt er heraus, daß man den Marx'schen Begriff der Abstraktion sehr genau interpretieren muß. Denn wir haben es bei der „abstrakten Arbeit“ oder dem Geld als „abstrakten Reichtum“ nicht mit einer nominalistischen Begriffsbildung zu tun, wie es im Zusammenhang mit Abstraktionsbildungen üblicherweise der Fall ist. Im Gegenteil: Das, was Marx als „abstrakt“ bezeichnet, existiert auf derselben empirischen Ebene wie die konkreten Gegenstände selbst – es sind gewissermaßen „real existierende Abstraktionen“, die in der Form konkreter Gegenstände erscheinen. In der Erstauflage des *Kapitals* gibt Marx

werden können, sei allerdings dahingestellt.

am Beispiel der Leinwand, die ihm als Äquivalentenbeispiel dient, einen deutlichen Hinweis auf diesen Zusammenhang:

„In der Form III [d.h. die allgemeine Wertform, N.F.] [...] erscheint die Leinwand dagegen als die *Gattungsform* des Äquivalents für alle andern Waaren. Es ist, als ob neben und außer Löwen, Tigern, Hasen und allen andern wirklichen Thieren, die gruppirt die verschiedenen Geschlechter, Arten, Unterarten, Familien u.s.w. des Thierreichs bilden, auch noch *das Thier* existirte, die individuelle Incarnation des ganzen Thierreichs.“
(II/5: 37)

Gattungsformen sind aber normalerweise lediglich nominalistische Bestimmungen, die eine bestimmte Menge von Gegenständen zu einer gemeinsamen Gruppe zusammenfassen. Hier ist jedoch etwas anderes gemeint: indem ein bestimmter Gegenstand nicht aufgrund seiner konkreten, stofflichen Form eine Rolle spielt, sondern als Repräsentant einer abstrakten Bestimmung, wird diese zu einer „real existierenden Abstraktion“ und tritt allen anderen konkreten Gegenständen als *Inbegriff* der Gattung auf gleicher Stufe gegenüber. Auf das Geld übertragen bedeutet dies, daß irgendein Gegenstand als Repräsentant von Wert gilt und damit den Wertcharakter der Waren symbolisiert. Dadurch tritt „*das Thier*“ (ebd.) – nämlich der Wert – „allen andern wirklichen Thieren“ (ebd.) – den Waren – empirisch gegenüber.

Der „Clou“ von Heinrichs Argumentation läuft nun wie folgt: Wenn Geld eine reale Abstraktion der Arbeit verkörpert, dann kann *jeder* Gegenstand, dessen Naturalform diese Abstraktion symbolisiert, als ein *Geldzeichen* verstanden werden – unabhängig davon, ob dieser Gegenstand selbst eine Ware darstellt, oder nicht. Auch eine Geldware stellt in diesem Sinne lediglich ein Zeichen von Wert als solchem dar. Und die Funktion eines solchen Zeichens *kann* von einer Ware wahrgenommen werden, es *muß* jedoch nicht zwangsläufig eine Ware sein, die als Geld dient. Als wichtig festzuhalten bleibt lediglich, daß es überhaupt einen Gegenstand gibt, der als Geld gilt (Heinrich 2001: 235). Auf der Ebene der Wertformanalyse läßt sich dieses Problem nicht lösen, beide Möglichkeiten bleiben daher zunächst bestehen. Marx nahm, unter dem Augenschein der historischen Entwicklung und des damaligen Geldsystems, zwar an, daß Geld eine Ware sein müsse, logisch zwingend ist dieser Schluß indes nicht. Es läßt sich auf der Basis einer zur Kredittheorie ausgearbeiteten Werttheorie vielmehr begründen, daß in der KPW die Existenz eines reinen Zeichengeldes – wie es heute verwendet wird – als deutlich wahrscheinlicher betrachtet werden muß als die Bindung des Geldsystems an eine Geldware (Heinrich 2001: 303f.).

Die Möglichkeit eines reinen Wertzeichens, das keine Ware ist, folgt nicht bloß aus der Heinrich'schen Interpretation des Abstraktionsbegriffs. Marx selbst, darauf weist Heinrich (2001: 236) zu Recht hin, verknüpft zu Beginn der *Grundrisse* Geld keineswegs, wie später im *Kapital*, umstandslos mit einer Ware. Vielmehr nennt er Geld dort ein Symbol bzw. einen Repräsentanten der Arbeitszeit als solcher (II/1.1: 79). Die deutlichste Stelle, in der Marx die Möglichkeit eines reinen Zeichengeldes andeutet – zwar gleichsam en passant, weil in Klammern gesetzt, aber offensichtlicher als in den Sätzen zuvor –, wird von Heinrich jedoch übersehen (vgl. 2001: 236):

„(In fact wird die Waare, die als Mittler des Austauschs gebraucht wird, erst nach und nach in Geld verwandelt, in ein Symbol; sobald das geschehn ist, kann ein Symbol derselben sie selbst wieder ersetzen. [. . .])“
(II/1.1: 79)

Hier geht es nicht, wie im *Kapital*, um bestimmte Geldfunktionen, die von einem Stellvertreter wahrgenommen werden können. Die Analyse dieser Stellvertreter erfolgt in den *Grundrissen* erst nach der Erwähnung des Geldsymbols (ebd.: 80). Die Möglichkeit eines solchen Symbols bezieht sich daher auf das Geld an sich. Man sollte jedoch nicht übersehen, daß Marx auch an dieser Stelle der *Grundrisse* Geld im Grunde genommen immer als eine spezielle Ware begreift, so beispielsweise, wenn er eine Funktion des Geldes darin erkennt, daß dieses als „allgemeine Waare“ (ebd.) dient. Entscheidend bleibt jedoch, daß die bloße Möglichkeit eines reinen *Geldsymbols* hier überhaupt erwähnt wird.

Geht man nun davon aus, daß die Marx'sche Theorie nicht die Existenz einer Geldware impliziert, sondern mit dem modernen Kreditgeldsystem übereinstimmt, so ergibt hieraus jedoch eine Konsequenz für die Bestimmung der Geldmenge, die in einer Volkswirtschaft zirkulieren muß, damit alle Ware „zu ihrem Wert“ bezahlt werden können. Marx unterstellt, daß das Preisniveau einer Gesellschaft durch den Bezug der Waren auf den Wert einer speziellen Geldware bestimmt ist (23: 137f., vgl. auch S. 55). Wenn es aber keine Geldware gibt, durch deren Wert ein Preisniveau vorgegeben wird, so muß dieses durch Ursachen bestimmt sein, für die keine Marx'sche Ausarbeitung vorliegt, d.h. die Werttheorie in ihrer genuinen Fassung besitzt hier einen „blinden Fleck“. An dieser Stelle kann ich nur andeuten, daß sich diese theoretische „Lücke“ durch geeignete Annahmen über die Preissetzungsentscheidungen der Unternehmen „füllen“ läßt (Hein 1997: 50f.). Dies würde bedeuten, die Ebene der Wertkonstituierung der Waren mit einer Inflationstheorie zu verknüpfen, in der

man u.a. gesellschaftliche Verteilungskämpfe berücksichtigen muß – ein theoretisches Vorgehen, daß bezüglich einer „marxistischen“ Ökonomiekritik m. E. bisher noch nirgends systematisch erarbeitet wurde.

Es gilt daher festzuhalten: Die Marx'sche Geldableitung auf der Ebene der Wertformanalyse widerspricht nicht dem heutigen Kreditgeldsystem. Um dies zu erkennen, muß jedoch über das Marx'sche Verständnis seiner Theorie, zumindest der im *Kapital* dargestellten, hinausgegangen werden. Denn obwohl das theoretische Konzept selbst die Möglichkeit eines reinen Geldzeichens von Anfang an hergab, verblieb der Marx'sche Blick zu sehr demjenigen Geldsystem geschuldet, welches er selber noch beobachten konnte. Mit diesem Geldverständnis wird er jedoch der eigenen Intention, den Kapitalismus als epochenübergreifend zu analysieren, nicht gänzlich gerecht. Geht man daher an diesem Punkt über das genuin Marx'sche Verständnis hinaus, so tut dies der Gültigkeit seiner Theorie keinen Abbruch, sondern ermöglicht erst die Entwicklung einer dem gegenwärtigen Geldsystem adäquaten Geldtheorie.

5.2 Tendenzen der Kapitalverwertung

In Kapitel 4 habe ich dargestellt, daß sich der bürgerliche Prozeß der Warenproduktion wesentlich als Kapitalverwertungsprozeß verstehen läßt. Eine kontinuierliche Kapitalverwertung wiederum erfordert immer dann eine stetige Mehrwertsteigerung, wenn ein Unternehmen sinkenden Gewinnen oder einer sinkenden Kapitalrendite nicht durch die reine Ausdehnung des Absatzvolumens entgegenwirken kann. Wenn sich also der Absatz, d.h. die rein physische Menge der verkauften Waren, nicht mehr durch eine steigende Nachfrage erhöhen läßt, muß es zu Änderungen in der Produktionsstruktur kommen. Sofern diese „Absatzbarrieren“ regelmäßig auftreten, müßten in der sozio-ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft regelmäßig Ereignisse auftreten, die auf die systematische Existenz sowohl von absoluten wie auch von relativen Mehrwertsteigerungen hindeuten.¹

In der Tat lassen sich diesbezügliche Phänomene finden, wobei absolute Mehrwertsteigerungen deutlich leichter als ihre relativen Pendanten zu „entdecken“ sind. Denn was impliziert eine absolute Mehrwertsteigerung? – Den unternehmerischen Versuch, die gültigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Ware Arbeitskraft konsumiert wird, in Richtung besserer Verwertungsbedingungen zu verschieben. Solche Bestrebungen aber lassen sich in jeder Tageszeitung fast täglich nachlesen. Diesbezügliche Forderungen umfassen die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit, Veränderungen des Kündigungsschutzes oder die Streichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dies geht z.T. einher mit der politischen Schwächung der Gewerkschaften. Allgemein kann man daher sagen, daß die allseitige „Flexibilisierungsdiskussion“ der Gegenwart sich als Versuch der absoluten Mehrwertsteigerung interpretieren läßt.

Relative Mehrwertsteigerungen sind weniger leicht zu konstatieren. Zu ihrer Feststellung bedarf es vielmehr der mittelbaren Beobachtung solcher Phänomene, die aus regelmäßigen Steigerungen des relativen Mehrwerts folgen und die zugleich statistisch zugänglich sind. Da der Versuch der relativen Mehrwertsteigerung die Verringerung des in einem Produktionsprozeß eingesetzten variablen Kapitals v bei gleichzeitiger Steigerung des erzielten Mehrwerts m impliziert, ist also zu überlegen, wie ein solcher Prozeß sich in den üblichen

¹Die Existenz solcher „Absatzbarrieren“ folgt bereits aus der simplen Überlegung, daß sich einerseits die Nachfrage nach bestimmten Waren (z.B. Kühlschränke) nicht beliebig steigern läßt, andererseits ein Unternehmen zumindest mittelfristig darin festgelegt ist, welche Waren es anbietet.

volkswirtschaftlichen Statistiken niederschlägt. Zieht man hierzu Abbildung 11 (vgl. S. 78) zu Rate, so wird klar, daß dies auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die folgenden sozio-ökonomischen Tendenzen nahelegt:

1. Eine stetig steigende Produktivität bei gleichzeitig real, d.h. inflationsbereinigt, sinkenden Lohnstückkosten und real steigenden Bruttogewinnen.
2. Eine Einkommensentwicklung, in der die unselbständigen Einkommen E_U relativ zu den selbständigen Einkommen und Vermögen E_{SV} sinken, d.h. relativ zur Entwicklung des BSP sinken die Masseneinkommen und damit die Nachfrage an der produzierten Warenmenge.

Es kann an dieser Stelle keine detaillierte empirische Untersuchung dieser beiden Punkte geleistet werden. Dennoch läßt sich ihre Existenz – mit einem angemessenem Aufwand – plausibel machen. Hierzu sei auf eine Studie des DGB verwiesen (DGB: 2001), welche anhand der Entwicklung der Bruttolohnquote, den Bruttogewinnen, der Produktivität, der Lohnstückkosten und der Masseneinkommen für den Zeitraum von 1991 bis 2000 exakt die oben genannten Einkommens- und Verteilungstendenzen nachweist.¹ Die Abbildungen 12 und 13 (vgl. S. 90) fassen die wichtigsten dieser Tendenzen zusammen. Während erstere die Verringerung des aggregierten variablen Kapitals V bei gleichzeitigem Anstieg des aggregierten Mehrwerts M nahelegt, verweist letztere auf eine relativ zum BIP sinkende Massennachfrage.

Sehr viel wichtiger noch als eine Erklärung der Einkommens- und Verteilungstendenzen sind aber die Konsequenzen der letzteren Entwicklung für eine sozio-ökonomische Tendenz, die sich als *strukturelle Überakkumulation* bezeichnen und seit ca. 1975 beobachten läßt (Kisker 1997: 63f.). Seit diesem Zeitpunkt liegt in allen entwickelten kapitalistischen Ländern ein Entwicklungstrend vor, der die Gefahr einer stockenden Kapitalverwertung aufgrund einer mangelnden Nachfrage an den produzierten Gütern darstellt (vgl. Abbildung 14 auf S. 91). Überakkumulation bedeutet, gemessen an der gesamtgesellschaftlichen Nach-

¹Die *Bruttolohnquote* mißt den prozentualen Anteil der Bruttolöhne am Volkseinkommen. Da die tatsächliche Bruttolohnquote auch dann steigt (sinkt), wenn sich lediglich der Anteil der Arbeitnehmer an der Anzahl aller Erwerbstätigen erhöht (vermindert), wird zusätzlich die sogenannte *bereinigte Bruttolohnquote* berechnet, die diesen Effekt berücksichtigt. Als *Bruttogewinne* gelten alle privaten, d.h. nicht-staatlichen, Unternehmens- und Vermögenseinkommen vor Steuern. Die *realen Lohnstückkosten* beziehen die inflationsbereinigten Lohnkosten auf die Produktivität, berechnet werden also die Lohnkosten je Arbeitnehmer dividiert durch das BIP pro Arbeitnehmer. Das *reale Masseneinkommen* ist die inflationsbereinigte Summe aller Nettolöhne zuzüglich der staatlichen Sozialleistungen.

Jahr	Produktivität je Erwerbstätigen 1991 = 100	reale Lohnstückkosten 1991 = 100	reale Bruttogewinne 1991 = 100
1991	100	100	100
1992	103,8	101,3	93,4
1993	104,1	101,5	82,2
1994	106,7	99,5	91,8
1995	108,3	99,5	97,4
1996	109,5	98,7	99,4
1997	111,2	97,1	104,4
1998	112,5	96,0	110,7
1999	113,0	95,7	108,2
2000	114,6	96,0	111,8

Abbildung 12: Entwicklung der Produktivität, der Lohnstückkosten und der Bruttogewinne.

Quelle: DGB 2001: 12., eigene Berechnung auf der Basis von ebd.: 17.

Jahr	reale Massenkaukraft 1991 = 100	reales Bruttoinlandsprodukt 1991 = 100
1991	100	100
1992	102,7	102,2
1993	102,8	101,1
1994	101,1	103,5
1995	101,4	105,3
1996	102,3	106,1
1997	100,2	107,6
1998	101,2	109,8
1999	103,4	111,5
2000	104,8	114,8

Abbildung 13: Entwicklung der Masseneinkommen und des BIP.

Quelle: DGB 2001: 31.

frage, ein zu großes gesellschaftliches Produktionspotential, d.h. es wurde zuviel Sachkapital akkumuliert. Man kann sich dies folgendermaßen verdeutlichen (vgl. Schui 1997: 34): angenommen, die Arbeitsproduktivität einer Gesellschaft steigt in einem Jahr um drei Prozent, d.h. es fand eine relative Mehrwertsteigerung statt. Betrug das Produktionspotential dieser Gesellschaft vorher 100 Produkteinheiten, so kann die gleiche Anzahl der Beschäftigten nun 103 Produkteinheiten produzieren. Die Frage ist, ob sich das gestiegene Produktionspotential unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt nutzen läßt, d.h. ob eine ausreichend große kaufkräftige Nachfrage existiert, um das zusätzliche Produktionspotential *mehrwertschaffend* auszulasten. Hierzu müßte entweder der Massenkonsum oder die Nachfrage nach Investitionsgütern um drei Pro-

USA	1971 – 80	1981 – 90	1991 – 98
BIP	3,2	2,9	2,7
Inlandsnachfrage	2,6	2,8	2,6
Arbeitslosenquote	6,4	7,1	6,0
bereinigte Lohnquote	70,4	69,3	68,7

Japan	1971 – 80	1981 – 90	1991 – 98
BIP	4,5	4,0	1,2
Inlandsnachfrage	4,2	4,1	0,9
Arbeitslosenquote	1,8	2,5	3,0
bereinigte Lohnquote	78,0	75,1	72,4

EU 7	1971 – 80	1981 – 90	1991 – 98
BIP	3,0	2,4	1,7
Inlandsnachfrage	2,9	2,4	1,5
Arbeitslosenquote	4,0	9,0	10,4
bereinigte Lohnquote	75,2	72,8	69,9

Abbildung 14: Wirtschaftliche Indikatoren für die USA, die EU und Japan im Vergleich dreier Jahrzehnte (Zehnjahresdurchschnitt in %).
Quelle: Huffschmid 1999: 134, 137, 139.

dukteinheiten zunehmen. Den ersten Fall kann man ausschließen, da aufgrund der relativen Mehrwertsteigerung das Masseneinkommen sinkt. Der zweite Fall ist zumindest fraglich, denn die Investitionsbereitschaft der Unternehmer wird von einem sinkenden Masseneinkommen, zumindest der Tendenz nach, negativ beeinflusst.

In der Marx'schen Begrifflichkeit bedeutet dies, daß der gesellschaftlich realisierbare Mehrwert M auf den Realgütermärkten womöglich nicht vollständig profitbringend reinvestiert werden kann. In diesem Fall ist M (Gewinne, Zinsen, Dividenden, Rücklagen etc.) größer als die Nachfrage nach Investitionsgütern und Arbeitskräften. Somit gilt $G - G' = \Delta G \leq 0$, d.h. die Kapitalbewegung $G - W - G'$ kann nicht gelingen. Es besteht daher die Gefahr eines Ungleichgewichts zwischen der gesellschaftlichen Ersparnis und den gesellschaftlichen Investitionen. Eine solche Überakkumulation an Sachkapital läßt sich unter Rückgriff auf die Marx'schen Kategorien detaillierter untersuchen (Schui 1992: 147f., sehr ausführlich Hein 1997: 138-171). Hierzu sei K_{SV} der gesamtgesellschaftliche Konsum aller „Kapitalisten“, d.h. die aus E_{SV} finanzierte Konsumgüternachfrage. ΔC_{a1} und ΔV bezeichnen das zusätzliche konstante Kapital bzw. variable Kapital, das bei einer Produktionssteigerung eingesetzt werden muß. Unterstellt man nun der Einfachheit halber, daß die Arbeiter ihren Lohn vollständig konsumieren, also nicht sparen, so liegt immer dann eine Überakkumulation vor, wenn gilt:

$$(5.1) \quad M - K_A > \Delta C_{a1} + \Delta V$$

Dividiert man Ungleichung (5.1) durch V und erweitert $\frac{\Delta C_{a1}}{V}$ mit $\frac{C_{a1}}{C_{a1}}$, so erhält man:

$$(5.2) \quad M' = \frac{M}{V} > \frac{\Delta C_{a1}}{C_{a1}} \frac{C_{a1}}{V} + \frac{\Delta V}{V} + \frac{K_A}{V}$$

In dieser Ungleichung bezeichnet M' die Marx'sche „Mehrwertrate“ (23: 322), $\frac{\Delta C_{a1}}{C_{a1}}$ ist die geplante Änderung des Bestandes an konstantem Kapital. Sie wird mit dem Faktor $\frac{C_{a1}}{V}$ gewichtet. Letzterer Ausdruck stellt hierbei die gesamtgesellschaftliche „organische Zusammensetzung des Kapitals“ (23: 640) dar. $\frac{\Delta V}{V}$ entspricht dem geplanten Wachstum der Beschäftigung und $\frac{K_A}{V}$ gibt das Verhältnis von „Kapitalistenkonsum“ zum „Arbeiterkonsum“ an.

Ungleichung 5.2 beschreibt eine Mehrwertrate, deren zugrundeliegender Mehrwert M nicht vollständig profitbringend in Sachkapital akkumuliert werden kann, da die hierzu nötige Nachfrage nach Konsum- bzw. Investitionsgütern nicht ausreicht. Das Eintreten eines solchen Zustands ist durchaus wahrscheinlich, da die Kapitalverwertungslogik M' tendenziell erhöht, indem $\frac{\Delta V}{V}$, also das Masseneinkommen, gesenkt wird. Weiterhin existiert kein systematischer Grund, um diese sinkende Massennachfrage durch ein Steigen von $\frac{\Delta C_{a1}}{C_{a1}}$, d.h. einer ausreichend steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern, oder $\frac{K_A}{V}$, d.h. einer steigenden Nachfrage nach Luxusgütern oder Dienstleistungen, zu kompensieren. Tritt eine Kompensation nicht ein, so läßt sich die gesamtgesellschaftliche Profitrate $P_R = \frac{M}{C_{a1}+V}$ nicht weiter steigern, d.h. für einen Teil der Unternehmen besteht bei der Aufstellung künftiger Produktionspläne kein ausreichender Gewinnanreiz, ihr eigentliches Produktionspotential voll auszuschöpfen. Die kapitalistische Ökonomie produziert in diesem Fall unterhalb ihres technologischen Potentials. Und dies geschieht nicht etwa, weil zuwenig Ressourcen zur Verfügung stünden oder alle gesellschaftlichen Bedürfnisse bereits befriedigt wären. Im Gegenteil, ein solcher Zustand korreliert mit sinkendem V , d.h. mit einem relativen Absinken des Lebensstandards der abhängig Beschäftigten, d.h. der Mehrheit der Bevölkerung (vgl. Schui 1992: 134-140).¹

¹Etwas polemisch könnte man diesen Zustand als einen „Widerspruch zwischen den Pro-

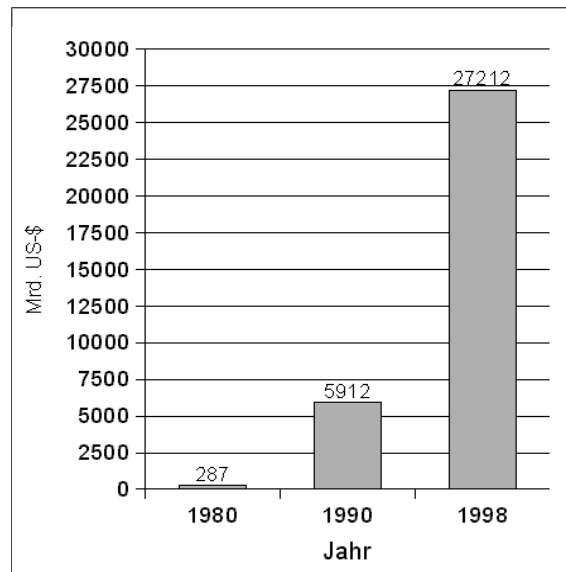


Abbildung 15: Weltweiter Aktienbestand 1980, 1990 und 1998.
Quelle: Huffschmid 1999: 33.

Es stellt sich nun das Problem, was mit den bereits erzielten Unternehmensgewinnen geschehen soll, wenn diese nicht vollständig gewinnbringend zur Produktion von Investitions- bzw. Konsumgütern reinvestiert werden können und zudem alle weiteren Gewinne die bereits bestehende Überakkumulation verschärfen.¹ Entscheidend ist hier, daß die seit Beginn der 80er Jahre in den USA und Westeuropa vollzogen neoliberalen Politikprogramme sich als ein politisches Projekt interpretieren lassen, welches die oben beschriebene Akkumulationskrise lösen soll (vgl. Schui 1997). Hierbei wird, allgemein gesprochen, der Versuch gemacht, bei einem stagnierenden Mehrwert M einen Fall der gesamtwirtschaftlichen Profitrate $P_R = \frac{M}{C_{a1}+V}$ durch ein entsprechendes Absinken von V zu verhindern. Das heißt, es muß eine politisch durchgesetzte Umverteilung der unselbständigen Einkommen E_U zugunsten der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögensbildung E_{SV} stattfinden (Kisker 1997: 66ff.). Auf die einzelnen Details einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik kann hier nicht weiter eingegangen werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang lediglich, daß ihre Ursache sich mit Hilfe der Marx'schen Theorie als struk-

duktivkräften und den Produktionsverhältnissen“ bezeichnen. Klar sollte jedoch sein, daß in einem solchen Fall – d.h. einer systematischen Nicht-Ausschöpfung des gesellschaftlichen Produktionspotentials bei gleichzeitigem Absinken der Masseneinkommen – die vielbeschworene kapitalistische „Effizienz“ skeptisch zu beurteilen bleibt.

¹Von der klassischen Lösung dieser Fragestellung – der imperialistischen Ausdehnung der nationalen Märkte – sei hier einmal abgesehen.

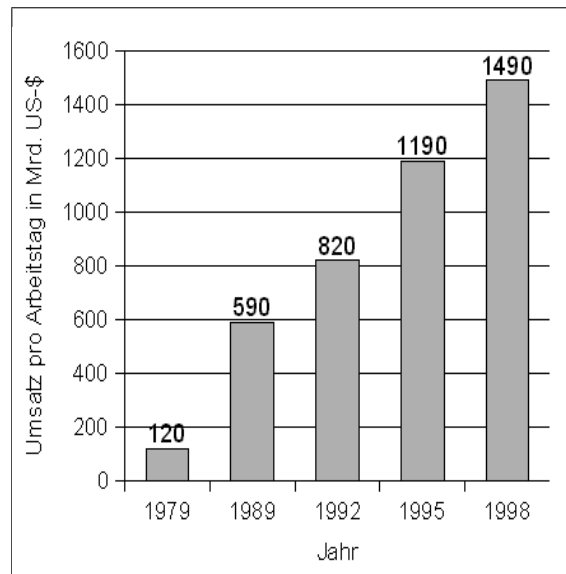


Abbildung 16: Entwicklung des Devisenhandels 1979 – 1998.
Quelle: Huffschnid 1999: 44.

turelle, also der kapitalistischen Ökonomie immanenten, Akkumulationskrise beschreiben läßt.

Dies gilt ebenfalls für ein weiteres, „neoliberales Phänomen“, nämlich die im Zuge der sich formierenden „Globalisierungskritik“ häufig konstatierte „Herrschaft der Finanzmärkte“ über die „Realökonomie“ und ihrer Nationalstaaten.¹ Tatsächlich nimmt seit Anfang der 80er Jahre die ökonomische – und damit auch die politische – Relevanz der Finanzmärkte stark zu, wie eine Untersuchung von Huffschnid (1999) belegt. Der Autor weist – im Vergleich zu den Investitionen auf den Realgütermärkten – überproportional gestiegene Finanztransaktionen nach, z.B. in Form von Aktiengeschäften und Währungsspekulationen (ebd.: 18-62, insb. 32-36 und 43-47, vgl. auch Abbildung 15 und 16). Die Erklärung für dieses Phänomen liegt auf der Hand: wenn eine akzeptable Profitrate des bereits akkumulierten Kapitals auf den *Realgütermärkten* nicht oder nur noch begrenzt erreicht werden kann, muß es zu einer Ausdehnung der *Finanztransaktionen* kommen, d.h. es existiert eine zunehmende Masse von „anlagesuchendem“ Geldkapital. Wie zu sehen war, läßt sich ein solcher Trend mit Hilfe der obigen Analyse einer kapitalistischen Akkumulationskrise jedoch ohne Probleme theoretisch erklären – so nennt auch Huffschnid diese

¹Vgl. zu dieser Feststellung z.B. die Internetpräsentation von ATTAC unter <https://www.attac-netzwerk.de>.

Krisen als Ursache für die gegenwärtige Entwicklung der Finanzmärkte (ebd.: 111-115).¹

Festzuhalten bleibt daher, daß sowohl die aus der Marx'schen Theorie folgenden absoluten als auch die relativen Mehrwertsteigerungen empirisch bestätigt werden. Insbesondere letztere finden sich in der Einkommensentwicklung des letzten Jahrzehnts sowie einer strukturellen Akkumulationskrise seit Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts wieder. Damit ist die Marx'sche Theorie selbstverständlich nicht „bewiesen“ – insbesondere vor dem Hintergrund, daß hierzu detailreichere Untersuchungen nötig wären, als ich sie an dieser Stelle leisten kann –, aber es liegen Evidenzkriterien vor, an denen ihre Gültigkeit plausibel gemacht werden kann (vgl. Schöler 1999: 196).

¹Das strukturelle Akkumulationsproblem läßt sich durch eine derart wachsende Masse an Geldkapital natürlich nicht lösen. Vielmehr wird es mittel- bis langfristig hierdurch verschärft. Dies erklärt im übrigen die erfolgten Liberalisierungen der internationalen Kapitalmärkte wie auch den Privatisierungsdruck, unter dem die staatlichen Sozialversicherungssysteme stehen. Salopp formuliert: Irgendwo muß dieses Geldkapital ja hin ...

5.3 Positive Alternativen?

*Und immer wieder schickt ihr mir Briefe,
in denen ihr, dick unterstrichen, schreibt:
„Herr Kästner, wo bleibt das Positive?“
Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt.*

*Noch immer räumt ihr dem Guten und Schönen
den leeren Platz überm Sofa ein.
Ihr wollt euch noch immer nicht dran gewöhnen,
gescheit und trotzdem tapfer zu sein.*

(Erich Kästner)

In diesem Abschnitt soll es abschließend um eine Reflektion der politischen Folgerungen gehen, die man aus der Marx'schen Theorie ziehen kann. Jede dieser Überlegungen muß sich zunächst der – berechtigten! – Skepsis erwehren, ob zu Beginn des 21. Jahrhunderts in bezug auf die Marx'sche Werttheorie nicht nur eine einzige politische Forderung aufgestellt werden kann: nämlich die einer Verwerfung dieser Theorie. Der Frage jedoch, ob nach dem Scheitern des osteuropäischen Staatssozialismus nicht auch die Orientierung an der Marx'schen Ökonomiekritik ein Ende haben müsse, läßt sich, wie Haug (2001: 77) dies zu Recht tut, die Frage gegenüberstellen: War denn der „realexistierende Sozialismus“ jemals an der Marx'schen Kritik orientiert? Oder ist hier nicht vielmehr auf einer „immensen Distanz“ (Kraiker 2000: 76) zwischen der Marx'schen Theorie und der Sowjetideologie zu bestehen? Und weiterhin: daß die Marx'sche Werttheorie eine Analyse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und nicht etwa die Theorie einer sozialistischen Planökonomie darstellt, sollte in dieser Arbeit bis hierher deutlich geworden sein. Dann aber kann diese Theorie auch nur aufgrund von Entwicklungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sinnvoll zurückgewiesen werden und nicht etwa auf der Grundlage von Geschehnissen eines Gesellschaftssystems, das sie niemals beschreiben sollte. Eine Gültigkeit für den bestehenden Kapitalismus läßt sich jedoch, wie der vorhergehende Unterabschnitt gezeigt hat, durchaus plausibel machen.¹ Was also soll demnach an *politischen Konsequenzen* aus der Marx'schen Analyse

¹Es kann an dieser Stelle nicht auf die geschichtsphilosophischen oder klassentheoretischen Annahmen von Marx eingegangen werden. Beide sind sicherlich heute nicht mehr aufrecht zu erhalten. Nur ist der Status der Werttheorie hiervon unabhängig, denn sie besitzt keine *zwingenden* geschichtsphilosophischen oder klassentheoretischen Implikationen. Daß Marx selbst eine Verbindung dieser drei Ansätze nahegelegt hat, sei unbestritten (vgl. z.B. 13: 8f., 23: 789-791). Dies mag aus politischen Zwecksetzungen heraus geschehen sein oder auch aufgrund falscher Schlußfolgerungen aus der eigenen Theorie – logisch zwingend sind derartige Vorstellungen nicht.

folgen?

Bei der Beantwortung dieser Frage spielt zunächst eine wichtige Rolle, inwieweit man die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft als eine Gesellschaft versteht, deren dominierendes Prinzip in der Kapitalverwertung besteht. Meiner Ansicht nach ist die Marx'sche Werttheorie so zu interpretieren, daß die Kapitalverwertung nicht nur ein dominierendes, sondern sogar das *zentrale* Prinzip dieser Gesellschaft bildet. Wie in dieser Arbeit herausgearbeitet wurde, sind sowohl das Geld als auch die Kapitalverwertung das zwingende Ergebnis der bürgerlichen Vergesellschaftung der Arbeit. Beide Phänomene bilden einen integralen Bestandteil der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, innerhalb deren Ordnung sie grundsätzlich nicht zur Disposition stehen können.

Versteht man unter einer „sozialistischen Gesellschaft“ u.a. einen nachhaltigen Bruch mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, so muß weiterhin konsequenter Weise eine Ökonomie gefordert werden, die nicht auf dem Prinzip der Warenproduktion basiert und ebenfalls nicht auf die Vermittlungsinstanz des Geldes angewiesen ist.¹ Es ist über die Organisation einer Gesellschaft nachzudenken, die ohne das „Wertgesetz“ funktioniert, d.h. eine Vergesellschaftungsform der Arbeit zu finden, die nicht zur Produktion „wertbehafteter“ Waren führt. Damit drängt sich jedoch sofort die Frage auf, wie die Vorteile der weitreichenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung – hochgradige Spezialisierung und daher eine historisch einmalige Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Produktivkräfte – zu erhalten und auszubauen sind, ohne auf die historisch gewachsenen Instanzen ihrer gesellschaftlichen Vermittlung zurückzugreifen. Denn selbstverständlich muß auch eine sozialistische Ökonomie das ZAP lösen – und zwar ebenfalls unter der Bedingung eines grundsätzlich unbekanntem Produktionspotentials und unbekannter gesellschaftlicher Bedürfnisse. Weiterhin müssen diese Vermittlungsinstanzen, sollen sie gegenüber der KPW einen historischen Fortschritt bedeuten, auf einer effektiven gesellschaftlichen Partizipation basieren. Es geht somit dem Anspruch nach um eine *Aufhebung* der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft im Hegel'schen Sinne.

Dies sind die Bedingungen des Problems.² Es scheint offensichtlich, daß es zum jetzigen Zeitpunkt keine Antworten gibt, wie eine so verstandene sozialistische Gesellschaft zu erreichen bzw. umzusetzen ist. Und es darf auch be-

¹Es scheint unbestreitbar, daß die ehemals staatssozialistischen Länder diese Kriterien nicht erfüllten.

²Fast möchte man hinzufügen: „Hic Rhodus, hic salta!“ (23: 181)

zweifelt werden, ob es eine solche Antwort jemals abschließend geben kann. Gleichwohl scheint mir genau dieses „Sozialismusprogramm“ die Konsequenz der Marx’schen Theorie zu sein. Als „Leitidee“ oder „Fernziel“ eines politischen Projekts namens Sozialismus sollte es m. E. auch weiter verfolgt werden, denn die Probleme, die die KPW verursacht – man denke an die globale Umweltzerstörung oder an die extremen Formen von Armut in der sogenannten „Dritten Welt“ –, sind im Rahmen der bürgerlichen Ordnung bisher nicht einmal ansatzweise gelöst. Zudem erscheint es durchaus zweifelhaft, ob dies jemals gelingen kann.

Zwar kam es in Westeuropa nach 1945 unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz, guter Akkumulationsmöglichkeiten und einem „Export“ sozialer Probleme in die „Dritte Welt“ zu signifikanten sozialen Verbesserungen breiter Bevölkerungsschichten. Es bleibt jedoch fraglich, ob solche Erfolge jemals von *langfristiger* Dauer und *internationaler* Reichweite sein können. Wie in Kapitel 5.2 erläutert wurde, spricht einiges dafür, daß eine entwickelte KPW zu strukturellen Akkumulationskrisen neigt. Spätestens in einer solchen Krise ist aber immer wieder damit zu rechnen, daß ein einmal erkämpfter Status Quo des Wohlfahrtsstaates unter massiven ökonomischen und politischen Druck gerät. Positionen, die einen „sozialen“ oder „ökologischen“ Kapitalismus vertreten, affirmieren nur allzu leicht die dann behaupteten, scheinbar unpolitischen, „Sachzwänge“. Zudem extrapolieren sie die Phase einer verhältnismäßig reibungslosen Kapitalverwertung zwischen 1945 und 1970 als neuerliche Möglichkeit in die Zukunft, ohne ihre damaligen Bedingungen wie z.B. die durch den II. Weltkrieg bedingten Zerstörungen oder die Systemkonkurrenz hinreichend zu reflektieren. Die Vertreter solcher Positionen neigen daher dazu, die strukturellen Zwänge der KPW zu unterschätzen (vgl. Kisker 1990: 216ff.).¹ Narr/Roth sprechen in diesem Zusammenhang deshalb von „an sich liebenswerten, den Herrschaftspanzer jedoch verstärkenden Reformillusionen.“ (1995: 433) Denjenigen Positionen, die von einer – an den Problemen gemessenen – ausreichenden Reformierbarkeit der bestehenden Verhältnisse ausgehen, man-

¹Rakowitz bezeichnet die Abstraktion von der Kapitalwertform und den hiermit zusammenhängenden strukturellen Verwertungszwängen als „Schein der einfachen Zirkulation“ (2000: 12), d.h. als eine Auffassung, welche die Bewegung $W_1 - G - W_2$ als ein mögliches ökonomisches Moment betrachtet. Sie nennt mehrere Positionen, die ihrer Ansicht nach diesem Schein erliegen und die einfachen Wert- und Tauschkategorien als selbständig verstehen. So z.B. Vorstellungen von einer nicht-kapitalistischen Subsistenzökonomie (ebd.: 11-14) oder die von Silvio Gesell entwickelte „natürliche Wirtschaftsordnung“ (ebd.: 132-144). Aber auch das Konzept einer über Märkte, Geld und das Recht gesteuerten „Zivilgesellschaft“ wird von ihr unter diesem Vorwurf subsumiert (ebd.: 164-174).

gelt es, im wahrsten Sinne des Wortes, nicht nur an einer *Kritik der politischen Ökonomie*, sondern, als Konsequenz des ersten Versäumnisses, zudem noch an einem kritischen Staatsbegriff (ebd.: 433ff.).

Ein Festhalten am Projekt eines Sozialismus' ohne Waren, Geld und Märkte läßt sich meiner Ansicht nach daher rechtfertigen. Die Forderung nach einer Aufhebung der bürgerlichen Vergesellschaftungsstrukturen verfolgt indes keinen Selbstzweck, sondern begründet sich aus der obigen Überlegung, daß die Lösung der durch die KPW verursachten Probleme sehr wahrscheinlich einer solchen Aufhebung bedürfen. Ließe sich theoretisch plausibel machen, daß dies ein Irrtum ist, daß also jene Probleme keine Überwindung der KPW erforderlich machen, so wäre die Notwendigkeit – wie auch die Legitimität dieser Forderung – m. E. deutlich in Frage gestellt. Es geht bei der zu begründenden Notwendigkeit einer Gesellschaft ohne KPW somit primär um die Lösung existentieller Probleme, weniger um die Beseitigung von Entfremdungs- und Verdinglichungstendenzen. Nicht, daß letzteren keine Relevanz zukäme. Ihnen wird aber vermutlich auf dem erreichten Stand der Arbeitsteilung und Unübersichtlichkeit der sozio-ökonomischen Verflechtungen auch ein demokratischer Sozialismus nur bedingt entgehen können, so daß dieser Aspekt als Begründung eines alternativen Gesellschaftsprojekts allein nicht zu überzeugen vermag.

Ein zeitgemäßes Sozialismusprojekt darf allerdings weder als eine voluntaristische Forderung noch als „abstrakt-utopistische“ Vorstellung mißverstanden werden. Eben weil es sich um die Verfolgung einer „Leitidee“ – wenn man so möchte: einer regulativen Idee – handelt, kann und soll weder deren genauer Inhalt noch der Weg ihres Erreichens festgelegt werden (vgl. ebd.: 432f.). Gerade hier scheint mir ein gravierender Fehler des osteuropäischen Staatssozialismus' gelegen zu haben. Eine sozialistische Gesellschaft sollte sich demgegenüber m. E. als ein historisch offenes Projekt gestalten. In welchem Maße eine gesellschaftliche Organisation tatsächlich ohne Warenproduktion, ohne Geld und ohne Märkte bestehen kann, bleibt daher abzuwarten. Gleichzeitig wäre dann in jeder konkreten gesellschaftlichen Situation zu überprüfen, wie die aktuellen Möglichkeiten der Minimierung dieser bürgerlichen Vermittlungsinstanzen zu beurteilen sind und welche realen Alternativen zur Verfügung stehen. Anzustreben ist daher eine schrittweise Minimierung bis hin zur letztendlichen Überwindung der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft unter Bewahrung derjenigen

Elemente, die sich als unabdingbar auch für eine sozialistische Gesellschaft erweisen.

In dieser Sichtweise war es ein verheerendes Versäumnis, daß Marx/Engels einfach darauf vertrauten, in einer sozialistischen Ökonomie werde „die Gesellschaft“ „die Produktion“ regeln. Hierbei blieb die Problematik außer acht, daß ein solches Vorgehen *irgendwie* institutionell organisiert werden muß. Marx z.B. erwähnt in seiner *Kritik des Gothaer Programms* eine genossenschaftliche Produktionsweise ohne Märkte und ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln (19: 19f.). Er vermittelt hier jedoch keinerlei Problembewußtsein für die Überlegung, daß es auch in einer neuen Gesellschaft geeigneter gesellschaftlicher Institutionen bedarf, welche das Produktionspotential und die Bedürfnisse miteinander vermitteln und daß diese Vermittlung dem emanzipatorischen Anspruch der neuen Gesellschaft Rechnung tragen muß. Zugleich greift er auf das Konzept der „labour notes“ zurück, das er selber noch in seinen früheren Schriften vehement kritisiert hatte (II/1.1: 57-75, 13: 66-69, vgl. S. 33). Jedoch benennt Marx an dieser Stelle – ebenso wie zuvor – keine Institutionen, die ein solches Konzept umsetzen könnten. Er fällt insofern noch hinter den Stand des „utopischen Sozialismus“ eines Pierre-Joseph Proudhon oder Robert Owen zurück, die immerhin noch das Konzept einer „Tauschbank“ kannten.

Es zeigt sich an dieser Stelle bei Marx/Engels eine theoretische „Lücke“, die später, im realen historischen Prozeß, durch Momente von „Unmittelbarkeitskommunismus“ (Haug 2001a: 159) gefüllt werden sollte.¹ Zwar scheint mir die Marx'sche und Engel'sche Ablehnung jeglicher „Systembastelei“ (Heinrich 2001: 385), d.h. die „utopistische“ Gegenüberstellung von kapitalistischer Wirklichkeit und positiver Sozialismuskonzeption, durchaus verständlich. Zudem liegt dieser Ablehnung das Bewußtsein historischer Kontingenz und die Einsicht zugrunde, späteren „deliberativen Prozessen“ nicht vorgreifen zu wollen (Haug 2001a: 159). Gleichwohl besteht kein Gegensatz zwischen der „wissenschaftlichen“ Kritik einer Gesellschaft und der Erkenntnis, daß geeignete gesellschaftliche Vermittlungsinstanzen keine Selbstverständlichkeit sind, wenn man auf die historisch gewachsenen bewußt verzichten möchte. Dieses Versäumnis erstaunt umso mehr, da Marx die Problematik des ZAP und des darauf

¹Haug (2001a: 159) weist allerdings darauf hin, daß diese Leerstelle später u.a. von Otto Bauer, Antonio Gramsci oder Nicos Poulantzas zumindest teilweise geschlossen wurde. Insofern sei die entscheidende Frage nicht, ob Marx eine politische Theorie entwickelt habe, sondern vielmehr, ob seine Theorie mit späteren, z.B. demokratietheoretischen, Überlegungen kompatibel ist.

basierenden komplexen Koordinationssystem des Wertes und seiner Erscheinungsformen wie kaum ein anderer Theoretiker analytisch durchdrungen hat. Trotzdem scheinen mir Darstellungen wie jene aus der *Kritik des Gothaer Programms* auf ein mangelndes Problemverständnis hinzudeuten – zumindest aber bei den Epigonen ein solches vorbereitet zu haben.

Wie Schöler (1999: 144-155) herausarbeitet, war die Geringschätzung der bürgerlich-kapitalistischen Vermittlungsinstanzen ein wesentlicher Grund für das Scheitern des sowjetischen Experiments samt seiner Satellitenstaaten. Er zieht daraus die Konsequenz, daß unter sozialistischer Politik eine generelle Absage an das Projekt einer Gesellschaft ohne Geld, Waren und Märkte verstanden werden müsse (ebd.: 258-266). Richtig scheint mir diese Schlußfolgerung insoweit zu sein, als sie eine strikte Absage an ein dogmatisch-voluntaristisches Sozialismusverständnis ist, welches, wie oben angedeutet, keinerlei Bewußtsein für die Komplexität des ZAP besitzt. Weiterhin scheint es sicherlich sinnvoll, einen undogmatischen Blick auf die Vermittlungsleistung von Märkten bei der Lösung des ZAP zu werfen und die Frage zu stellen, inwieweit zu einem je gegebenen Zeitpunkt auf dieses Funktionsprinzip nicht verzichtet werden kann. Die generelle Aussage jedoch, Märkte seien schlechthin unverzichtbar, verabsolutiert den gegenwärtigen Erkenntnisstand und schränkt die Leitfunktion der Sozialismusidee unnötig ein. Es kann m. E. nicht darum gehen, „den Markt“ gegen „den Plan“ auszuspielen, sondern es bliebe zu fragen, wie je nach gegebenem Kenntnisstand und gesellschaftlicher Situation eine sinnvolle Verbindung der beiden Prinzipien aussehen könnte (vgl. Kisker 1990: 219-222). Als Entscheidungshilfe, d.h. als regulative Idee, kann hierbei das Sozialismusverständnis dienen, wie es oben beschrieben wurde und wie es auch Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* angesprochen hat.

Krätke (1996: 116f.) zeigt unter dem Stichwort „Politische Ökonomie der Sozialismen“ wichtige Fragestellungen auf, denen bei der Entwicklung eines solchen Sozialismuskonzepts nicht ausgewichen werden darf. Dieses Vorgehen besitzt den Vorteil, einerseits nicht in die „Falle“ einer „romantisch-utopistischen“ Sozialismuskonzeption zu gehen, andererseits aber auch nicht den Fehler zu machen, sich um Organisationsfragen einer sozialistischen Gesellschaft nicht ausreichend zu kümmern. Zunächst ließe sich nach Krätke auf der Basis politologischer Erkenntnisse über die Ausgestaltung einer *sozialistischen Demokratie* nachdenken. Anschließend ist zu überlegen, welche Eigentumsformen einer *sozialistischen Ökonomie* angemessen sein könnten und inwieweit Märkte in

dieses Konzept einzubinden sind. Weitere wichtige Fragen lauten: Wie werden Interessenkonflikte gelöst? Wie wird über die Verteilung von Arbeit und Einkommen entschieden? Wer entscheidet, welche Produkte produziert und welche Technologien bzw. welche Ressourcen hierbei verwendet werden?

Eine mögliche, erste Beantwortung dieser Fragen erwähnt Krätke ebenfalls (ebd.: 118). In dem von ihm erläuterten Lösungs-Modell existiert kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, diese werden statt dessen – wie die natürlichen Ressourcen auch – über einen gesellschaftlichen „Kapitalfond“ organisiert. Seine Verwaltung obliegt einer demokratisch legitimierten und kontrollierten Institution. Jeder Bürger hat nun das grundsätzliche Recht, Produzentengruppen zu bilden und hierbei einen Teil der gesellschaftlichen Produktionsmittel zu beanspruchen. Es existiert keine zentrale staatliche Aufstellung der Produktionspläne, sondern diese obliegen – soweit die erwähnte Verwaltungsinstitution keine gesellschaftlich vermittelten Einwände erhebt – den einzelnen Produzentengruppen. Jede dieser Gruppen erhält ihre Produktionsmittel prinzipiell auf Zeit, darf keinen eigenen „Kapitalstock“ erwerben oder bilden und ist dem gesellschaftlichen Kapitalfond über ihre Mittelverwendung Rechenschaft schuldig. Allerdings besitzen diese Gruppen das Recht, einen Teil ihrer „Wertschöpfung“ als Gewinn einzubehalten, d.h. es besteht ein ökonomischer Leistungsanreiz, wodurch die Produktionsweise ein dynamisches Element bekommen soll.

Ich kann an dieser Stelle keine detaillierte Bewertung dieses Modells vornehmen. Aber es lassen sich mit seiner Hilfe exemplarisch zwei wesentliche Probleme jeder Sozialismus-Konzeption aufzeigen. Auch die oben von mir vertretene Vorstellung, Sozialismus als eine regulative Idee zu verstehen, kann hiervon nicht verschont bleiben. Zunächst einmal stellt sich offensichtlich die Frage, wie man die Möglichkeit zu einer solch grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft erreicht. Dies kann man die Machtproblematik der *Veränderung* nennen, d.h. die Frage nach dem gesellschaftlichen Subjekt, das über das Machtpotential verfügt, eine grundsätzliche Veränderung herbeizuführen. Diese allgemeine Fragestellung berührt aber keine spezifische Problematik der Marx'schen Werttheorie, so daß sie an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden muß. Es wird daher bei den folgenden Überlegungen unterstellt, daß dieses Problem gelöst ist und „die Gesellschaft“ vor der Situation steht, sich eine sozialistische Organisationsweise geben zu können und geben zu wollen.¹

¹Diese Unterstellung wird nicht etwa eingeführt, weil das dahinterliegende Problem leicht

Dann nämlich wäre dafür Sorge zu tragen, daß bei der Fortexistenz von Märkten, Geld und Gewinninteressen eine Rekapitalisierung der Gesellschaft verhindert wird. Die Marx'sche Theorie jedenfalls legt eine solche Gefahr durch den Zusammenhang von Warenproduktion und Kapitalverwertung nahe. Denn wie in Kapitel 4 gezeigt wurde, besteht eine selbständige Wertform aus der Bewegung $G - W \dots P \dots W' - G'$, d.h. ein Fortbestehen von Arbeitsteilung, Warenproduktion sowie Geld- und Marktbeziehungen ist auf der Grundlage der Marx'schen Theorie wiederum nur als Kapitalverwertungsprozeß vorstellbar. Vermutlich aber wäre dieser innerhalb eines nicht-kapitalistischen Institutionengefüges ein dominierendes und zugleich dysfunktionales Systemelement. Diesen Punkt kann man als die Machtproblematik der *Bewahrung* bezeichnen. Man kann daher nicht einfach davon ausgehen, daß Strukturelemente eines kapitalistischen Gesellschaftssystems, in dessen Zusammenhang sie systemisch funktional erscheinen, sich ohne weiteres in einen nicht-kapitalistischen Systemzusammenhang funktional integrieren lassen.

Auf genau dieser Voraussetzung aber basiert der Vorschlag von Krätke wie auch die Vorstellung von Sozialismus als einer regulativen Idee. Man steht somit vor dem Dilemma, auf bürgerliche Vergesellschaftungsmechanismen – zumindest vorläufig – vermutlich nicht verzichten zu können, andererseits hierdurch die Gefahr eines dysfunktionalen sozio-ökonomischen Systems in Kauf zu nehmen, welches die Grundlagen einer sozialistischen Ökonomie wiederum potentiell in Frage stellt. Creydt (2001: 101, 105ff.) verweist in diesem Zusammenhang auf die diesbezüglichen marktsozialistischen Erfahrungen in Jugoslawien und Ungarn, in denen untereinander konkurrierende Genossenschaften z.B. einen „Regionenegoismus“ bewirkten, während zugleich das Bestreben nach politischer Kontrolle der partiellen Marktmechanismen zur Etablierung eines „bürokratischen Labyrinths“ führte.¹ Auch die in der UdSSR und der DDR versuchten Verbindungen von Markt und Plan führten nicht zu dem erhofften Ergebnis, die Vorteile einer marktkoordinierten Ökonomie nutzen zu können und gleichzeitig die hiermit verbundenen Nachteile durch geeignete politische Planung

lösbar wäre. Im Gegenteil: um tatsächlich eine gesellschaftliche Mehrheit für eine grundsätzlich andere Gesellschaft zu finden, müßte allein schon der Warenfetischismus nicht mehr bestehen, also eine weitreichende Aufklärung über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft stattgefunden haben. Einer solcher Zustand kann momentan sicher nicht konstatiert werden. Zudem scheint sein Zustandekommen generell schwer vorstellbar.

¹Hinter dem Versuch, die Vorteile von Marktmechanismen mit den Vorteilen einer gesellschaftlichen Planung und Kontrolle zu verbinden, verberge sich daher, so Creydt's polemische Schlußfolgerung, nur allzu oft die Vorstellung: „Ungarisches Gulasch ist gut, Schokolade ist gut, also ist ungarisches Gulasch mit Schokolade das Beste.“ (Creydt 2001: 105)

zu verhindern (Richter 2001: 82ff., Roesler 2001: 87-93). Allerdings scheint es gerade im Fall des „Neuen Ökonomischen Systems“, das in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts in der DDR zu implementieren versucht wurde, fraglich, ob sein Scheitern primär auf ökonomische Ursachen zurückzuführen ist. Roesler (2001: 91-95) hält es z.B. für möglich, daß eine Kombination von überhasteten Erfolgserwartungen und politischem Mißtrauen gegenüber einer Stärkung der betrieblichen Autonomie seitens des Politbüros zum Abbruch des Projektes führte.

Sollte diese Einschätzung richtig sein, so ließe sich für ein zeitgemäßes demokratisch-sozialistisches Projekt eine Grenze erkennen, jenseits derer die Erfahrungen des Staatssozialismus' nur bedingt übertragbar sind. Denn wie oben bereits angedeutet wurde, muß eine sozialistische Gesellschaft, wenn sie wirklich einen historischen Fortschritt darstellen soll, auf einer weitreichenden demokratischen Gestaltung und Kontrolle auch der Produktionssphäre basieren. Dies impliziert bereits, daß Betriebe nicht einer zentralen Planung unterliegen, sondern insoweit autonom handeln können, als dies mit ihrer demokratischen Kontrolle zu vereinbaren ist. Insofern müssen Synthesversuche von Plan und Markt, die z.B. in der DDR aufgrund politischer Strukturen scheiterten, innerhalb einer anderen politischen Struktur nicht ebenfalls zwangsläufig scheitern.

Von daher bleibt m. E. die Möglichkeit einer solchen Synthese bzw. die Möglichkeit der politischen Kontrolle partieller Marktelemente in einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft zum jetzigen Zeitpunkt offen. Eine sozialistische Theorie- und Programmdiskussion sollte sich allerdings der Problematik dysfunktionaler Systemelemente nachhaltig vergewissern.¹ Welche genauen Institutionen und Organisationsformen letztlich als geeignet scheinen, die traditionellen Vergesellschaftungsmedien des Marktes und des Geldes zu minimieren oder sogar aufzuheben, kann aus diesen Überlegungen nicht deduziert werden. Es scheint aber schwer vorstellbar, daß ihre schrittweise Aufhebung ohne einen nachhaltigen Bruch mit den aktuellen Eigentumsformen erreicht werden kann.²

¹Einen potentiellen Anlaß stellt beispielsweise die Diskussion um ein neues Parteiprogramm der PDS dar. Nähere Informationen sind unter <http://www.pds-online.de/programm/debatte/index.htm> zu finden.

²Der Hinweis, ein solcher Bruch habe z.B. in der Sowjetunion nicht die gewünschten Erfolge gezeigt und sei deshalb für eine zeitgemäße Sozialismusdebatte eher nachrangig, greift zu kurz. Dieser Argumentation liegt eine Verwechslung von Verstaatlichung und Vergesellschaftung zugrunde. Letztere bedeutet die Anbindung der Produktionssphäre an eine demokratisch legitimierte Steuerung und Kontrolle. Dies ist m. E. bei einer Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Eigentumsformen nicht möglich, erfordert also ein öffentliches Eigentum an den Produktionsmitteln. „Vergesellschaftung“ impliziert somit nicht zwangs-

Daher ist nicht nur für die Vorstellung zu werben, demokratischen Sozialismus als eine regulative Idee zu interpretieren, sondern zugleich dafür zu plädieren, das Privateigentum an den Produktionsmitteln letztlich abzuschaffen und demokratische Kontrollmöglichkeiten aufzubauen, damit diesbezüglich keine erneute Eigentumsbildung möglich wird. Das von Krätke geschilderte Modell mag als ein erster Referenzpunkt für die hierzu benötigte Diskussion dienen.

Eine weitergehende Erkenntnis, oder gar die Entwicklung einer detaillierten, positiven Alternative, erscheint vor dem Hintergrund der hier geschilderten Schwierigkeiten vermessen. Gleichwohl bleibt die Aufgabe einer Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, an deren Lösung der Staatssozialismus scheiterte, bestehen. Es kann jedoch bei der Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Vergesellschaftung nicht um die Formulierung endgültiger oder „totaler“ Lösungskonzepte gehen, an denen dann unter allen Umständen festzuhalten ist. Selbst der Sozialismusbegriff unterliegt einer gewissen Kontingenz und sollte nicht abschließend im Detail definiert werden. Auch weisen die anzudenkenden Alternativen notwendigerweise Schwachstellen auf. Diese müssen zwar immer reflektiert werden, welche Relevanz ihnen letztlich zukommt, kann jedoch nicht jenseits einer tatsächlichen Umsetzung beurteilt werden.

Auch wenn sich somit aus der Marx'schen Theorie keine positiven Alternativen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft deduzieren lassen, so kann ihr bei einer Diskussion für die Entwicklung und Beurteilung solcher Alternativen, wie zu sehen war, dennoch eine dreifache Bedeutung zukommen: Zum ersten bei der Überlegung, daß die Probleme der KPW auf ihrer eigenen Grundlage vermutlich nicht zu lösen sind. Zum zweiten als Sensibilisierungsmöglichkeit hinsichtlich der Komplexität des zu lösenden ZAP unter der gleichzeitigen Beachtung, daß Marx selbst dieses Problem unterschätzt hat. Und schließlich, um den Blick für die potentiellen Schwachstellen eines Alternativentwurfs, z.B. der Gefahr einer Rekapitalisierung, zu schärfen.

läufig eine Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Produktionspläne, wie sie die staatssozialistischen Länder kannten.

6 Resumée

In der vorliegenden Arbeit sollte eine Darstellung der Marx'schen Werttheorie geleistet und hierauf aufbauend ihre gegenwärtige Bedeutung überprüft werden. Als Ergebnis bleibt grundsätzlich festzustellen, daß die Theorie eine kategoriale Analyse der kapitalistischen Ökonomie umfaßt, welche sich insbesondere als Theorie der Wertform und dadurch als Theorie eines Kapitalwertungsprozesses auffassen läßt. Wird sie in einem solchen Licht interpretiert, läßt sich zudem ihre gegenwärtige Bedeutung plausibel machen.

Nach den einführenden Erläuterung zur Fragestellung und Literaturlage in der Einleitung habe ich im zweiten Kapitel zunächst die Marx'sche Herleitung des Wertbegriffs im *Kapital* skizziert. Er ließ sich über die abstrakte Arbeit als das allen Waren gemeinsame Dritte begrifflich ableiten. Da in einem solchen Vorgehen die zugrundeliegende Marx'sche Fragestellung samt ihrer Prämissen leicht mißzuverstehen ist, habe ich sie im Anschluß an diesen vermeintlichen „Beweis“ eines Arbeitwertbegriffs präzisiert. Hierbei hatte sich ergeben, daß der Marx'schen Theorie die Frage zugrunde liegt, wie unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der autonomen Privatproduktion der gesellschaftliche Charakter der individuellen Privatarbeit ausgedrückt und zugleich das ZAP gelöst werden kann. Diese Rekonstruktion verdeutlichte den kategorialen Charakter der Marx'schen Analyse, in der nicht der Wert im Mittelpunkt des Interesses steht, sondern vielmehr die Form, in der die gesellschaftliche Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen muß. Erst mit einer solchen Überlegung vermag man den Marx'schen Wertbegriff überhaupt angemessen zu erfassen. Im Anschluß an diese Feststellung habe ich herausgearbeitet, daß die abstrakte Arbeit keine physiologische Kategorie bildet, sondern vielmehr die bürgerliche Form der gesellschaftlichen Gleichsetzung von Arbeit darstellt, d.h. ein bestimmtes Verhältnis aller privaten Warenproduzenten – bzw. der von ihnen veräußerten Arbeit – zu ihrem gesamtgesellschaftlichen Arbeitspotential ausdrückt. Als Konsequenz dieser Auffassung wurde die Wertgegenständlichkeit als dingliche Reflektion dieses Verhältnisses interpretiert. Der Wert ist demnach keine natürliche Eigenschaft der Waren wie beispielsweise ihr Gewicht oder ihre Masse, sondern eine spezifisch soziale Eigenschaft, die in den Bedingungen der bürgerlichen Vergesellschaftung der Arbeit begründet liegt. Demzufolge besitzt der Wert weder eine präzirkuläre Existenz noch eine präzirkuläre Größe, sondern konstituiert sich erst in der Zirkulationssphäre. Zwar liegt seine letzte Ursache in den Phänomenen der Produktionssphäre begrün-

det, welche über die Arbeitsproduktivität auch die gesellschaftlich notwendige Arbeit wesentlich bestimmen. Aber diese Zusammenhänge stellen lediglich eine notwendige, nicht jedoch eine hinreichende Konstitutionsbedingung des Werts dar. Diese kann vielmehr nur durch Zirkulationsphänomene vermittelt werden.

Nach diesen Erläuterungen zur Marx'schen Fragestellung und den dazugehörigen theoretischen Basiskategorien habe ich im dritten Kapitel die Wertformanalyse näher betrachtet. Es ließ sich zunächst mit Hilfe der Betrachtung eines Warentauschs die Unmöglichkeit eines prämonetären Werts konstatieren. Sie liegt in der doppelten – und damit widersprüchlichen – Bestimmung der Waren begründet, welche zugleich als Träger von Wert wie auch als Träger von Gebrauchswert gelten. Dieser Widerspruch in der doppelten Warenbestimmung führte uns durch seine dialektische Fortentwicklung auf analytischer Ebene von der einfachen zur entfalteten und letztlich zur allgemeinen Wertform. Auf der Ebene der tatsächlichen Geschehnisse zeigte sich die doppelte Bestimmung der Waren in ihrer realen Verdopplung von Ware und Geld. An dieser Stelle ließ sich somit als erste zentrale Erkenntnis festhalten, daß auf der Grundlage der Marx'schen Theorie der Wert zwingend eine Geldform benötigt, Marx mithin also nicht nur eine monetäre Werttheorie, sondern gleichzeitig auch eine Geldtheorie entwickelt hat. Daher schloß sich an dieses Ergebnis eine Analyse des realen Geldes an. Es zeigte sich hierbei, daß seine wesentlichen Funktionen als Wertmaß und Maßstab des Werts, als Zirkulationsmittel und als „Geld als Geld“, d.h. als Selbstzweck des ökonomischen Handelns, beschrieben werden können. Bereits auf dieser Ebene der Analyse zeigte sich durch die Möglichkeit des zeitlichen Auseinanderfallens des Zirkulationsaktes $W_1 - G - W_2$ die Krisenanfälligkeit der KPW.

Stellte sich bis zu diesem Zeitpunkt die Marx'sche Theorie als eine kategoriale Ableitung auf der Basis begrifflich-genetischer Widersprüche dar, so habe ich zu Beginn des vierten Kapitels festgestellt, daß dies für den Übergang von der Geld- zur Kapitalform im *Kapital* nicht mehr zu gelten scheint. Hier stehen die Bewegungen $W_1 - G - W_2$ und $G - W - G$ scheinbar gleichberechtigt bzw. theoretisch unvermittelt nebeneinander. Dementsprechend liegt die Auffassung nahe, sie könnten nur durch die Einbeziehung historischer Argumente voneinander getrennt werden. Allerdings entsteht der Eindruck einer vorkapitalistischen Epoche der „einfachen Warenproduktion“ nur auf der Basis einer Lektüre des *Kapitals*, denn in den *Grundrissen* und im *Urtext* leitet Marx die Kapitalform ebenso durch das Aufzeigen einer unzureichenden kategorialen Be-

stimmung der bisherigen Begriffe ab wie zuvor die allgemeine Wert- und die Geldform. In diesen Texten betont er vielmehr die theoretische Unzulänglichkeit der einfachen Zirkulation und der sie abbildenden Bewegung $W_1 - G - W_2$. Statt dessen kann der Wert nur in der Form eines Kapitalverwertungsprozesses adäquat erfaßt werden, der sich durch die Bewegung $G - W \dots P \dots W' - G'$ symbolisieren läßt und zugleich eine Kapitalvermehrung bedeutet. Demgemäß habe ich diesen Zusammenhang zwischen dem Wert und seiner selbständigen Ausdrucksweise als Kapitalverwertungsprozeß als zweite zentrale Erkenntnis herausgestellt. Hierauf aufbauend ging es um die Frage, wie auf der Basis des Äquivalententauschprinzips überhaupt eine Kapitalverwertung existieren kann, d.h. es wurde die Frage gestellt, welche Quelle dem Mehrwert zugrunde liegt. Die Antwort fand sich in der Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem Wert der von ihr produzierten Warenmenge. Die Marx'sche Theorie läßt sich von daher sowohl als Arbeits- wie auch als Kapitalwerttheorie verstehen. Diese Feststellung führte zur dritten zentralen Erkenntnis meiner Arbeit: Die Bedingung für die Existenz eines positiven Mehrwerts – und damit der Kapitalverwertung – ist die Lohnarbeit, welche nicht nur die hinreichende Arbeit, sondern zugleich noch Mehrarbeit leistet. Zum Abschluß dieses Kapitels erfolgte eine makroökonomische Pointierung der bisherigen Ergebnisse. Es ließ sich hierbei zeigen, daß die Marx'schen Kategorien mit den Begrifflichkeiten der VGR kompatibel sind und die Größen der letzteren durch sie erklärt werden können. Dies bedeutet zugleich eine Ablehnung der Idee jeglicher Produktionsfaktoren, welche die bürgerliche Ökonomie heranzieht, um die gesellschaftliche Wertschöpfung und ihre Einkommensverteilung zu erklären.

An dieser Stelle endete die Darstellung der Marx'schen Theorie, da alle ihre wesentlichen Kategorien erläutert wurden. Es konnte somit im fünften Kapitel mit dem Versuch begonnen werden, ihre gegenwärtige Bedeutung zu diskutieren. Hierzu habe ich ihren theoretischen Status an den ersten beiden zentralen Erkenntnissen überprüft, d.h. zunächst an der Frage, inwieweit sie mit dem heutigen Geldsystem kompatibel ist und hieran anschließend über eine Analyse der Kapitalverwertungstendenzen der letzten drei Jahrzehnte. In beiden Fällen ließ sich die prinzipielle Gültigkeit der Marx'schen Werttheorie plausibel machen. Zwar muß man bei der Schilderung des Geldsystems über Marx' eigenes Verständnis seiner Theorie hinausgehen, dies stellt jedoch kein Argument zur Ablehnung dieser Theorie dar. Bei der Erläuterung der Kapitalverwertungstendenzen zeigte sich, daß sowohl die Entwicklung der Einkommensverteilung als auch die strukturellen Akkumulationsschwierigkeiten seit den 70er Jah-

ren des letzten Jahrhunderts mit Hilfe der Marx'schen Theorie auf fruchtbare Weise analysiert werden können. Gleiches gilt für die Entwicklung der globalisierten Finanzmärkte. Nachdem auf diese Weise die theoretische Gültigkeit der Theorie plausibel erschien, folgten anschließend Überlegungen zu den politischen Konsequenzen des bisher Gesagten. Hier kam es mir vor allem auf die Feststellung an, daß die Marx'sche Werttheorie eine Theorie der kapitalistischen Ökonomie und nicht die einer sozialistischen Gesellschaft darstellt. Folglich lassen sich aus ihr keine gesellschaftlichen Alternativentwürfe deduzieren. Gleichwohl verteidigte ich die Marx'sche Hoffnung auf eine Gesellschaft jenseits von Warenproduktion, Markt- und Geldvermittlungen sowie Kapitalverwertungszwängen, da m. E. ohne grundsätzliche Strukturveränderungen – d.h. eine Aufhebung der bürgerlichen Vergesellschaftung – die existentiellen Probleme der Menschheit nicht lösbar scheinen. Jedoch muß ein zeitgemäßes Sozialismusprojekt aus den „Leerstellen“ der Marx'schen und Engel'schen Vorstellungen und dem auch hierdurch bedingten „Unmittelbarkeitskommunismus“ konsequente Schlußfolgerungen ziehen. Diese bestehen primär darin, sich die Komplexität des ZAP deutlich zu machen. Gerade die Marx'sche Theorie legt ein kritisches Bewußtsein für dieses Problem nahe – in theoretischer wie in praktisch-politischer Hinsicht. Dies impliziert bereits ein Sozialismusverständnis, welches – soweit möglich – für eine schrittweise und an den jeweils gegebenen Möglichkeiten orientierte Minimierung der bürgerlichen Vergesellschaftungsmechanismen eintritt, ohne der Sehnsucht nach „totalen“ oder voluntaristisch-utopistischen Politikkonzeptionen nachzugeben. Andererseits gilt es aber deutlich zu machen, daß jede „marktsozialistische“ Position sich Marx' Theorie zufolge der Gefahr einer systemisch dysfunktionalen Rekapitalisierung aussetzt.

Zum Abschluß meiner Arbeit scheint mir noch eine letzte Bemerkung angebracht: Ich habe in meiner Arbeit die Marx'sche Werttheorie nicht nur in ihren zentralen Erkenntnissen dargestellt, sondern auch die theoretische Plausibilität der Marx'schen Theorie betont. Diese ist meiner Ansicht nach nicht nur eine überaus bewundernswerte intellektuelle Leistung, sondern zudem noch immer die differenzierteste Analyse kapitalistischer Ökonomien, über die wir derzeit verfügen. Ihrer Erkenntnisse und ihrer Aktualität wird man sich angesichts eines global agierenden Kapitalismus' auf Dauer nur schwerlich verschließen können. Gleichwohl gibt es – trotz der weltweiten Probleme – keinen Anlaß mehr, die Marx'sche Theorie mit den früheren Heilserwartungen einer klassenlosen, von allen grundsätzlichen Konflikten und Problemen befreiten Gesell-

schaft zu verknüpfen. Oder wie Narr/Roth (1995: 433) es formulieren: „Auf Erden wird es, anders als im ‚Prinzip Hoffnung‘ geschlossen, nie geben, was es noch niemals gab: ‚Heimat.‘“ Das Verständnis um die notwendige und gebotene Beschränkung bei der Entwicklung und Verfolgung gesellschaftlicher Alternativen und das gleichzeitige Bestreben, die dringend benötigte „Heimat“ zumindest der Richtung nach zu beschreiten, bleiben somit ebenso eine dauernde Aufgabe, wie die Bewußtmachung des bestehenden Spannungsverhältnisses zwischen beiden Einsichten. Die Marx’sche Werttheorie vermag bei der Suche nach dem richtigen Verhältnis von Radikalität und Bescheidenheit jedoch zu helfen: durch die Einsicht in ihre theoretischen Erkenntnisse auf der einen und das Verständnis der mit ihr verbundenen politisch-praktischen Probleme auf der anderen Seite.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1965ff.): Werke (MEW). 39 Bde. u. 2. Ergänzungsbände. Berlin (Dietz).

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1975ff.): Gesamtausgabe (MEGA²). Abt. 1: Werke, Artikel, Entwürfe; Abt. 2: „Das Kapital“ und Vorarbeiten; Abt. 3: Briefwechsel; Abt. 4: Exzerpte, Notizen, Marginalien. Berlin (Dietz).

Sekundärliteratur

Arthur, Christopher J. (2000): Marx, Orthodoxy, Labour, Value. In: Vollgraf, Carl-Erich/Sperl, Richard/Hecker, Rolf (Hrsg.): Marx' Ökonomiekritik im Kapital. Berlin, Hamburg (Argument), S. 5-11.

Backhaus, Hans-Georg (1997): Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur Marxschen Ökonomiekritik. Freiburg (Ça ira).

Backhaus, Hans-Georg (1998): Über die Notwendigkeit einer Ent-Popularisierung des Marxschen „Kapitals“. In: Görg, Christoph/Roth, Roland (Hrsg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften. Münster (Westfälisches Dampfboot), S. 349-371.

Backhaus, Hans-Georg/Reichelt, Helmut (1995): Wie ist der Wertbegriff in der Ökonomie zu konzipieren? In: Vollgraf, Carl-Erich/Sperl, Richard/Hecker, Rolf (Hrsg.): Engels' Druckfassung versus Marx' Manuskripte zum III. Buch des „Kapital“. Hamburg (Argument), S. 60-94.

Bortz, Jürgen (1993): Statistik für Sozialwissenschaftler. 4. Auflage, Berlin, Heidelberg, New York u.a. (Springer).

Böhm-Bawerk, Eugen von (1973): Zum Abschluß des Marxschen Systems. In: Eberle, Friedrich (Hrsg.): Aspekte der Marxschen Theorie 1. Zur methodischen Bedeutung des 3. Bandes des „Kapital“. Frankfurt a. M. (Suhrkamp), S. 25-129.

Brentel, Helmut (1989): Soziale Form und ökonomisches Objekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie. Opladen (Westdeutscher Verlag).

Bronstein, Il'ja N./Semendjajew, Konstantin A./Musiol, Gerhard/Mühlig, Heiner (1997): Taschenbuch der Mathematik. 3. Auflage, Frankfurt a. M. (Harri Deutsch).

Conrad, Otto (1934): Die Todsünde der Nationalökonomie. Leipzig und Wien (Franz Deuticke).

Creydt, Meinhard (2001): Zur Kritik des „Marktsozialismus“. In: Z Nr. 46, S. 96-107.

DGB (2001): Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Arbeitnehmerkaufkraft seit 1991 stetig gesunken. URL: <http://www.dgb.de/identen/einkommen.pdf> (17.06.2002).

Dimoulis, Dimitri/Milios, Jannis (2000): Werttheorie, Ideologie und Fetischismus. In: Vollgraf, Carl-Erich/Sperl, Richard/Hecker, Rolf (Hrsg.): Marx Ökonomiekritik im Kapital. Berlin Hamburg (Argument), S. 12-56.

Dornbusch, Rüdiger/Fischer, Stanley (1995): Makroökonomik. 6. Auflage, Oldenbourg (München).

Enderwitz, Ulrich (1997): Was ist Ideologie? URL: <http://www.glasnost.de/phil/ideo.html> (17.06.2002).

Frambach, Hans (1999): Arbeit im ökonomischen Denken. Zum Wandel des Arbeitsverständnisses von der Antike bis zur Gegenwart. Marburg (Metropolis).

Freimann, Jürgen (1979): Arbeit als Produktionsfaktor. In: Mehrwert. Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie Nr. 20, S. 48-74.

Ganßmann, Heiner (1996): Geld und Arbeit. Frankfurt a. M. (Campus).

Göhler, Gerhard (1980): Die Reduktion der Dialektik durch Marx. Stuttgart (Klett-Cotta).

Göhler, Gerhard/Klein, Ansgar (1993): Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. In: Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. 2. Auflage, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), S. 259-656.

Haslinger, Franz (1995): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. 7. Auflage, Oldenbourg (München).

Haug, Wolfgang Fritz (2001): Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern. Berlin (Dietz).

Haug, Wolfgang Fritz (2001a): ... es kommt darauf an sie zu verändern. Zum Kritikbegriff marxistischen Denkens. In: Das Argument Nr. 240, S. 153-167.

Hein, Eckhard (1997): Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation. Eine Betrachtung aus Marxscher, Keynescher und post-keynesianischer Perspektive. Berlin (Duncker & Humblot).

Heinrich, Michael (1999): Kommentierte Literaturliste zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Altvater, Elmar/Hecker, Rolf/Heinrich, Michael/Schaper-Rinkel, Petra: Kapital.doc. Das Kapital (Bd. I) von Marx in Schaubildern mit Kommentaren. Münster (Westfälisches Dampfboot), S. 188-220.

- Heinrich, Michael (2001): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. 2. Auflage, Hamburg (VSA).
- Helmedag, Fritz (1994): Warenproduktion mittels Arbeit. Zur Rehabilitation des Wertgesetzes. Marburg (Metropolis).
- Helmedag, Fritz (1995): Geldfunktionen. In: WISU Nr. 8/9 1995, S. 711-718.
- Helmedag, Fritz (1999): Warenproduktion mittels Arbeit oder Die Neueröffnung der Debatte. In: Eicker-Wolf, Kai/Niechoj, Torsten/Wolf, Dorothee (Hrsg.): Nach der Wertediskussion? Schriftenreihe der Forschungsgruppe Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. 2. Auflage, S. 67-91.
- Hofmann, Werner (1971): Wert- und Preislehre. Berlin (Duncker & Humblot).
- Hofmann, Werner (1971a): Einkommenstheorie. Berlin (Duncker & Humblot).
- Huffschmid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg (VSA).
- Kisker, Klaus Peter (1990): Ökonomische Lehren aus dem Scheitern des „Feudozialismus“. In: Das Argument Nr. 180, S. 213-223.
- Kisker, Klaus Peter (1997): Strukturelle Überakkumulation und Krise der Erwerbsarbeit. In: Z Nr. 31, S. 61-68.
- Kraiker, Gerhard (2000): Theorie von Karl Marx/Friedrich Engels. Gegen Dogmatisierung und Marginalisierung. In: Neumann, Franz (Hrsg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien. Band 2. 2. Auflage, Opladen (Leske + Budrich), S. 75-110.
- Krätke, Michael (1996): Marxismus als Sozialwissenschaft. In: Haug, Frigga/Krätke, Michael: Materialien zum Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus. Hamburg (Argument), S. 69-122.
- Narr, Wolf-Dieter/Roth, Roland (1995): Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative. Am „Ende der Utopie“ gilt: Demokratie und Sozialismus. In: PROKLA Nr. 100, S. 431-455.
- Pohrt, Wolfgang (1993): Kommunismus oder Barbarei. In: KONKRET 2/1993, S. 22-26.
- Popper, Karl R. (1992): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2. Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen. 7. Auflage, Tübingen (Mohr Siebeck).
- Rakowitz, Nadja (2000): Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie. Freiburg (Ça ira).

- Reichelt, Helmut (1996): Warum hat Marx seine dialektische Methode versteckt? In: Vollgraf, Carl-Erich/Sperl, Richard/Hecker, Rolf (Hrsg.): Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx. Hamburg (Argument), S. 73-110.
- Richter, Horst (2001): Warenproduktion, Werttheorie und Markt – theoriegeschichtliche Aspekte. In: Z Nr. 46, S. 71-84.
- Roesler, Jörg (2001): Marktreformen im Sozialismus. Das NÖS. In: Z Nr. 46, S. 85-95.
- Rubin, Isaak Iljitsch (1973): Studien zur Marxschen Werttheorie. Frankfurt a. M. (Europäische Verlagsanstalt).
- Schöler, Uli (1999): Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. Bonn (Dietz).
- Schui, Herbert (1992): Die wirtschaftlichen Ressourcen des entwickelten Kapitalismus vernunftgemäß nutzen: für eine marxistische Wirtschaftstheorie. In: Hein, Eckhard/Fiedler, Angela/Schikora, Andreas (Hrsg.): Politische Ökonomie im Wandel. Marburg (Metropolis), S. 131-158.
- Schui, Herbert (1997): Neoliberalismus: politische und theoretische Grundlagen. In: SPW Nr. 96, S. 34-37.
- Smith, Adam (2000): Der Wohlstand der Nationen. 9. Auflage, München (dtv).
- Tuchscheerer, Walter (1973): Bevor „Das Kapital“ entstand. Die Entstehung der ökonomischen Theorie von Karl Marx. 2. Auflage, Berlin (Akademie-Verlag).
- Willke, Helmut (1997): Supervision des Staates. Frankfurt a. M. (Suhrkamp).